

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboptionspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierfach 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. ausschließlich Bestellgeb.

Redaktion: Lauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 geplante Zeitzeile über breiter Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die folgende Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauchaer Straße 19/21. Geschäftszelt 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

Der Reichstag ist zum 28. November einberufen worden. (Siehe Deutsches Reich.)

Der Vorstand des Vereins christlicher Arbeiter in Greiz ist seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen. (Siehe Gewerkschaftliches.)

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beschloß, von der Regierung die sofortige Einsetzung des Parlaments zu verlangen, das unverzüglich die Wahlrechtsfrage lösen soll. (Siehe Rechte Nachrichten.)

Der Zar hat einen Utaß erlassen, in dem er weitgehende Reformen „verspricht“. Witte ist Premierminister, Pobedonoszew ist zurück. Die Revolution geht weiter. (Siehe Politische Übersicht und Revolution in Russland.)

Das Ende des Spuks.

* Leipzig, 1. November.

An anderer Stelle der heutigen Nummer finden unsre Leser die Erklärung des Parteivorstandes und der Berliner Preskommision, die eine vollkommen befriedigende Erklärung über das Verfahren dieser Parteiinstanzen gibt. Das Vorgehen der sechs Redakteure ist nun mehr bis in die Einzelheiten hinein als ein hässlicher Literatenandal aufgedeckt worden.

Über die Vorwärts-Frage in ihrem ganzen Zusammenhange wollen wir uns hente nicht auslassen; wir haben es kurz vor dem Jenaer Parteitag in einer Reihe von Artikeln getan. Genug, daß wir mit der großen Mehrheit der Berliner Genossen die Lokalisierung des Vorwärts für die wichtigste Lösung der Frage hielten. Der Jenaer Parteitag entschied aber anders, und der Parteivorstand übernahm die vom Parteitag gebilligte Verpflichtung, nun mehr im Einverständnis mit den Berliner Genossen die Redaktion des Vorwärts so zu reformieren, daß bei dem Blatte die Anschauungen vertreten würden, die vom Parteivorstand und den Berliner Genossen für richtig gehalten werden.

Das war eine ganz selbstverständliche und nur allzu lange hinausgeschobene Aufgabe. Parteblätter sind nicht dazu da, die Gedankenspiele mehr oder minder geistreicher Journalisten wiederzugeben, sondern die Organe der Organi-

sationen zu sein, denen sie gehören. Waren die Leipziger Genossen nicht mehr mit unserer Auffassung des proletarischen Klassenkampfes einverstanden, so würden wir ihnen sofort unseren Auftrag zur Verfügung stellen und es für ein Verbrechen an der Partei halten, deshalb ein öffentliches Lamento anzustimmen. Wir versäumten keinem Treppenwitz, sondern haben es schon in unseren Artikeln zur Vorwärtsfrage gesagt, daß die Redakteurposten in den Parteidienst nicht als Verpflichtungsstellen für diejenigen Parteidienstgenossen da sind, die sich zufällig dem schriftstellerischen Beruf gewidmet haben.

Darüber, daß die bisherige Mehrheit der Vorwärts-Redaktion die Anschanungen nicht vertrat, die von der großen Mehrheit der Berliner Parteidienstgenossen gehegt werden, konnte sie sich seit Jahren nicht im unklaren sein. Und wenn sie es dennoch gewesen sein sollte, so hatte ihr der Jenaer Parteitag darüber klaren Wein eingeschenkt. All der Friesanz über die „einstimmige“ Verurteilung der Leipziger Volkszeitung durch den Jenaer Parteitag, über die „Blamage Ströbels und Wehrings“ in der Fünfzehner-Kommission — eine verleumderische Nichtigwürdigkeit, die irgend ein anonyme Lump längst in einem berüchtigten Streitbrecherorgan der kapitalistischen Presse veröffentlicht hat und die von uns längst alleumäßig widerlegt worden ist, was nicht hindert, daß die Frankfurter Volksstimme heute noch damit treibt — all dies, gelinde gesagt, dumme Beug ändert nicht das geringste an der Tatsache, daß der Parteitag der Amtshabende des Parteivorstandes und der Berliner Genossen, den Vorwärts in dem gedachten Sinne zu reformieren, seine Zustimmung gegeben hat.

Wie aus der weiterhin abgedruckten Erklärung hervorgeht, haben nach dem Jenaer Parteitag zuerst die Berliner Genossen, mit gutem Recht, auf diese Reform gedrängt, und wenn man den Parteivorstand einen Vorwurf machen will, so ist es höchstens der, alzu rücksichtsvoll gewesen zu sein. Es wäre vielleicht doch richtiger gewesen, wenn er den Berliner Genossen vorgeschlagen hätte, nicht Büttner und Kaliski zu kündigen, sondern Eisner und Gradnauer. Allein wenn er damit einen Fehler begangen haben sollte, so ist es nicht aus Schafmachergestiken geschehen, wie ihm unwürdigweise nachgeredet wird, sondern im Gegenteil aus schonender Rücksicht auf die persönlichen Interessen der Beteiligten. Büttner und Kaliski konnten sofort als Korrektoren oder Parteisekretäre auf andre Posten gestellt werden, was bei Eisner und Gradnauer nicht möglich war. Um gegen diese beiden nicht schroff zu verfahren, wollte der

Vorstand lieber das zerbrechliche Verhältnis konservieren, daß nach und wie vor zwei Richtungen in der Redaktion fortbestanden, nur daß die bisherige Mehrheit zur Minderheit wurde. Das mag am Ende nicht richtig gewesen sein, aber es ist eine Perfidie ohne gleichen, die humanen und parteigünstigen Rückstücken, von denen der Parteidienst geleitet worden ist, dahin zu verdrehen, als wenn er ein paar kleine Leute hätte opfern wollen, weil er die Hauptschuldigen nicht anzastatten gewagt habe.

Ebensoviel ist etwas dagegen einzuwenden, daß die Berliner Parteidienstinstanzen, nachdem sie wiederholt in eingehender Weise mit der Redaktion die politische Haltung des Vorwärts erörtert hatten, die nunmehr zu lösenden Personenfragen zunächst unter sich diskutierten, ohne die Redaktion einzuziehen. Solche Fragen erledigt man am leichtesten und namentlich auch am gerehesten in Abwesenheit der Personen, um die es sich handelt. Nur wenn irgend einer Person irgendeine materielle Schädigung hätte zugefügt werden sollen, wäre ihre Hinzuziehung nötig gewesen, aber dieser Fall lag nicht vor, und das Recht jeder Parteidienstinstanz, die disponiblen Kräfte auf die für sie geeigneten Posten zu stellen, kann nicht bestritten werden.

Aus diesem Tatbestande haben die sechs Redakteure nun den Literatenandal zu fabrizieren verstanden, über den die genauerische Presse so inniges Begehr empfindet. Wir wollen auf die widerlichen Einzelheiten nicht weiter eingehen; die Lauterläufigkeit Gradnauers, die Unanständigkeit, womit nachträglich in die „Aufklärung“ noch der hämische Ausfall auf die Leipziger Volkszeitung praktiziert worden ist, so daß selbst einer der Sechs dagegen protestiert hat, auf die schändlichen Hezzerien, die die Stampferische Meinungsfabrik heimlich gegen den Parteivorstand betrieb, und so weiter. Leider ist ein Teil der Parteidienstpressen darauf hineingefallen, doch muß man die Dinge auch nicht zu tragisch nehmen, und der Parteivorstand tut gut daran, den „Theaterdonner“ heiter zu genießen. Nur ein Probbchen! Stampfer meldet in einer seiner „privaten Informationen“, deren er täglich einige an die allzu Leichtgläubigen verzapft:

Genosse Thiele, der erste Vorsitzende des Vereins Arbeiterpresse, erucht mich, mitzuteilen, daß Vereinsmitglieder, die die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung wünschen, ihren diesbezüglichen Antrag an Genosse Robert Schmidt, Berlin O. Naumburger Straße 40, richten wollen. Nach dem Statut (§ 10) kann die Einberufung durch den Vorstand, muß sie erfolgen, wenn ein Fünftel der Mitglieder sie beantragt.

Wenn also demnächst ein Fünftel Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse in stürmischem Unwillen aufbraust, so bitten

Seuilleton.

10)

Die heilige Kummermutter.

Novelle von Richard Hübner.

(Nachdruck verboten.)

Was war das? Was war das? Was hatte man dem armen Ding getan?

Aber allmählich begann sie zu begreifen. Sie nickte ein paarmal verstehend, dann fuhr sie mit ihren großen, verarbeiteten Händen begütigend über Pepis Kopf und streichelte ihr schönes, blondes Haar.

Ach, wie war doch das Leben seltsam! Wie wenige fanden das Glück! Und Gott war doch so mild und gnadereich . . .

Und ihre Augen sahen durch die Fenster hindurch über das Gewirr von Dächern nach den Türmen der Kirchen und nach den blauen Bergen hinauf, in den strahlenden Himmel hinein, ihre Augen wurden groß und fragend, über ihre helle Stirn huschte etwas wie eine Wolke, und eine tiefe, kummervolle Falte grub sich ein.

Wein Gott! Warum läßt du die Menschen leiden?

Ihr einfacher Sinn fand keine Antwort. Aber in der Tiefe ihrer Seele stieg etwas auf, was unbewußt die Philosophie ihres ganzen Lebens gewesen war, das Wort: Bescheide dich!

Das Leben war ja so kurz. Was brauchte man weinen? Erwartete den Bescheidenen und den Bedängten nicht alle Glorie, wenn erst die Tore des Himmels vor ihm sich aufstehen? Wir sind alle in der Fremde. Die Fremde ist hart, und wer nicht stark ist und keinen eisernen Willen hat, der muß sich wohl nach der Heimat sehnen . . . und weinen . . .

Und sie beugte sich über Pepi, streichelte ihr immer wieder das blonde Haupt und sprach flüsternd zu ihr:

„Weinen Sie nur! Weinen Sie sich aus, Pepi! Dann werden Sie wieder Mut bekommen . . . und den rechten Weg erkennen . . . Das Leben bringt wohl einem jeden sein Leid, mir und Ihnen und auch dem, um den Sie weinen . . . Nein! sagen Sie nichts . . . ich will Sie auch nichts fragen . . . ich kenne Sie ja . . . Sie haben gewiß nichts Unrechtes getan . . . es mußte wohl so sein, daß Sie ihn gern hatten . . . es ist alles Gottes Wille . . . das Gute und das Böse . . . ich denke mir immer, man soll nicht fragen . . . es kommt, wie es kommen muss . . . und wir sollen nicht murren, wenn wir nicht weiter wissen; aber weinen Sie nur! Das tut gut . . . o, wie habe ich geweint! . . . aber nun bin ich froh, und auch Sie werden wieder froh werden, Pepi . . .“

Und dann verstummte sie und sah in die sonnige Landschaft hinaus. Über den Bergen im Westen schwammen weiße, duftige Streifenwölzchen. Große Schöwärme von Lanzen, deren helles Gefieder im Sonnenglanz schimmerete, flög vorüber. Dann machten sie plötzlich eine Schwenkung, ließen sich auf die Dächer nieder und rückten purzeld zusammen, um sich bald von neuem flügel-schlagend zu erheben.

Von den Straßen stiegen verworrene Geräusche auf. Am Kollererberg in den Steinbrüchen wurde geschossen. Von Bahnhof hörte man das Peifen der Züge.

Und über allem, über dem Haseln und Drängen der Menschen, über ihrer Not und ihrer Freude spannte sich der Himmel aus wie das Gewölbe eines Doms, an dem sich Orgelton und der zitternde Schall unzähliger Gebete und Hilferufe brachen . . .

Und die beiden Mädchen verharren lange, ohne sich zu rühren. Aber auf einmal hob Pepi das bleiche Gesicht zu Helene auf.

„Nun will ich gehen,“ sagte sie leise. „Sie sind gut . . . ich kann nicht sein wie Sie; mir ist, als müßt ich sterben . . . ich bin verdammt . . .“

„Pepi!“
„Lassen Sie mich . . . ich will nach Hause.“

Helene stand auf. „Ich begleite Sie . . .“

„O, Sie sind gut . . .“

„Fühlen Sie sich denn schon stark genug, um zu gehen?“

„Ja, ja . . . nur zur Stahl kann ich heut nicht zurück.“

„O, das will ich schon in Ordnung bringen. Ich geh zu ihr hin und sag ihr, daß Sie von der Hölle frank geworden sind . . . eine schwere Lüge ist das wohl nicht.“

Zu Hause angekommen, legte Pepi sich aufs Sofa. Sie hätte Kopfschmerzen, sagte sie zur Mutter, die erst schlafen wollte, dann aber nach einem Blick auf ihr verstorbenes Gesicht unruhig wurde und vom Doktor zu reden begann. Davon freilich wollte Pepi nichts hören. Sie ließ sich mit einer Decke zudecken, kauerte sich ganz zusammen, wandte das Gesicht gegen die Wand und behauptete, sich schon viel besser zu fühlen.

Dann sprach sie stundenlang kein Wort und blieb wie tot in ihrer Lage.

Um vier Uhr ging die Mutter fort, nachdem sie sich noch einmal davon versichert hatte, daß Pepi nichts brauche.

Aber kaum war sie gegangen, als das Mädchen auch schon aufsprang, sich hastig anzuleide und auf die Straße stürzte.

Sie wollte zur Onkel Anton. Der hielt die Zeitung und mußte Genaues wissen. Sie nahm sich vor, ganz ruhig zu sein, um sich nicht zu verraten.

Auf der Straße wunderte sie sich über die Menschen, die alle sorglos und unbekümmert dahinschlenderten. Ja, war denn keiner in Trauer? Trug denn kein einziger Veit um das Geschehene? Wie konnte man lachen, wenn ein Mensch mit dem Tode rang?

Aber auch der Onkel lachte. Als sie zitternd in seine Stube trat, hatte er gerade die Peife aus dem Mund genommen und hielt dem Gesellen einen lustigen Vortrag über die Streiche, die er auf seiner Wanderschaft in den Dörfern an der Straße ausgeführt hatte. Ja, das

wie unsre Leser, nicht zu erschrecken. Sie sehen ja die „diesbezügliche“ Macht; schöner haben die Präfeten des zweiten Kaiserreichs die „öffentliche Meinung“ auch nicht zu arrangieren verstanden.

Eins freilich ist tief beschämend, nämlich, daß sich die deutsche Sozialdemokratie mit dieser elenden Literatenkombination befassen muß, während unsre russischen Brüder in einem heldenhaften und weitgesichtlichen Kampfe stehen. Nur dann werden wir auf mildendernde Umstände vor dem historischen Urteil rechnen können, wenn mit dem peinlichen Spektakel der legitime Kranheitsstoff schwindet, der die revolutionäre Entwicklung der Partei hindern könnte. Lassen wir die Gespenster eines überläufigen Literaturtums hinter uns und marschieren wir vorwärts im Morgenschein der russischen Revolution!

Die Revolution in Russland.

Die Situation in Petersburg.

Petersburg, 30. Oktober. Melbungen aus Odessa melden die Belagerung der Stadt durch vier meuternde Kreuzschiffe und Straßenkämpfe, bei denen 20 Personen getötet und gegen 200 verwundet wurden.

Petersburg, 31. Oktober. Der Finanzminister hatte eine längere Unterredung mit Morgan, mit dem er über die russische Auseinte unterhandelte. Morgan mußte abreisen, ohne daß es zu einem Abkommen wäre.

Petersburg, 31. Oktober. Heute erschien in großer Auflage ein Manifest der sozialdemokratischen Partei, in dem darauf hingewiesen wird, daß durch das Kaiserliche Manifest der Kampf des Proletariats nicht zum Stillstand komme. Die Taktik des Proletariats habe zu bestehen in der Ausnutzung der unter seinen Schlägen gewährten Rechte, ferner in der Veranstaltung von Arbeiterversammlungen zur Entscheidung der Dauer des Aufstandes, sowie in der Organisation einer Armee zur Wahrung der eklampsten Rechte und in der Forderung einer Amnestie.

Petersburg, 31. Oktober. Die heute an der Kazanschen Kathedrale veranstaltete Kundgebung nahm einen großartigen Umsfang an. Etwa 25 000 Menschen zogen von dort nach der Universität, deren Vorhalle voll roter Flaggen war. Die Stimmung dort war sehr erregt, und es bestand die Absicht, heute um 4 Uhr von der Kazanschen Kathedrale zu dem Zellengefängnis im Wilbörger Stadtteil zu ziehen, um die politischen Gefangenen gewaltsam zu befreien.

Petersburg, 31. Oktober. Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht einen Bericht des Grafen Witte, auf welchen der Kaiser die Bezeichnung gesetzt hat: Zur Rücksichtnahme. Der Bericht lautet: Eure Majestät geruhstet, mir Direktiven für die Regierung in Erwägung der derzeitigen Lage Russlands anzugeben. Die Beurteilung der russischen Gesellschaft ist nicht das Ergebnis teilweise Mängel des Regimes in Gesellschaft und Regierung oder einer durch extreme Elemente organisierten Täglichkeit; ihre Wurzeln gehen tiefer, sie entstand aus der Verseitung des Gleichgewichts der moralischen Verbesserungen und der äußeren Gestalt der russischen Gesellschaft. Das denkende Russland erstrebt Rechte auf der Grundlage der bürgerlichen Freiheit. Die Hauptaufgabe der Regierung besteht darin, vor der Sanktion durch die Duma alle Elemente der bürgerlichen Freiheit zu verwirken auf dem Wege der normalen und gesetzlichen legislativen Ausarbeitung der Fragen, welche die Gleichheit aller Russen vor den Gesetzen ohne Unterschied der Religion und der Nationalität betreffen.

Das folgende Problem besteht in der Schaffung gesetzgeberischer Normen, um die Wohlstaten der bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Freiheit zu gewährleisten. Das Wohl der Volksmassen muß erstrebzt werden unter dem Vorbehalt der Wahrung der bürgerlichen Rechte, die für alle zivilisierten Länder von wesentlicher Bedeutung sind. Die Verwirklichung dieser Ziele kann keine sofortige sein; denn keine Regierung würde plötzlich 185 Millionen Menschen mit einer ausgedehnten Verwaltung

waren freilich noch andere Zeiten gewesen, hm, und selbst wenn man einen Buckel hätte und auch sonst nicht gerade schön war, konnte man sich seines Lebens freuen . . .

„Seh' dich nur her, Pepi,“ sagte er zu der Eintretenden, „du kannst auch davon profitieren, . . . Gu, wie schaust du denn aus?“

„Ich habe solche Kopfschmerzen . . .“

„Ja, diese verdammte Hölle . . . aber macht nichts . . . in zwei Monaten haben wir schöne Herbststage; dann wird unsereins auch wieder schnaußen können . . .“ Vist übrigens schon lang nicht mehr bei mir gewesen; wie geht's der Mutter?“

„Gut . . . und ich wollte etwas in der Zeitung nachsehen, Onkel . . . der eine von unsern Zimmerhören . . . will ausziehen.“

Sie schlug die Augen nieder und fühlte, wie sie rot wurde. Mein Gott, wenn man nur nichts merkte. Über der Geselle schaute auf seine Arbeit, und Onkel Anton blätterte schon in der Zeitung.

„Die Mutter hat mir schon davon gesprochen,“ sagte er dann, „ich hab auch schon nachgesehen; aber es ist nichts . . . es ist nie etwas in der Zeitung, wenn man's grade braucht . . . Käseblatt! Es steht überhaupt nichts drin . . .“

„Und das mit dem Unglück auf dem Viehmarkt?“ brachte Pepi flotternd hervor.

„Ja so . . . eine schöne Geschichte das . . .“

„Wie ist denn das gekommen?“

Der Onkel zuckte mit den Schultern und las dann:

„Mörderischer Uebertoll! Gestern abend um zehn Uhr wurde ein geachteter Bürger unserer Stadt, Herr Alois Pernterth, als er allein aus dem Gasthaus zur Sonne nach Hause zurückkehrte, von einem unbekannten Individuum auf dem schlecht beleuchteten Viehmarktplatz überfallen und durch einen Messerstich im Rücken verletzt. Es handelt sich anscheinend um einen Racheakt.“

„Wie wir hören, soll der Verwundete eine gute Nacht verbracht haben. Die Ärzte geben die beste Hoffnung.“

„Nach dem Täter wird eifrig gefahndet . . .“

Der Schneider lachte. „Eifrig gefahndet . . . jahwohl . . . unsre Polizei . . . das wird ein Eifer sein, ich kann mir's denken. Die Aufregung!“ (Fortsetzung folgt.)

für die Annahme der bürgerlichen Freiheiten vorbereiten können. Es ist insgesamt nötig, eine homogene Zusammensetzung der Regierung und Einheit ihrer Ziele zu bewahren. Sorge zu tragen für die praktische Umsetzung der hauptsächlichen Mittel zur Förderung der bürgerlichen Freiheit und die Aufrichtigkeit und Gründlichkeit der Absichten zu bezeugen.

Die Regierung muß sich jede Einmischung in die Duma-wahlen versagen und dem aufrichtigen Wunsche nachgeben, den Wunsch vom 25. Dezember 1904 zu verwirklichen; sie muß das Ansehen der Duma und das Vertrauen zu ihren Arbeiten aufrecht halten und darf ihre Entscheidungen nicht belämpfen, soweit sie sich nicht von der geschicklichen Größe Russlands entfernen werden. Man muß sich mit den Gedanken der großen Mehrheit der Gesellschaft identifizieren, nicht mit dem Biderhall einzelner, wenn auch lärmender Gruppen. Die Fraktionen sind zu oft verändert. Vor allem ist es wichtig, eine Reform des Reichsrats auf dem Wahlprinzip durchzuführen. Ich glaube, daß die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt von den nachfolgenden Grundsätzen geleitet sein muß: 1. Gründlichkeit und Aufrichtigkeit in der Festigung der bürgerlichen Freiheit und Schaffung einer Garantie dafür. 2. Bestrebung, die ausschließenden Gesetze zu beseitigen. 3. Übereinstimmung der Tätigkeit aller Regierungsbürokratie. 4. Die Vermeidung von Repressionsmaßnahmen gegen nicht offenbar die Gesellschaft und den Staat bedrohende Handlungen. 5. Entgegenreiten gegen Handlungen, die offenbar die Gesellschaft und den Staat bedrohen, wobei man sich auf die Gesetze und die moralische Gemeinschaft mit der vernünftigen Mehrheit der Gesellschaft stützen muß. Man muß Vertrauen hegen zu dem politischen Takt der russischen Gesellschaft. Es ist unmöglich, daß sie die Anarchie wünscht, welche außer allen Schreden des Kämpfes den Erfolg des Reichs herbeiführen würde.

Petersburg, 1. November. Ein blutiger Zusammenstoß ereignete sich gestern abend bei der Semenowskischen Kaserne. Ein Volkshaus mit roten Fahnen zog die Straße entlang; eine Abteilung des Semenowskiregiments versperrte ihm den Weg, darauf schwang sich ein Redner auf einen Laternenpfahl und forderte die Demonstranten auf, umzukehren, da sie, unbewaffnet, nichts gegen das Militär ausrichten könnten, doch sollten sie sich mit Revolvern versehen und zurückkommen. Im gleichen Moment ertönte das Kommando: „Feuer!“ Der Redner stürzte tödlich verwundet herab, mit ihm fielen weitere drei Personen. Die Verwundeten wurden ins nächste Hospital geschafft. Der Volkshaus floh in wilder Panik, verfolgt von dem Feuer der Truppen. Am Nevskij-Platz fand ebenfalls eine große Ausschreitung statt. Vor der Universität herrschte unbeschreibliches Chaos; 50 000 Personen hörten den Reden einiger Fanatiker zu, die für Revolution und Krieg sprachen.

Paris, 1. November. Das neue Manifest des Rates wenig dazu bei, hier angesichts der russischen Zustände die herrschende Verfremdung zu beseitigen. In politischen Kreisen wie in der Presse fürchtet man, daß Witte seine Kraft übertrifft. Der Temps hofft, daß die Regierung ihren Versprechungen auch die Tat folgen läßt. Das Journal des Débats meint zweifellos, alles hänge davon ab, ob das Volk noch bereit sei, die gemachten Zugeständnisse mit Vertrauen anzunehmen.

Petersburg, 1. November. Der Oberprokurator des heiligen Stephans, Pobedonostsev, hat seine Entlassung eingereicht.

Petersburg, 1. November. Gleich nach 12 Uhr mittags begannen kolossale Massendemonstrationen gegen das Manifest. Vor der Kazanskaserne versammelten sich mehrere Tausend Menschen, besonders Arbeiter und Studenten, mit roten Fahnen. Es wurden revolutionäre Reden gehalten, dann zog die Menge vor das Winterpalais, wo sie völlig ungehindert eine Demonstration gegen die Regierung vornahm. Unter den Gesängen revolutionärer Lieder zog sie abdann, stetig wachsend, durch die Straßen.

Petersburg, 1. November. Bei der gestrigen Besprechung Witte mit den Chefredakteuren der hiesigen Presse, forderten diese in ihrer Antwort auf Witte's Ausführungen die sofortige Entlassung Trepows von seinem Posten, Entfernung des Militärs aus den Straßen und Bildung einer Bürgermiliz. Witte erwiderte, die Entfernung des Militärs sei wegen der öffentlichen Sicherheit nicht angängig, Trepov werde glücklich sein, vom Amt zurücktreten zu können.

Petersburg, 1. November. Gestern vormittag ließ Witte alle Chefredakteure der Blätter zu sich berufen und bat sie, auf die öffentliche Meinung einzuführen, weil er seine schwere Aufgabe beginnen wolle, gestützt auf die wohlgesinnten Teile der Gesellschaft, so schwer und trostlos der gegenwärtige Moment auch sei.

Er habe den Justizminister veranlaßt, die Frage einer politischen Amnestie „in Angriff zu nehmen“ (!) und „sicher zu“, daß in nächster Zeit volle Freiheit gewährt werde. Er werde ferner das Wahlrecht auf der breitesten Grundlage durchführen und habe auch angeordnet, daß sein Todesurteil vollstreckt werde. Er bitte nur um einige Wochen Zeit. (!) und mehr Vertrauen.

Petersburg, 1. November. Aus Moskau kommen die schlimmsten Gerüchte. Auch dort wird der Streit fortfesten. Es besteht zur Stunde weder eine telegraphische, noch eine telefonische Verbindung mit Moskau.

Petersburg, 1. November. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist folgende: Inneres: Sarakoff, bisher Chefredakteur der Russ. Krieg; Krieg: Kolisch, früher „liberaler“ Gouverneur von Saratow; Unterricht: Senator Konj. Ihr Portefeuille behalten der Minister des Neuenhofes Graf Lambsdorff, Marineminister Virsleff und Verkehrsminister Fürst Chiloff.

Petersburg, 1. November. Die Führer der radikalen Partei sind unermüdlich tätig, das Volk anzufeuern. Infolgedessen herrscht in bürgerlichen Kreisen eine äußerst gebrückte Stimmung. Weitere blutige Zusammenstöße werden befürchtet. Da die Sicherheit nicht arbeiten, erscheinen nur wenige Zeitungen. Die Vertreter der radikalen Presse erklären Witte, ihm solange ihre Unterstützung verteidigen zu wollen, als bis Trepov abgedankt habe und eine allgemeine Amnestie durchgeführt sei.

Die Lage in Moskau.

Moskau, 1. November. Das Manifest wurde hier mit „Begeisterung“ aufgenommen. Als die Menge aus einem Gefangenewagen die Gefangenen befreien wollte, gab der begleitende Polizist Revolverblöcke ab und reagierte so die Menge zum Entwenden derer. Zwei Personen wurden getötet und zwei verwundet. Auch aus andern Städten laufen Deputierten von der „begleiteten“ Aufnahme des Manifests ein. In Tula wurde die Begeisterung durch einen ganz unbegründeten Angriff der Kosaken und Infanterie auf die Zivilmengen, die ihrer Freude in friedlicher Weise Ausdruck verlieh, beendet. Zahlreiche Personen kamen dabei um. In Rischinow störte ein ähnlicher Zwischenfall, bei dem Verwundete vorluden, die allgemeine Freude,

Die Revolution in Polen.

Warschau, 31. Oktober. Die Weichseldampfschiffahrt, durch die Kommunikation mit Thorn aufrechterhalten wurde, ist eingestellt, wodurch Warschau gänzlich vom Westen abgeschnitten ist. Es streiken jetzt sämtliche städtische Betriebe. Gestern nachmittag wurde die Expedition des Blattes Goncz, das sich dem allgemeinen Streit widmet, von der Menge demoliert.

Warschau, 1. November. Die Arbeiter und Beamten der Warschau-Wiener Bahn hielten ein Meeting ab. Etwa 4000 Personen waren anwesend. Es wurde eine Resolution gefasst, wonach der Aufstand weiter andauern soll. Den ganzen Tag über erfolgten Manifestationen der sozialistischen Partei, die Lage ist gespannt. Abends wurden die Straßen von Militär besetzt. Passanten wurden angehalten. Einige Blätter erschienen ohne Censur.

Warschau, 1. November. Der Generalstreik in Lobs dauert an. Blutige Vorgänge ereigneten sich gestern abend in der Petrikauer Straße, wo sich die Menge zusammenrotete und Hurra schrie. Infanterie feuerte darauf und tötete 2, verletzte 8 Menschen. In der Konstantinowka-Straße wurden aus gleicher Grunde abends 8 Uhr 8 Salven abgefeuert, wobei 2 Männer fielen. Während des Bundesgenossenmeetings der Vereine Kaufmännischer Angestellter, das von 2000 Personen besucht war, schritt Militär ein. Es entstand furchtbare Panik. Die Theater sind geschlossen, die Löden gesperrt. Auf der Straße ist nur Militär zu sehen.

Breslau, 1. November. Die Revolutionäre haben den Betrieb der Dampfmühlen einstellen lassen, um die im Grenzgebiet zusammengezogenen Militärbesetzungen auszuholzen.

Aus den Provinzen.

Holzingsdorf, 31. Oktober. Die Arbeiter von Holzingsdorf und Wiborg haben heute in einer öffentlichen Versammlung beschlossen, von morgen an den Generalstreik zu erläutern. Die Schüler des Polytechnischen Instituts haben den Beschluss gefasst, während desselben den Unterricht nicht zu besuchen. Auch die Studenten wollen den Vorlesungen nicht mehr beiwohnen. Infolge des Beschlusses der Arbeiter findet seitens der Bevölkerung ein starker Aufsturm auf die Läden statt, um sich Vorräte zu sichern. Alle Restaurants sind geschlossen.

Niga, 31. Oktober. Der Streit hat sich auf sämtliche Fabriken ausgedehnt. Schulen und Theater sind geschlossen, die Eisenbahnverbindung ist unterbrochen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind umfassende polizeiliche und militärische Maßnahmen getroffen worden; die Bürgervölkerung hat auch den Selbstschutz organisiert. Die Behörden kommen den Wünschen zum Schutz deutscher Interessen bereitwillig entgegen.

Odessa, 31. Oktober. Bei den gestrigen Barrakadenkämpfen spielten sich Szenen ab, die an die französische Revolution erinnern. Die organisierten Arbeiter, zum Teil junge Leute, wie auch junge Mädchen, gaben die entschlossene Brust den Angeln der Soldaten preis und starben mit dem Rufe: „Es lebe die Revolution!“ Den ersten Schuß auf die Aufständischen gab ein als Arbeiter verkleideter Kofal ab.

Odessa, 1. November. Der Gemeinderat hat sich in einen provisorischen Wohlfahrtsausschuß umgewandelt unter Führung von Delegierten aller Volksklassen. Alsbann wurde beschlossen, zu verlangen, daß die Truppen zurückgezogen würden, die Polizei entwaffnet und der Bürigenieur seines Amtes entsezt werde. Ferner soll sofort eine Bürgerwehr gebildet werden, und alle Untersuchungsgefangenen freigelassen werden.

Gesamtvertag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs.

Wien, 30. Oktober 1905.

Vom Giebel des Arbeiterheims in Favoriten wehen zwei rote Banner herab. Sie sind das Zeichen, daß hier der Gesamtvertag der österreichischen Sozialdemokratie seine Verhandlungen abhält, die diesmal in erster Linie dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht gelten werden. Ein zweihundert Delegierte haben sich als Vertreter aller Nationalitäten Österreichs versammelt, Deutsche, Tschechen, Polen, Italiener, Slowenen und Ruthenen. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichsabstafaktion sind vollständig erschienen. Die Arbeiterinnen sind durch zwölf Frauen vertreten: Abelh., Popp., Theresia Schlesinger, Marie Schrammel u. a. Die deutsche Sozialdemokratie hat Herm. Moikenhuber, die ungarnische Buchinger aus Budapest, die sozialdemokratische Partei Russisch-Polens Genossen Wronsky entsandt. Unter den Gästen befindet sich auch eine Tochter des Prager Professors Dr. Massaryk, Fr. Dr. phil. Alice Massaryk.

Von welcher Konsolidierung der Parteitag bereitet ist, davon legten die Begrüßungsansprachen Zeugnis ab, die gestern abend in der nicht offiziellen Vorberichterstattung gehalten wurden.

So erklärte Genosse Körbler, der im Auftrage des Wiener Wohlfahrtsausschusses die Delegierten begrüßte: „Es wurde in letzter Zeit manchmal gesagt, daß die Wiener Arbeiterschaft etwas verloren hätte. Wir sind nicht dieser Ansicht. Wir glauben, damit etwas richtig gemacht, muß die richtige Zeit abgewartet werden. Kommt aber diese Zeit, dann werden Sie die Wiener Arbeiterschaft gerüstet finden.“

Genosse Dr. Abelh. gehabte in seiner Ansprache des heiligen militärischen Kampfes der russischen Revolution. „Wir können der russischen Revolution nicht helfen, aber wir können in unserm Lande, auf unserem Boden für unser Volk, für unser Proletariat, in unseren Kampfformen und mit unseren Kampfmitteln alles tun, um einigemal mit Ehren vor jenen Helden und Märtyfern, die dort drüber kämpfen, zu besiegen. Mögen Sie Ihre Aufgabe lösen. Beschaffen wir uns, der unsern zu dienen. Und wenn wir einen Wunsch für uns selber haben, so ist es der, daß es diesem Parteitag vergönnt sein möge, die Kräfte dieser Arbeiterschaft, die unter den Sünden dieses Österreichs aus tausenden Wunden blutet, einmal in einem Moment, der siegreichend ist, zusammenzutreffen.“ (Stürmischer Beifall.) Jetzt ist der Moment, wo uns das ganze Proletariat förmlich entgegensteht: Jetzt vorwärts führt uns zum Kampf. (Stürmischer Beifall.) Ich bitte Sie, ich bitte alle Sozialdemokraten, in diesem Moment alle ihr Denken, alle ihre Energie, alle ihre Kraft und ihre revolutionäre Entschlossenheit auf diesen einen Kampf zu konzentrieren.“ (Stürmischer Beifall.)

Abelh. hatte den Parteitag den Parteitag des Wahlkreiskampfes genannt.

Dieser Anschauung schlossen sich in ihrer Begrüßungsansprache auch die Delegierten der tschechischen Organisationen, Nemec-Prag und Tomascek-Wien, an. Nemec betonte noch besonders: „In Russland haben Sie uns bewiesen, daß es noch Revolutionen geben kann, wenn nur die richtig revolutionäre Begeisterung, wenn Mut und Entschlossenheit vorhanden sind, unter allen Umständen sein Recht zu erringen.“ (Stürmischer Beifall.)

Von derselben Begeisterung waren auch die Ansprachen der Sprecher der polnischen, der slowenischen und der italienischen Delegation, Daszynski, Kristian und Biscel, getragen. Wenn wir ehrig und mutig vorgehen, ist der Sieg unsers, riefen sie unter der jubelnden Zustimmung der Delegierten.

Die Vorbesprechung bestimmte Tauschift-Wien und Nemeczeg zu Vorsitzenden und zu Beisitzern für die andern Nationen Dr. Diamant-Lemberg (Pole), Pittoni-Triest (Italien), Scopac-Triest (Slowene) und Dr. Jarossewitsch (Ruthene). Schriftschriften wurden gewählt: Krautl-Wien, Hillebrand-Karlsbad, Tukar-Brünn und Hudec-Lemberg.

Die ursprünglich vorgeschlagene Tagesordnung blieb unverändert außer den Berichten der Auskundsätre. Die österreichische und das Wahlrecht, der Generalstreit und der Militärismus, lagt voll von 9 bis 4 Uhr werden.

Heute eröffnet Tauschift-Wien um 10 Uhr die Verhandlung des Parteitages, gedenkt der Toten, besonders Joseph Scheiss u. Moltke-Negers, zu deren Ehren sich der Parteitag erhebt, und bei die Gäste begrüßt willkommen.

Wolkenburg erwidert diesen Gruß mit einer Ansprache, der er auf die engen Bande zwischen deutscher und österreichischer Sozialdemokratie hinweist. Wir sind, so sagt er, Blut von einer Blut und nur auseinandergerissen durch die Politik der herrschende Klassen. Aber trotz des Fusses von 1866 fühlt sich das Proletariat so einig als vorher. Eind hat der Ruh gebracht, als eine Art Schmerzenspfosten hat das deutsche Volk das allgemeine gleich Wahlrecht erhalten. Dieses Wahlrecht war vorher die vornehmste Fortbewegung der deutschen Arbeiterbewegung gewesen. Viel hatte — zu Unrecht — in ihm eine Art Wundbehandlung gesehen. Aber sicherlich hat dieses Wahlrecht unendlich dazu beigetragen, die Organisation des Proletariats zu fördern und es überall einzuführen zu machen. Seit 1866 hat die kapitalistische Entwicklung in seinen Landen Europa so rasch Fortschritte gemacht wie in Preußen-Deutschland. Kaiser Bismarck hat einmal offen gesagt: wir müssen Millionen züchten. Diese Millionenzüchter hat er meistens verstanden, aber es haben sich daraus Zustände entwickelt, die alten und selbst für die Herrschenden bedenklich zu werden beginnen. Das sozialdemokratische Wahlrecht hat vollkommen bankrot gemacht gegenüber dem kapitalistischen Königreich, das sich mit außerordentlicher Schnelligkeit entwickelt hat. Die kapitalistische Entwicklung wird bald den Punkt erreicht haben, wo alle ihre Hilfsmittel erschöpft sind. In entscheidenden Branchen, in der Kohle, in der Eisenindustrie ist die freie Konkurrenz, die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, bereits zerstört. In einem solchen Momente kommt nun ein Anlauf, die industrielle Entwicklung wieder zurückzudammen, jene junferliche Agrarpolitik, die den direkten Zweck verfolgt, die Industriebevölkerung zu dezimieren. Dann in Hand damit gehen die Verluste, die Rechte der Arbeiter zu verlieren, das allgemeine Wahlrecht zu bestätigen und das Koalitionsrecht zu räumen. War doch die Einleitung zur junferlichen Bollwaggonspartei die Rückhausvorlage! Dieser Versuch ist allerdrugs an der Wachsamkeit der Arbeiter gescheitert. Aber jetzt wird jeder kleinste Streit zu einer Auseinandersetzung benutzt, um die Kräfte der Organisation höher zu legen. In dieser Lage, in der sich die deutschen Arbeiter befinden, kommen ihnen die Brüder in Österreich und Russland zu Hilfe. Der Stoss, der hier geführt wird, trifft nicht nur den Zarismus, sondern auch die Bediensteten des Zarismus in Deutschland. Das Wort Kreiggrätz: „Ein kräftiger Schlag im Norden, das ist auch im Süden ein Schlag“, gilt auch hier. Sieg des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn und in Österreich, dann ist auch den Wahlrechtsfeinden in Deutschland die Waffe aus der Hand geschlagen. (Bravo!) So nehmen wir den größten Anteil an Ihrem Kampfe. Ihr Sieg ist auch unser Sieg! Die kapitalistische Entwicklung schafft auch die Kräfte, die zur Verbündung der Völker, zur Festigung des Massenmordes führen. Noch immer sind neue Rüstungen mit dem Kriegsgefecht begründet worden. Die Diplomaten sorgen mit der Kugel am Pulverfass. Aber dies freudliche Spiel mit dem Glück der Völker ist nur so lange möglich, als die Völker sich führen lassen. (Wehhofer Aufführung.) Das Wehrkunst hat wieder ein Wettbewerb im Gefolge. Die Staaten Europas haben sich bereits über 1000 Milliarden Schulden gemacht und ihre Völker sind dem Kapital tributostolzig geworden. Von dem Kapitalismus können die Völker nur durch die Sozialdemokratie erlöst werden. So begrüßen wir auch aus diesem Grunde den Kampf, den Sie führen. Sie sieben jetzt auf der ersten Staffel, um das Wahlrecht zu erobern. Mit seiner Hilfe wird Ihre Bewegung immer mächtiger werden. Das Wahlrecht bietet auch die Mittel, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Und jede Verbesserung dieser Lage in einem Lande ist auch eine Verbesserung für die andern Länder. Denn das Land, wo die Arbeiter am schlechtesten gestellt sind, ist ein Referat für den Wehrwertschung der Kapitalisten anderer Länder. So ist jeder Fortschritt, den Sie erringen, ein Fortschritt auch für uns. Und (Wehhofer Weißfall.) „Glückauf zum Krieg! Glückauf zum Sieg! (Wehhofer Weißfall.)“

Unsere überbringt die Gründer der ungarnischen Sozialdemokratie (Bravo!) Voller Freude blicken wir auf diesen Wahlrechtskampf. Stehen wir doch selber im entscheidenden Kampf um das allgemeine Wahlrecht, und wir wissen, dem internationalen Proletariat dabei Ehre zu machen. Unsre Freunde wissen, daß der Wahltag gekommen ist, und daß unser Proletariat plausibel zahlen wird. Wir können es uns als Verdienst anrechnen, daß wir die heutige Situation in Ungarn herbeigeführt haben. Wir haben eine Demagogie, wie sie verlogener nie existiert hat, wir haben die Koalition der freisten Volkskämpfer vor der ganzen Welt enttarnt. Der Gedanke, zum allgemeinen Wahlrecht als einzigen Ausweg aus einer furchtbaren Staatskrise zu greifen, ist die Frucht unserer Jahrzehntelangen Arbeit. Durch welche Untergründen immer die Regierung auch getrieben werden mag, das allgemeine Wahlrecht zu geben, jedenfalls seien wir jetzt die Koalitionshelden, die die Füße zur Hoffnungslosigkeit und ihr nationales Programm Punkt für Punkt im Gedächtnis zum Opfer anbieten. Kein Absolutismus kann so unerträglich sein, als die Rechtslosigkeit, die im parlementarischen Ungarn über die breiten Massenmassen verhängt ist, und kein Parlamentarismus ist so verwerthlich, als dieser Privilegien-parlamentarismus. So wie Sie heute als ultima ratio an den politischen Massenstreik denken, so sind auch wir bereit, Gut und Blut daran zu leiden, um uns nicht länger von dieser Magnatenclique freikaufen zu lassen. Sollten die Intrigen dieser Bande wieder gelingen, nun so sollen sie erfahren, was Völzkorn ist. (Wehhofer Weißfall.)

Hierauf nimmt von stürmischem Weißfall begrüßt der Vertreter der Sozialdemokratie Russisch-Polen, Wronski, das Wort: Aus einem Lande der Knechtschaft, wo der Kosaf in der Fabrik ebenso unerträglich ist, wie Dampfmaschinen und Kohlen, wo die Arbeitermechelen zu einer staatlichen Institution geworden sind, kommt ich in ein relativ freies Land (Weißfeld), als Vertreter des polnischen und jüdischen Proletariats Russisch-Polen. Es ist unter tiefe Überzeugung, daß der Kampf, der in Österreich und Ungarn begonnen hat, unsere Sache ist. Wenn Ihr dazu kommt, das alte Österreich zu demokratisieren, dann fällt auch eine der Wände, die uns von der Freiheit, von der Kultur, und vom sozialen und politischen Fortschritt trennen. Sie vollenden Ihr großes Werk in einem Lande, wo acht Nationen nebeneinander stehen und beginnen. Für Euch existiert die nationale Frage nicht mehr. Das ist etwas Großes. Ihr habt verstanden, daß so, wie jede Nation ihre Besonderheiten hat, auch jedes Proletariat in seiner Bewegung verschiedene Formen haben kann, ohne deshalb das gemeinsame Ziel aus den Augen zu verlieren. Auch wir haben verschiedene Nationalitäten unter uns, neben den Polen Juden, Litauern, Weißrussen und Deutsche. Für die Deutschen haben wir jetzt in Loh ein Blatt gegründet: den Deutschen Arbeiter (Bravo!) Und alle diese Nationen sind jetzt zusammengezogen zu einem Kampfe um Leben und Tod, im wörterlichen Sinne, zu einem Kampfe, wo man Augen mit Augen wechselt. (Stürmisches Weißfall.) In diesem Jahre haben wir einmal berücksichtigt, dass 200 000 bis 400 000 Arbeiter auf die Straße gegangen sind nicht tagelang, sondern wochenlang. An Hilfe, auch an materieller aus dem Auslande fehlt es uns nicht. Ihre Unterstützung ist viel besser ausgeschlossen, als die französische Anteile für den russischen Revolutionskampf. (Weißfeld.) Ich wette darauf nur hin, weil von verschiedenen Seiten behauptet wird, wir seien keine Sozialdemo-

krate. Man steht ja davon ab auf, daß wir mal nur die russische und auch die polnische Republik wollen. Seien Sie unser Programm: es ist identisch mit dem Programm der Sozialdemokratie in Ländern. Alles ist auf unsere Tätigkeit, unsern Ruh folgt Proletariat. Hand in Hand mit uns geht die galizische Sozialdemokratie. Wir sind gewiss, daß wir unter Ziel erreichen werden, auch wenn es gelingt, das Ziel einer besseren Zeit leichter zu verlieren. Einem merkt der Feind, nach einer Tage grüßt sie. So könnte es sein, daß er das Volk schwächen will. Aber werden diese Sozialdemokratien in wirkliche revolutionären Veränderungen bringen? Da tut mir die Kampf-Siege Lust am, die ich hier atmest, kaum weiter, dann werden wir noch neben einem freien Österreich ein freies Ausland und ein freies Polen erleben. (Weißfelder Weißfall.) (Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Über Maifeier und Massenstreik debattierte man in einer Parteiversammlung für Silesia-Land. Der Abgeordnete dieses Kreises, Glenz, nahm bekanntlich in beiden Fragen einen von der Haltung der Gesamtpartei abweichenden Standpunkt ein und hatte auch in Jenau gegen die Resolution gestimmt. Er vertrat seinen Standpunkt auch in der Parteiversammlung in einem zweitständigen Kreisrat, trotzdem wurde noch längere Diskussion einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 20. Oktober im Bredower Schützenhaus tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Randow-Schönhausen erließ auch nach Anhörung des Referats des Genossen Hörls über Maifeier und Massenstreik, doch auf dem Vorbild der Beschlüsse des Parteitags in Jenau zu stehen. Die Versammlung erließ in der Maifeier ein wirtschaftliches Demonstration-, und Agitationsmittel zur Verkürzung der Arbeitszeit und der Völkerverbildung. Sie würde den Beschluss deselben auch dann nur mit Bedauern stimmen, wenn der nächste internationale Sozialistengongress einen dahingehenden Beschluss fassen sollte. Den Massenstreik, in der Form und unter den Voraussetzungen, wie sie in dem Referat besetzt und in der vom Jenauer Parteitag fast einstimmig angenommenen Resolution festgelegt worden sind, erklärt die Versammlung für ein notwendiges Verteidigungsmittel, wenn wichtige Volksrechte gefährdet werden sollten. Die Versammlung verpflichtet sich endlich im Sinne der Jenauer Resolution nach besten Kräften zu wirken, die Gewerkschafts-, Genossenschafts- und die politischen Organisationen nach Möglichkeit zu fördern, um so nach allen Seiten gerüstet zu sein und die Kampfsfreudigkeit des Proletariats zu stärken.“

Soziale Rundschau.

Soziales.

Vorschriften zur Verhütung der Bleivergiftung. Am 1. Januar 1908 tritt eine Verordnung des Bundesrates in Kraft, die dazu dienen soll, die in Betracht kommenden Arbeiter vor den schlimmsten Gefahren und Nachteilen des Bleivergiftung zu schützen. Die wichtigsten dieser Bestimmungen sind folgende:

Bei dem Zerkleinern, dem Mengen, dem Mischen und der sonstigen Verarbeitung von Bleiweiß, anderen Bleifarben oder ihren Gemischen mit andern Stoffen in trockenem Zustande dürfen die Arbeiter mit den bleihaltigen Farbstoffen nicht in unmittelbarer Verbindung kommen und müssen vor dem sich entzündenden Staube aufzuhören geschult sein. Das Anstreben von Bleiweiß mit Öl oder Paraffin darf nicht mit der Hand, sondern nur auf mechanischen Wege in Behältern vorgenommen werden, die so eingerichtet sind, daß auch bei den Unfällen des Bleiweißes kein Staub in die Arbeitsstube gelangen kann. Dasselbe gilt von andern Bleifarben. Jedoch dürfen diese auch mit der Hand angerieben werden, wenn dabei nur männliche Arbeiter über 18 Jahre beschäftigt werden und die von einem Arbeiter an einem Tage angewandte Menge bei Männern ein Kilogramm, bei anderen Bleifarben 100 Gramm nicht übersteigt. Das Abschleifen oder Abbilden trockenem Oelfarbenanstrich oder Spackel, welche nicht nachweislich bleifarbig sind, darf nur nach vorheriger Anfeuchtung ausgeführt werden. Der Schleifschlamm und die beim Abschleifen und Abbilden entstehenden Abfälle sind, bevor sie trocken geworden sind, zu entfernen. Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß die Arbeiter, welche mit Bleifarben oder ihren Gemischen in Verbindung kommen, mit Waschlappen oder andern vollständig defensiven Arbeitsanzügen und einer Kopfbedeckung versehen sind und sie während der Arbeit benutzen. Allen Arbeitern, die mit Maler-, Anstreicher-, Tüncher-, Weißbinder-, oder Lackierarbeiten beschäftigt werden, bei denen sie Bleifarben oder deren Gemische verwenden, müssen Waschgefäß, Bürsten zum Reinigen der Hände und Nagel, Seife und Handtücher zur Verfügung gestellt werden. Werden solche Arbeiten auf einem Neubau oder in einer Werkstatt ausgeführt, so muß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, sich an einem frostfreien Orte zu waschen und ihre Kleidungsstücke sauber aufzubewahren.

Den Arbeitern muss ein besonderer Raum zum Waschen und Aufleiden zur Verfügung gestellt werden, der sauber zu halten, bei kalter Witterung zu beheizen und mit Einrichtungen zur Verwahrung der Kleidungsstücke zu versehen ist. Der Arbeitgeber hat für die von ihm beschäftigten Arbeiter verbindliche Vorschriften zu erlassen, welche folgende Bestimmungen für die mit Bleifarben und deren Gemischen in Verbindung kommenden Arbeiter enthalten müssen: Die Arbeiter dürfen erst dann Speisen und Getränke zu sich nehmen oder die Arbeitsstätte verlassen, wenn sie zuvor die Arbeitskleider abgelegt und die Hände sorgfältig gewaschen haben; die Arbeiter haben die Arbeitskleider bei denjenigen Arbeitern, für welche es von dem Arbeitgeber vorgeschrieben ist, zu bewahren; das Rauchen von Zigarren und Zigaretten während der Arbeit ist verboten. Außerdem ist in den zu erlassenden Vorschriften vorgesehen, daß Arbeiter, welche trotz wiederholter Warnung den vorstehend bezeichneten Vorschriften zu widerstehen, vor Ablauf der vertragsgemäßigen Zeit und ohne Aufzündigung entlassen werden können. Ist für einen Betrieb eine Arbeitsordnung erlassen (§ 184a der Gewerbeordnung), so sind die vorstehend bezeichneten Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Der Arbeitgeber hat die Überwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter einem von den höheren Verwaltungsbehörde hierzu ermächtigten, dem Gewerbeaufsichtsbeamten (§ 189b der Gewerbeordnung) nahezu zu machen, der mindestens einmal halbjährlich die Arbeiter auf die Angelegenheiten vorhandener Bleivergiftung zu untersuchen hat.

Der Arbeitgeber darf Arbeiter, die bleikrank oder noch ärztlichen Urteil einer Bleivergiftung verdächtig sind, zu Beschäftigungen, bei welchen sie mit Bleifarben oder deren Gemischen in Verbindung kommen, bis zu ihrer völligen Genesung nicht zulassen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zur Kontrolle über den Wechsel und Bestand sowie über den Gesundheitszustand der Arbeiter ein Buch zu führen oder durch einen Betriebsbeamten führen zu lassen. Er ist für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen, soweit sie nicht vom Arzte bewiesen werden, verantwortlich. Das Kontrollbuch ist dem Gewerbeaufsichtsbeamten (§ 189b der Gewerbeordnung) sowie dem zuständigen Medizinalbeamten auf Verlangen vorzulegen.

Außerdem ist ein Bleimerkblatt ausgearbeitet, das jedem Arbeiter der fraglichen Betriebe beim Arbeitsantritt eingehändigt wird.

Diese Vorschriften beziehen sich auf die Betriebe des Maler-, Anstreicher-, Tüncher-, Weißbinder- oder Lackierergewerbes und auf Betriebe, in denen derartige Arbeiten verrichtet werden.

Von Nah und Fern.

Die falligen Zugangsämter entstoßen. Berlin, 30. Oktober. Ruhige Meldung. Heute morgen um 1 Uhr fuhr der Arbeitszug 307, der auf der Fahrt von Innsbruck nach Schwaz in Langenbach bei Hannover mit im Personenwagen 479 freuen musste, über die Endwelle der Station Langenbach hinaus und stieß etwa 50 Meter dahinter in dem von Schwaz in kommenden Personenwagen 479 zusammen. Der Zugführer des Arbeitszuges und der Heizer des Personenwagens sind tot. Vier Reisende sind schwer verletzt.

Hannover, 30. Oktober. Heute entgleiste hier in der Nähe der Stadt infolge Schienenbruchs ein Zug der Altonaer-Sonja-Eisenbahn, der mit einer Geschwindigkeit von 50 Meilen die Stunde fuhr. 13 Personen wurden getötet, 25 verletzt.

Einsatz.

Witten (Ruhr), 31. Oktober. Heute vormittag 11 Uhr stürzte der bereits vier Stockwerke hoch errichtete Voltermannsche Dampfer Johann sowie der Zimmermann des Mägde Schuhes an Land gesetzt hat. Diese beiden Schiffe waren am Freitag vor 8 Uhr zusammengebrochen, der Dampfer Johann sank innerhalb von 5 Minuten, 21 Männer und 2 Frauen ertranken. Dem Kapitän und dem Zimmermann sowie dem Zimmermann des Unteres gesang es, sich am Ende eines Bootes zu halten, bis die Brüder sie am Sonnabend morgen aufnahmen. Die Umsiedler wurde genau abgezählt, jedoch keine Spur von andern Verunglückten gefunden. Der russische Schuh ist mit 8 Mann seiner Besatzung vermutlich ebenfalls untergegangen, da seine Spur von ihm entdeckt werden konnte.

Schiffuntergang.

Helsingborg, 31. Oktober. Das Helsingborg Dagblad meldet, daß der Hamburger Dampfer Wielich den Kapitän des schwedischen Dampfers Johan sowie den Zimmermann dieses Dampfers und den Zimmermann des Mägde Schuhes an Land gesetzt hat. Diese beiden Schiffe waren am Freitag vor 8 Uhr zusammengebrochen, der Dampfer Johann sank innerhalb von 5 Minuten, 21 Männer und 2 Frauen ertranken. Dem Kapitän und dem Zimmermann sowie dem Zimmermann des Unteres gesang es, sich am Ende eines Bootes zu halten, bis die Brüder sie am Sonnabend morgen aufnahmen. Die Umsiedler wurde genau abgezählt, jedoch keine Spur von andern Verunglückten gefunden. Der russische Schuh ist mit 8 Mann seiner Besatzung vermutlich ebenfalls untergegangen, da seine Spur von ihm entdeckt werden konnte.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Offener Brief an Herrn Stadtverordneten Lange.

Bezugnehmend auf Ihre trefflichen Ausführungen in der letzten Stadtverordnetensitzung, betreffend die Haushalte der Grundstücke Sebastian-Wach-Straße 36 und 37, teile ich Ihnen mit, daß ich jetzt 7 Jahre hier wohne und mir in den 7 Jahren niemand persönlich bekannt ist, der aus dem Eigentümerhaus hier Aufnahme gesucht und gefunden hätte. Ihre Ausführungen also: „Ich kontrolliere, daß in diesem Grundstück durchweg Leute wohnen, die überhaupt kein anderes Hauswert annehmen würden“, mindestens auf freier Erfindung beruhen. Ich kann Ihnen, Herr Lange, noch mehr verraten. Im Hinterhaus Nr. 36 wohnte viele Jahre ein Malermeister, der selbst Hausbesitzer war. Außerdem ist mir in diesen sieben Jahren mindestens 20 Familien bekannt, welche ausgewandert sind, wovon keine ins Eigentümerhaus gekommen ist, sondern alle bei andern Hauswirten Wohnung bekommen haben. Ja, ich glaube konstatiert zu können, daß Herr Lange keine einzige dieser ausgewanderten Familien als obdachlos beherbergt hat. Außerdem gibt es noch eine Unzahl Familien, wo die Väter Leipziger Bürger sind. Herr Lange, sollten Sie wieder in die Dose kommen, im Stadtverordnetensitzung das Interesse der Stadt zu wahren, so tun Sie es wenigstens so, ohne anständige Familien öffentlich zu beleidigen.

Im Auftrage mehrerer Mieter

Hochachtungsvoll

Emil Heller.

Der Verein Vereinigte Mauchwarenmarkthelfer Leipzig hält am Reformationsfest seinen Familienabend in einem für die Arbeiterschaft gesperrten Lokal, nämlich im Prinz Heinrich, Gottscheestraße, ab. Gerade, wie um der Arbeiterschaft zu frohen, sucht dieser Verein sich einen Saal heraus, der von seinem Besitzer der Arbeiterpartei zu Versammlungen verweigert wird. Anstatt die vitalen Interessen der Arbeiter mit Zügen zu treten, sollten lieber die Mitglieder dieses Vereins sich ihren kämpfenden Klassengenossen anschließen, um ihre gerade nicht allzu rohe wirtschaftliche Lage zu verbessern zu suchen. Die Zeiten sind ernst genug und nicht dazu angestan, daß jedes Arbeiterschlösschen und Vereinchen ohne Schädigung der Gemeinschaft tut, was ihm beliebt.

Ein Mauchwarenmarkthelfer, der es eingesehen hat.

Obwohl der Inhaber des Gasthauses zu Stünz (Dr. Grothe) seine Lokalitäten nach wie vor zu gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen nicht frei gibt, zogen es die Mitglieder des Allgemeinen Turnvereins zu L.-S. Sellerhausen vor, den „arbeiterfreundlichen“ Herrn dadurch zu unterstützen, daß sie ihm am Reformationsfest zu einem Tanzvergnügen verhalfen. Es ist geradezu unglaublich, daß es Mitglieder des Vereins gibt, die doch zum Teil organisiert sind — und solche Handlungen dulden. An dieser Stelle sei, abermals darauf hingewiesen, daß es sich jeder Turner zur Pflicht machen sollte, den bürgerlichen Turnvereinen den Rücken zu kehren und sich den Arbeiter-Turnvereinen anzuschließen.

Auskunft in Rechtsfragen.

N. V. D. Natürlich auf den 10 000 Mr.-Gewinn.

Feuerwehr Ananflieberg. Da die Gemeinde die Uteifl für die freiwillige Feuerwehr angestellt hat, bleiben sie auch Eigentum der Gemeinde, wenn diese nicht anderes bestimmt.

Grochwitz, 3. V. 28. Sie müssen die Klage beim hiesigen Amtsgericht anbringen.

Budengau Nr. 10. Strasser hat sich bei Mann dieserhalb noch nicht gemacht, aber Sie können die Schiedsinstanz anstrengen.

Al. W. Wenn Sie der Überzeugung sind, daß Ihnen mit der Aussforderung der Baupolizei Unrecht geschehen ist, müssen Sie dagegen Beschwerde beim Rate erheben.

Lebte Nachrichten und Depeschen.

Der österreichische Parteitag.

Wien, 1. November. (Private Telegramm der Volkszeitung.) Die Nachricht von der Kapitulation des Zarismus vor der Revolution rief ungeheure Begeisterung hervor. In einer einstimmig angenommenen Resolution fordert der Parteitag die sofortige Einberufung des Parlaments zum Zweck der unverzüglichen Erledigung eines Gesetzes über

Oeffentl. Versammlung

des
Wahlvereins in L.-Stadt

(1800 Mitglieder)

Dienstag, 7. November, abends 1/2 Uhr
im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung: 1. Der politische Massenstreit. 2. Diskussion.
Referentin: Frau Dr. Rosa Luxemburg.

Jedermann hat Zutritt.

Leipziger Verein der Kinderfreunde (Kinderschutz.)

Mittwoch, den 1. November 1905, abends 7 Uhr

III. General-Versammlung

im Saale der städtischen Schule für Frauenberufe (Augustusplatz).
Tagesordnung: 1. Jahresbericht, erstattet durch die 1. Vorsitzende.
2. Kassenbericht, erstattet durch den 1. Kassierer. 3. Vorstandswahl. Bericht der
Konsulatoren. 4. Eventl. Anträge von Mitgliedern.

Gäste willkommen!

Metallarbeiter-Verband

Geschäftsstelle: Leipzig, Liebigstr. 3, p.

Telephon: 3784.

Bureauzeit: Vermittags 8—9 Uhr Sonnabends ist das Bureau
mittags 12-1, abends 5-8 bis 9 Uhr geöffnet.

Sängerabteilung des Volkshbildungs-Vereins L.-Gohlis

M. d. A.-S.-B.

Sonnabend, den 4. November 1905

Grosser Lieder-Abend

im Schillerschlösschen, Menkestr.

Einlass 1/2 Uhr. Anfang 1/2 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bittet Der Obmann.

Naturheilverein Leipzig II. Rosensäule — Windmühlenstr.

Donnerstag, den 2. November, abends 1/2 Uhr: Vortrag des Herrn Schumann über Erste Hilfe bei Erkrankungen. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Reichs-Ecke, Reichsstr. 45/47. P. Danneberg.

Vorzugl. Mittagstisch

von 12-3 Uhr.

Tägl. Spezialkonzert hervorragender Kapellen. Eintritt frei.

Restaurant u. Logierhaus Zum goldenen Schiffchen

Telephon 1738

auf Herrn Hermann Eckhardt kauflich übergegangen ist, sage ich allen Gesellschaften, Vereinen, Kegel- und Spielclubs, sowie auch allen Gästen, welche mich während meiner 7-jährigen Tätigkeit in so entgegenkommender Weise unterstützt haben, meinen wärmsten Dank.

Mit der ergebenen Bitte, das in mich gesetzte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen, zeichne

Hochachtungsvoll
Theodor Mängel.

Auf obiges Bezug nehmend, teile ich allen lieben Freunden und Bekannten höflichst mit, dass ich das

Restaurant, Gast- und Logierhaus

Zum goldenen Schiffchen

L.-Volkmarsdorf, Ecke Hildegarde- und Wilhelmstraße

kauflich erworben habe, und soll es mein eifrigstes Bestreben sein, den guten Ruf des Restaurants zu wahren und verspreche ich, in Bezug auf Keller und Küche das Beste zu liefern. Um gütige Unterstützung bittend, zeichnet

Hochachtungsvoll

Hermann Eckhardt.

N.B. Geehrten Vereinen empfehle mein grosses Gesellschaftszimmer zur gefl. Benutzung.

Deutscher Senefelder-Bund

(Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe)
Mitgliedschaft Leipzig.

Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Pantheon, Dresdner Straße.

Tagesordnung: 1. Die Stellung der Gewerkschaften zum politischen Massenstreit. Referent: Medaille Konrad Hänsel.

2. Heim- und Ueberarbeit in unserem Berufe. Referent: Kollege G. Geck.

3. Gewerkschaftliches.

Bei der Wichtigkeit vorstehender Tagesordnung wird die Anwesenheit eines jeden Kollegen erwartet.

D. V.

Verband d. Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter

und Hilfsarbeiterinnen Deutschlands. Zahlistelle Leipzig.

Sonntagnachmittag, 11. November 1905: Grosses Herbstfest unter Mitwirkung von Richard Quante's Alt-Leipziger Sängern in familiären Räumen des Pantheon, Dresdner Straße 20. — Einlass 7 Uhr. Anfang prächtig 8 Uhr. — Programm im Vorverkauf 20 Pf. an der Straße 30 Pf. Gönner und Freunde des Verbandes laden freundlich ein 20857] Das Festkomitee.

Eroffnung

morgen Donnerstag
den 2. November.

Restaurant

Zur Schmiede, Sidonienstr. 33

eröffnen. Unser eifrigstes Bestreben wird es sein, allen uns beehrenden Gästen nur das Beste vom Besten zu bieten. Zum Ausklang gelangen die rühmlich bekannten ff. S. & M. Ulrichschen Biere. Indem wir um fröhliche Unterstützung unseres Unternehmens bitten, zeichnen mit Hochachtung Robert Herold u. Frau.

Zur Eröffnung großes Schlachtfest, ff. Schlachtschüssel etc., Robert Herold.

Europäische Börsenhalle

Gatharinenstraße 12.

Täglich von 5 Uhr ab:

Grosses Konzert des Wiener Damen-Orchesters Wiener Zugvögel

5 Damen — 2 Herren.

Ergebnist lobet ein

[19550]

W. Paer,

Hotel Brüsseler Hof, Gerber-

str. 10

empfiehlt freundliche und saubere Zimmer zu mäßigen Preisen. Guter bürgerlicher Mittagstisch. — Aufmerksam Bedienung.

190537] Hochachtung H. Thiel.

Telegramm!

Weinen werden Nachbarn, Freunden und Gönner zur gefälligen Kenntnis, daß wir das Etablissement

Kronen-Quell, Neuschönefeld, Clarastr. 18

am 1. November d. J. übernommen haben. Es wird unser Bestreben sein, durch ff. Getränke und gute Küche allen unseren werten Gästen einen gemütlichen Aufenthalt zu verschaffen und bitten um zahlreichen Besuch.

Hochachtungsvoll Bruno Haupt und Frau.

Schlachtschmaus Freitag, den 3. November.

Morgen nachmittag da steht vergnügt mein Schwein

Bei diesem Schlachtschmaus lob ich alle herzlich ein

Freitag früh 1/2 Uhr zu Wellsteif, 11 Uhr zu frischer Wurst

Und Haupt die würd auch sorgen, daß keiner nicht verburst.

Kronen-Quell, Neuschönefeld, Clarastr. 18, B. Haupt.

Zum Bergschlößchen, L.-Neudorf

Bergstraße 8.

20875) Altbekanntes bürgerliches Verkehrshotel. Meine Vereinsmitglieder bringen in empfehlende Erinnerung. Es lobt ergebnist ein Robert Ulbricht.

Restaurant Sommerlust

Zwenkau.

Einem geehrten Publikum von Zwenkau und Umgegend zur Mitteilung, daß mit heutigem Tage obengenanntes neuerrbautes Restaurant eröffnet worden ist.

Es wird mein stetes Bestreben sein, einem mich beeindruckenden Publikum

jetzzeit mit guten Speisen und Getränken aufzuwarten.

Vereinen steht ein hübscher

Konzert- und Ballsaal

zur Verfügung. Freunden des Kegelspiels empfehle die allen Ansprüchen

der Neuzeit entsprechende Kegelbahn.

Französisches Billard.

Einem regen Besuch entgegensehend, zeichnet

Mit aller Hochachtung

Alwin Thurm, Geschäftsführer.

1. Beilage zu Nr. 253 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 1. November 1905.

Politische Übersicht.

Die Vestie liegt.

Am Montag abend hat der Patriasmus seinen Zusammenbruch zu Protokoll der Weltgeschichte erklärt. Väterchen veröffentlicht folgenden Uta:

Wir, Nikolaus II., von Gottes Gnaden Kaiser und Selbstherr der aller Menschen, Zar von Polen, Großfürst von Finnland usw., erklären allen unsern treuen Untertanen, daß die Wirren und die Erregung in unsern Hauptstädten und zahlreichen andern Orten unsres Reichs unser Herz mit großer und schmerzlicher Trauer erfüllen. Das Bild des russischen Herrschers ist unfehlbar verknüpft mit dem Glück des Volkes, und der Schmerz des Volkes ist der Schmerz des Herrschers. Aus den gegenwärtigen Unruhen kann eine tiefe nationale Zerrüttung und eine Bedrohung für die Unvergleichlichkeit und die Einheit unsres Reichs entstehen. Die hohe, durch unsern Herrscherberuf auferlegte Pflicht befiehlt uns, und mit all unsern Sinnen und mit unserer ganzen Kraft zu bemühen, um das Aufföhren der für den Staat so gefährlichen Wirren zu beschleunigen. Nachdem wir den in Betracht kommenden Behörden befohlen haben, Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren Kundgebungen der Unordnung, der Ausschreitung und der Gewalttätigkeit abzustellen, damit die friedlichen Leute, die nur das Bestreben haben, ruhig ihre Pflicht zu erfüllen, geschützt werden, haben wir es für unentbehrlich erkannt, um mit Erfolg die auf die Verhügung des öffentlichen Lebens abzielenden allgemeinen Maßnahmen zu verwirklichen, die Action der obersten Regierung zu vereinheitlichen. Wir legen der Regierung die Pflicht auf, wie folgt unsern unbeugsamen Willen zu erfüllen:

1. Der Bevölkerung die unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit zu verleihen, die gegründet ist auf die wisielle Unvergleichlichkeit der Personen, die Freiheit des Gewissens, des Wortes der Versammlungen und Vereinigungen;

2. ohne die falsch angeordneten Wahlen für die Staatskunne aufzuschicken, zur Teilnahme an der Duma in dem Maße, als es die Kürze der bis zur Einberufung der Duma noch ablaufenden Zeit gestattet, die Massen der Bevölkerung zu berufen, welche jetzt der Wahlrecht völlig entbehren, wobei sobann die weitere Entwicklung des Grundsatzes des allgemeinen Wahlrechts der neuwerdigen begründeten geschiebervischen Ordnung der Dinge überlassen wird, und

3. als unerschütterliche Regel aufzustellen, daß kein Gesetz in Kraft treten kann ohne Genehmigung der Staatskunne und daß den Erwählten des Volks die Möglichkeit der wisielle Teilnahme an der Überwachung der Gesetzlichkeit der Handlungen der von uns ernannten Behörden gewährleistet wird.

Wir lassen einen Ruf ergehen an alle treuen Söhne Russlands, sich ihrer Pflicht gegen das Vaterland zu erinnern und bei der Befriedigung dieser Wirren und Widerwärtigkeiten zu helfen und gemeinsam mit uns alle ihre Kräfte an die Wiederherstellung der Ruhe und des Friedens auf dem russischen Boden zu senken.

Gegeben zu Peterhof, 17./80. Oktober 1905, im elften Jahre unserer Regierung.
gez.: Nikolaus.

Dieser Uta bedeutet an sich die Abdankung der Autokratie. Ein Zar, der den „Untertanen“ Unvergleichlichkeit der Person, Gewissensfreiheit, Koalitions- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit und Wahlrecht „gibt“, ist natürlich kein Zar mehr. Aber die russische Revolution würde keine Revolution sein, wenn sie sich von diesem papieren Wisch aufhalten ließe. Das russische Volk, die russischen Arbeiter haben nicht deswegen eine Revolution gemacht, um ein Stück Papier zu erobern, sondern um Macht zu gewinnen. So lange die Vojonette und Kanonen noch Väterchen gehorchen, so lange hat das Angstprodukt Väterchens nicht den geringsten materiellen Wert. Die Geschüze der russischen Artillerie müssen den Massen zur Verfügung gestellt werden, die Offiziere müssen gefärbt, verdächtige Generäle und Verwaltungsbeamte befehligt werden, wichtige Punkte der Stadt, die Peters-Paul-Festung, sind von bewaffneten Arbeitern zu besetzen und überhaupt eine Bewaffnung aller waffenfähigen Revolutionäre durchzuführen. So, liebes Väterchen, macht man eine Revolution! Sind dann erst alle materiellen Mittel des Staates in der Hand der Revolutionären, dann kann man ans „Unterhandeln“ denken, und dann wird auch etwas Gescheites dabei herauskommen.

Die Arbeiterklasse Russlands sieht diese einzige mögliche Politik auch verfolgen zu wollen. Das Bureau der Petersburger Arbeiter veröffentlicht eine Kundgebung, in der das Manifest kritisiert und erklärt wird, daß der Aufstand fortlaufen werde.

Am Montag kam es in den Straßen Petersburgs zu blutigen Zusammenstößen, die Truppen schossen auf die fliehenden Massen. Die Erbitterung hat ihren höchsten Grad erreicht. Die Revolution ist schon jetzt über das Stück Papier siegreich lächelnd hinweggeschritten, das ihr der Patriasmus mit zitternder Hand entgegengehalten hat.

Und sie wird sich auch durch die unvermeidliche höchst verhängnisvolle Aktion nicht aufhalten lassen, die von Berlin aus zugunsten des Zaren inszeniert ist. Die Meldung über das Auslaufen deutscher Kriegsschiffe aus dem Kieler Hafen bestätigt sich. Wie der Vossischen Zeitung gemeldet wurde, ging am Montag der kleine Kreuzer Lübeck mit Order nach dem Osten — nicht zur alljährlichen Probefahrt — in See. Er erhielt auf der Höhe von Bülk Gegenorder und lehrte zurück. Abends 8 Uhr aber erging erneut der Befehl zum Auslaufen nach Petersburg; alle an Land befindlichen Offiziere wurden durch Expressboten an Bord berufen, und um 10 Uhr 5 Min. ging die Lübeck neuerdings in See. Die Torpedoboote D. 7 und S. 93 sind gestern nach Memel — vorerst — abgegangen, die übrigen Torpedoboote der dritten Division folgten gestern. Sollten die deutschen Kriegsschiffe wirklich in den Finnischen Meerbusen hineinfahren, um Väterchen seinem Volk zu entführen, das nie mal so heftige Rüneigung für ihn gesetzt hat, wie eben jetzt, so ist die Gefahr sehr naheliegend, daß die

deutschen Kriegsschiffe beschossen werden. Das aber wäre der Krieg. Wie die Stimmung innerhalb der russischen Marine ist, hat ja der Fall des Panzerschiffes Potemkin bewiesen. Jedenfalls möge man sich in Berlin die nötigen Konsequenzen der Spazierfahrt nach Petersburg recht gründlich überlegen! Die russische Revolution wird jedenfalls nicht dulden, daß irgend eine reaktionäre Macht der Vestie wieder auf die Beine hilft, die jetzt am Boden liegt und der sie den siegreichen Fuß in den Nacken zu sehen sich anschickt.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler über die deutsch-amerikanische Handelspolitik.

In einem Interview führte Reichskanzler Fürst Bülow gegenüber dem Berliner Vertreter der Associated Press, Elmer Roberts, folgendes aus:

„Wir machen ebensowenig wie die Vereinigten Staaten, unsere Handelspolitik noch starren Dogmen. Wir wollen die Interessen unsres Landes zur Geltung bringen und seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Der alte Zolltarif vom Jahre 1879 mit den daran im Laufe der Zeit vorgenommenen Änderungen hat in Ansehung der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens unsren Interessen nicht mehr entsprochen, und insbesondere hat infolge der Verträge der neunziger Jahre, die die Gewinnung der Auslandsmärkte in den Vordergrund stellten, die deutsche Landwirtschaft gelitten. Deshalb mußte auf die deutsche Landwirtschaft bei der Aufstellung des neuen deutschen Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 besonders Rücksicht genommen werden. Daß diese Tendenz dem Abschluß von Handelsverträgen nicht feindlich ist und sich mit Entgegenkommen gegen die Interessen anderer Länder wohl vereinbaren läßt, haben wir bereits durch den Abschluß einer Reihe von neuen Handelsverträgen bewiesen. Auch mit den Vereinigten Staaten können wir und wollen wir auf einem freundlichen handelspolitischen Fuße leben. Eine unveränderte Fortdauer des bisherigen Zustandes ist aber schon aus formellen Gründen nicht möglich. Unser Abkommen mit den Vereinigten Staaten vom Jahre 1900 ist ausdrücklich auf die Zollsätze der alten Tarifverträge gestellt worden. Diese Zollsätze verlieren infolge unsrer neuen Handelsverträge Ende Februar 1908 ihre Geltung, und so verliert mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, d. h. mit dem 1. März 1908, das deutsch-amerikanische Abkommen seine Grundlage. Daher besteht für die Kaiserliche Regierung die Notwendigkeit, dieses Abkommen auf den 1. März 1908 zu kündigen. Wir wollen nun keineswegs an die Stelle des jetzigen Abkommens ein Vakuum treten lassen, sondern wir haben selbstverständlich den aufrichtigen Wunsch, mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu einer neuen Verständigung zu gelangen. Dieser Wunsch entspricht nicht nur dem freundschaftlichen politischen Verhältnis der beiden Länder, sondern auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen auf beiden Seiten. Der Kaiserliche Botschafter, Freiherr Spee v. Sternburg, der in den nächsten Tagen auf seinem Posten nach Washington zurückkehrt, wird der amerikanischen Regierung entsprechende Vorschläge vorlegen. Gewiß wünschen wir in unsern neuen Abkommen mit den Vereinigten Staaten die Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, die für die Neugestaltung unsrer gesamten handelspolitischen Beziehungen maßgebend und in den bereits abgeschlossenen neuen Verträgen zum Ausdruck gekommen sind. Demgemäß haben wir unsre Vorschläge nach sorgfältiger Erwägung der in Frage kommenden deutschen Interessen aufgestellt. Unsre Anträge werden sich aber in nach unsrer Ansicht durchaus erfüllbarem Rahmen halten, und wir werden sicherlich mit keiner Forderung an die amerikanische Regierung herantreten, die ein Lebensorange des dortigen Wirtschaftsorganismus verletzt. Mir scheint, daß die Interessenten auf beiden Seiten bald ihre Wünsche ausspielen, bald in ihren Befürchtungen zu weit gehen. Auch kennen und berücksichtigen sie die Verhältnisse auf der andern Seite nicht durchweg genügend. Die beiden Regierungen sind eher in der Lage, das Mögliche und Erreichbare abzumessen. Wir glauben daher ziemlich sicherlich, daß sich zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Standpunkte durch Entgegenkommen von beiden Seiten ein gerechter und billiger Ausgleich finden lassen wird. Und wir hoffen, in gemeinsamer Arbeit mit der dortigen Regierung, die gleichfalls immer betont hat, daß eine gerechte Neutralität die Basis aller handelspolitischen Verständigungen sein müsse, zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß zu gelangen. Die zweitmögliche Förderung dürfte das Werk wohl dadurch erhalten, daß ein offener Meinungsaustausch zwischen solchen Männern beider Länder erfolgt, welche auf dem Gebiete der Zoll- und Tariffragen hervorragend erfahren sind. Eine freundliche Aussprache und ein Kennenlernen des Standpunkts des andern Teils wirkt immer verbindlich und förderlich. Vielleicht würde man auf diese Weise am sichersten und schnellsten zu einer Verständigung gelangen. Wir wünschen, wie gesagt, diese Verständigung aufrichtig und werden eifrig an ihr arbeiten, in dem Bewußtsein, daß die beiderseitigen Wünsche, Interessen und Anschauungen zwar verschieden aber durchaus miteinander vereinbar sind, zumal wenn man die allgemeinen Vorteile einer gesunden Neutralität im Auge behält.“

Mit andern Worten: es wird im großen und ganzen beim alten bleiben. Unsre Agrarier werden zwar damit zufrieden sein, daß Fürst Bülow das handelspolitische Abkommen mit Amerika vom Jahre 1900 mit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge als erloschen betrachten, um so unangenehmer aber wird sie die Wendung von dem beiderseitigen Entgegenkommen berühren. Sie wollen bekanntlich den Zollkrieg, sie wollen, daß Amerika, wie sich die Deutsche Tageszeitung neulich ausdrückte, „ihnen kommt“. An sich hätte Fürst Bülow, der für die Brotwochentrikle seiner Standesgenossen stets ein fühlendes Herz bewies, gegen eine derartige schneidige Ausländerei politisch sicherlich heralich wenig einzuhwendern. Aber die Interessen der deutschen Industrie verlangen gar zu

dringlich ein gutes handelspolitisches Verhältnis mit Amerika. Und da heißt es denn selbst für unsren agrarierfreundlichen Reichskanzler: Der Bien muß

Berlin, 1. November. Die Ausarbeitung einer Denkschrift hatte der Reichstag bei den Verhandlungen über die Kartellenquete angeregt. Wie die Neue politische Korrespondenz mitteilt, wird der im Reichsamt des Innern fertiggestellte erste und wichtigste Teil dieser Denkschrift dem Reichstage unmittelbar nach seinem Zusammentreten zugehen.

Die Einberufung des Reichstags zum 28. November ist jetzt amtlich bekanntgegeben worden. Damit hat das geistreiche Frage- und Antwortpiel „wann wird er einberufen?“, an dem sich die bürgerliche Presse ein paar Wochen lang ergötzte, ein Ende.

Die Audienz. Der Berliner Volksanzeiger meldet: „Bei der Audienz des Vorstandes des Deutschen Städtetages beim Reichskanzler legte jeder der Delegierten die Verhältnisse dar, wie sie sich bezüglich der Steigerung der Fleischpreise in der ihm unterstehenden Hauptstadt und weiterhin im ganzen Lande entwickeln. Dies geschah auch an der Hand des städtischen Materials. Fürst Bülow erklärte, daß er sehr wohl das Moment der Übereinstimmung in den verschiedenen Schilderungen erkannte und er erörterte sobann die gehörten Ausführungen.“

So hat die rührende Audienz ein rührendes Ende genommen — und nächstens werden wieder mal die Kindlein zum Kanzler kommen . . .

Die Scharfmacher an der Arbeit. Gegen die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine läutet die agrarische Deutsche Tageszeitung Sturm. Sie schreibt unter der Spitzmarke „Auf bedeutschem Wege“:

Der Bundesrat sollte sich in diesen Tagen mit dem vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteten und zur legislative Prüfung eingebrochenen Gesetzentwurf, betreffend die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine beschäftigen. Der Gesetzentwurf soll den Arbeitervereinigungen die rechtliche Anerkennung mit allen Rechten und Pflichten, welche juristische Personen zu haben pflegen, erteilen. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß die beabsichtigte Ausstattung der Berufsvereine mit weitgehenden Rechten zu einer außerordentlichen Errichtung derselben führen muß. Räumlich werden sich die Gewerbevereine, die mehr oder weniger Kampforganisationen der Sozialdemokratie geworden sind, mächtig entwideln. Man wird über die Tatsache nicht hinwegkommen, daß der Entwurf einer Art der Schwäche gegenüber dem sozialpolitischen Nebereifer des Reichstages darstellt. Man sollte doch meinen, daß der Sozialdemokratie schon jetzt ein sehr weites Spielraum der Vertätigung gewährt ist; eine weitere Stärkung der umstürzlichen Organisationen muß notwendig dazu führen, daß die ganze Gewerbeaktivität des Reiches in immer wachsendem Maße unter unerträglichen Druck gestellt wird. . . . Die Gerechtigkeit, die man den Gewerkschaften bezüglich der Pauschalen zu juristischer Ausgestaltung ihrer Organisationen zuteil werden lassen möchte, könnte zu einem schweren Unrecht allen denen gegenüber werden, welche die Folgen dieser gewirtschaftlichen Vereinstreit zu tragen haben; man hüte sich, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Wasser anzuwalzen, die das sozialdemokratische Mühselwerk antreiben. Die Gewerkschaften haben bisher noch nicht die mindeste Reaktion offenbart, einen unzweckmäßigen Trennungstritt zur politischen Partei hin zu ziehen. Der Weg zur sozialen Verbündung könnte uns nach Genau führen.

Die Wendungen von der „Schwäche“ der Regierung dem Ausklang der Arbeiterbewegung gegenüber und von dem „sozialpolitischen Nebereifer“ des Reichstags sind so hilfsch, daß wir sie ohne Kommentar durch sich selbst wirken lassen wollen. Den Schmerz des Agrarierblatts darüber, daß der häßliche und verderbliche Traum von der Neutralität der Gewerkschaften jetzt endlich so gut wie ausgeträumt ist, verstehen wir zu widerlegen. Was für Hoffnungen hatte man im bürgerlichen Lager auf diese Neutralität gesetzt! Und nun ist das alles zu Wasser geworden!

Daß die Deutsche Tageszeitung, die früher auch in das Horn des sozialen Königtums zu blasen pflegte, mit allem Nachdruck erklärt, von der „sozialen Versöhnung“ und der „Gerechtigkeit“ nichts mehr wissen zu wollen, ist im Interesse der Klärung des Klassenkampfes nur zu begrüßen. Je mehr der Gegensatz der Klassen von allen ideologischen Verhüllungen befreit wird, desto besser ist es.

Zu den unaushörlichen Übergriffen der russischen Grenzforsaken wagt jetzt sogar die — königliche Zeitung ein paar Worte für ihre Verhältnisse lediglich energische Töne — ein Beweis dafür, daß es wirklich schon sehr weit gekommen sein muß. Das Blatt schreibt:

An der russischen Grenze in Oberschlesien sind fürglich zwei junge Deutsche durch Drohungen von russischen Grenzposten gezwungen worden, sich auf russisches Gebiet zu begeben, um dort einer sonst selbst in Russland nur gegen gewisse Verbrecher üblichen Behandlung ausgesetzt zu werden. Jetzt kommt schon wieder die Meldung, daß russische Grenzposten bei Myślowitz den auf deutschem Gebiete in Ausübung seines Dienstes befindlichen Landrat mit Festnahme bedroht haben. Es kann eigentlich kaum wunder nehmen, wenn die durch frühere Vorfälle erbitterte öffentliche Meinung dieses neuen Ereignis mehr tragödisch aufschlägt und noch bedauert, daß der Landrat nicht selbst der russischen Grenzwache in die Hände gefallen ist. Die Häufigkeit solcher Vorfälle beweist, ohne daß man in ihnen absichtliche, politische irgendwie bedeutsame russische Ausschreitungen gegen die preußische Grenzhoheit zu finden braucht, daß die jegliche Art der einseitig von Russland durchgeföhrten Grenzsperrre nicht aufrecht erhalten bleiben kann. Es heißt natürlich das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn wir nun unsererseits auch durch eine Grenzpolizei ebenso wie in Russland unsre Grenze abschließen wollen. Einmal würde das ungeheure Ausgaben verursachen, da dazu viele Tausend Gendarmen nötig wären, deren Unterhaltungslosten in gar keinen Verhältnisse stehen würde zu den Zollmeinhnahmen durch Verhinderung des Schmuggels. Zweitens würde dann sicher Gelegenheit gegeben werden zu ernsthaften, politisch bedeutsamen Grenzverstechungen durch Streitigkeiten zwischen der russischen und deutschen Grenzwache, die in Schießereien ausarten. Denn wenn wir auch an sich wohl in der Lage wären, gegen hohe Entlohnung ein ausgefeiltes, pflichtiges Menschenmaterial als Grenzwachen in Dienst zu stellen, würde dies der russischen Regierung sicher auch beim besten Willen möglich sein. Es würden dann zwar mit größter Wahrscheinlichkeit die ersten Ausschreitungen von der russischen Grenzpolizei ausgehen, aber eine Erwiderung ließe sich durch unsre militärisch zu instruierenden Grenzgendarmen nicht vermeiden. Der Weg, nach Art der russischen auch für uns eine Grenz-

bewachung durchzuführen, ist also nicht gangbar. Da aber der jetzige Zustand unholzbar und unmöglich ist und die öffentliche Meinung in Deutschland mit Recht erregt, so erscheint es uns an der Zeit zu sein, daß unsre Regierung mit der russischen nicht mehr allein über die einzelnen, zur Tagesordnung in der deutschen Presse gewordenen Fälle verhandelt, sondern daß wir energisch dorthin vorstellig werden, die russische Grenzbefreiung durchweg zu ändern, um in Zukunft jedenfalls derartige Fälle, in denen schuldlose Deutsche das Opfer russischer Ausschreitungen werden, unmöglich zu machen. Am leichtesten liegen sich wohl die Verhältnisse dadurch bessern, daß Aufstand sich bereit finden liege, seine Grenzpostenlinie weiter von der preußischen Grenze zurückzuziehen.

Nationale Preispolitik. In der Generalversammlung der Dortmunder Union machte der Direktor Mahles eine Bemerkung, die die Preispolitik der großen Syndikate groll beleuchtet. Er führte aus, daß die im Ausland gezahlten Preise, die die inländischen nicht erreichen, sehr gute zu nennen seien. Die im Inland gezahlten viel höheren Preise aber müsse er mäßig und kündete ihre baldige Erhöhung an.

b. Die Zechenlegerei im Muhrevier nimmt ihren Fortgang. Am letzten Sonnabend wurde der Verkauf der Zeche Freiberg bei Sölde beschlossen; Käufer ist der Selbster Bergwerksverein, dem es nicht um den Besitz der Zeche zu tun ist, sondern nur um den Erwerb der Förder-Beteiligung der Zeche Freiberg am Kohlensyndikat. Damit ist das Schicksal der Zeche besiegelt, sie wird schon in gana kurzer Zeit stillgelegt werden. Bemerkenswert ist, daß das letzte Jahr den Aktionären der Zeche noch 5 Prozent Dividende gebracht hat. Es wurde auf der Generalversammlung auch hervorgehoben, daß die Förderung in ihrem jeweiligen Umfange noch 15 bis 20 Jahre fortgesetzt werden könne bei einem Gewinn, wie ihn das letzte Jahr gebracht habe. Aber 5 Prozent genügen den rheinisch-westfälischen Kohlenbaronen nicht, da muß eine Zeche schon 20, 30, 40 Prozent abwerfen, wenn sie als abbaubarwürdig gelten soll. Und weil Freiberg nur 5 Prozent verpricht, ist sie zur Stilllegung verurteilt worden. Um das Wohl und Wehe der Gemeinde, die nun dem Ruin geweiht ist, kümmert man sich natürlich nicht. Eine benachbarte Zeche wollte Freiberg kaufen, um die noch anstehenden Kohlemengen abzubauen, der Antrag wurde abgelehnt, weil der gebotene Preis etwas geringer war, wie ihn der Selbster Bergwerksverein geboten. Hauptaktionär des Selbster Bergwerksvereins ist Stinnes, der „Zechentöter“.

Durch diesen neuen Streich greift wieder eine größere Erregung auch unter der Bürgerschaft Platz, eine große Protestversammlung ist geplant. Über den allmächtigen Stinnes wird das wenig stören . . .

st. Die Wahlbewegung im Eisenacher Kreise, in dem am nächsten Dienstag die Reichstagswahl stattfindet, wird von allen Parteien mit sieberhaftem Eifer betrieben. In den abgelegenen, kleinsten Dörfern der Rhön, die noch nie eine Wahlversammlung gesehen haben, finden jetzt zwei bis drei Versammlungen statt. Gar oft verzähnen es die Reichstagsabgeordneten Raab, Biebermann v. Sonnenberg und Lattmann nicht, vor 10 bis 15 Bürgern für ihren antisemitischen Genossen, den Herrn Schack aus Hamburg, auf den Stimmenvang auszuzeichnen. **Kandidat nationaler Parteien** nennt sich der Antisemit, um so seine antisemitische Anteiligkeit zu verdecken. Tausende von Broschüren: Im Paradies der Damen, werden per Post an die Wähler versandt. Mit andern Drucksachen, Postkarten mit Ansichten, kurz, mit einer Bazarschreifelame, wie sie bisher noch nie in diesem Wahlkreise betrieben wurde, arbeiten diesmal die Antisemiten, die als Retter in der Not gegen die „sozialdemokratische Gefahr“ vom Bund der Landwirte, von den Konservativen und ähnlichen Scharfmachern unterstützt werden. Die Nationalliberalen, die zuletzt den Wahlkreis vertraten, sehen dem Ausgang der Wahl mit recht gedrückten Hoffnungen entgegen. Ihr Kandidat ist Professor Fleg-Eisenach. Der Freisinn hat sich die Beschimpfung der Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf zur besonderen Aufgabe gemacht. Der Reichstagsabgeordnete Wiemer und ein paar Oberlehrer erleichtern dem Kandidaten, Herrn Chefredakteur Küchner-Eisenach, die Arbeit, aber er selbst ist auf diesem Gebiete fast unübertrefflich.

Dass auch unsre Genossen in allen Teilen des Wahlkreises eifrig an der Arbeit sind, um am 7. November dem jüngst in Essen errungenen Siege einen neuen Erfolg anzureihen, ist selbstverständlich. Am schwersten gestaltet sich die Agitation hoch oben auf der Rhön. Dort, wo keine Bahnverbindungen vorhanden sind, auf durchweichten oder schnee- und eisbedeckten Straßen haben unsre Genossen zu jahrigem Jahreszeit ein schweres Stück Agitationsarbeit zu leisten.

dt. Die sind nun vorbestraft! Auf dem Gute des Grafen v. Neustadt zu Krüssau im Kreise Barthaus (Westpreußen) werden die Holzsäumer so gut oder vielleicht so schlecht entlohnt, wie daß auf dem Lande im östlichen Preußen überall geschäftigt. Da waren nun zwei Holzsäumer mit Namen Wohlfahrt und Külling, denen der sündliche Gedanke kam, nach 19jähriger schwerer Tätigkeit in den Forsten des Herrn Grafen eine Lohnaufbesserung zu verlangen. Ihr Gesuch wurde abgeschlagen und die beiden suchten und fanden anderwärts besser bezahlte Arbeit. Das mußte gerichtet werden, und es wurde durchbar gerichtet. Seit Menschenreden, schon zur Zeit ihrer Väter, die ebenfalls Holzsäumer auf derselben Beisetzung waren, wurde trocken es Reisig und Abfallholz als Eigentum der Holzsäumer betrachtet, die es nach Besichtigung durch den Förster nach Hause führen. Als nun die beiden die Arbeit verloren hatten, ging der Förster Ordowski in ihre Wohnung und hielt Haussuchung ab. Glücklich fand er denn auch genau gerechnet 0,4 Festmeier angeblich gar ünes Reisig im Werte von 1,30 Mk. vor und dies genügte der Staatsanwaltschaft, um Anklage wegen Förster diebstahl zu erheben. Und das Schöffengericht verurteilte die beiden Arbeiter in der Tat zu je 6 Mk. Geldstrafe. Natürlich legten sie Berufung ein, und vor der Strafkammer des Landgerichts zu Danzig befandeten eine Reihe Holzarbeiter, daß immer nur trockenes Reisig und Abfallholz nach Hause gefahren werden sei. Einer gab die Möglichkeit zu, daß hin und wieder einmal ein grüner Zweig da-

zwischen komme; aber der Förster habe ja das Holz vorher im Walde gesehen, mithin sei doch ein Betrug gänzlich ausgeschlossen. Nichtsdestoweniger wollte der Staatsanwalt die Strafe sogar auf 20 Mk. erhöht wissen. Das Landgericht verworf die Berufung. Über die Aussagen der vielen Arbeiter ging es hinweg, indem es sie der Mithilfe verdächtig (!) und den Förster allein für glaubwürdig erklärte.

So kamen die beiden Holzsäumer nach 19jähriger Tätigkeit zur Tragung der Kosten für zwei Instanzen und zu einer Strafe, die ihnen nun ihr ganges Leben lang in entehrnder Weise vorgehalten werden kann. Warum wagten sie es aber auch, anderwärts bessere Arbeit zu suchen?

ks. Wie Insubordinationsvergehen provoziert werden. Von dem Oberkriegsgericht des 8. Armeekorps wurde der Krankenwärter Museler aus Trier zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich gegen den Feldwebel Börsch der Achtungsverlegung, des Ungehorsams und des Verherrns im Ungehorsam, sowie der Beleidigung eines Vorgesetzten schuldig gemacht haben soll. Der Soldat hatte am Nachmittage des katholischen Feiertags Fronleichnam dienstfrei. Als er sich zum Ausgehen gekleidet hatte, befahl ihm der Feldwebel Kartoffeln aus dem Keller zu holen. Ohne Widerrede tat der Soldat das. Dann befahl ihm der Feldwebel, daß Magazin zu reinigen. Der Soldat wies darauf hin, daß er dienstfrei sei und aus gehen möchte. Der Feldwebel befahl ihm aufs neue, daß Magazin zu reinigen. Der Soldat bat, zu dem Zwecke seine gute eigene Hose mit dem Drillanzug vertauschen zu dürfen. Als der Feldwebel auch das nicht erlaubte, entstand ein Wortwechsel zwischen den beiden, und hierbei ist der Soldat von dem Feldwebel an die Kasse geschlagen und gegen die Wand gedrückt worden. Der Soldat pulte das Magazin; daß er es nicht mit Vergnügen tat, ist erklärlich; er soll nach der Anklage die Arbeit widerstreitend und langsam verrichtet haben. Später verbarg er sich im Keller, wo er vom Polizeiunteroffizier gefunden und festgenommen wurde. Der Soldat und der Feldwebel erstatteten Anzeige. Das Verfahren gegen den letzteren soll noch Erledigung der Anklage gegen den Soldaten erledigt werden. Das Kriegsgericht hat diesen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, wogegen er Berufung einlegte. In der Verhandlung stellte sich der Feldwebel in krassem Widerspruch zu mehreren anderen Zeugen, die erklärten, der Feldwebel habe den Angeklagten im Magazin mit gemeinsam Schimpfen belegt. Der Verteidiger wies darauf hin, daß der Soldat in allen Stadien seines Verhaltens von dem Vorgesetzten in der schwersten Weise gereizt worden sei. Das Gericht setzte die Strafe um vier Monate herunter.

Das ist wieder ein charakteristisches Beispiel von Militärjustiz. Der Feldwebel hat den Soldaten geradezu auf die Folter gespannt, ihn bis aufs Blut gereizt, ihn beschimpft und misshandelt. Trotzdem hat der Soldat völlig seine Ruhe bewahrt. Dennoch wird er angeklagt und verurteilt und muß für lange Monate in den Kerker wandern. So will es die Gerechtigkeit, die von der Militärjustiz gepflegt wird.

kleine politische Nachrichten. Der aus dem Lautsch-Prozeß bekannte Polizeiopfer Baron v. Piltz stand dieser Tage vor der 3. Strafkammer des Hamburger Landgerichts unter der Anklage des Betruges. Er hatte durch Wechselschlägerei die Kropper Wohlgelehrte anstellen, deren zweiter Geschäftsführer er war, um 3500 Mk. geschädigt. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Entfernung verurteilt. — Die Reichstagsabgeordneten in Donauwörth-Rödlingen ist auf den 20. Dezember festgelegt.

Frankreich.

Die Kammer

ist wieder zusammengetreten. Gauthier (Nationalist) begründete einen von ihm eingebrachten Antrag, durch den die Revision der Verfassung verlangt wird; er kritisiert das gegenwärtige parlamentarische Regime. Ministerpräsident Rouvier bekämpft diesen Antrag und führt aus, die Verfassung habe Frankreich 30 Jahre innern und äußern Friedens gebracht. Gauthier verlangt sodann für seinen Antrag die Dringlichkeit. Diese wird mit 306 gegen 154 Stimmen abgelehnt.

Norwegen.

Der Beschluß des Parlaments.

Christiania, 31. Oktober. Storting. In der heutigen Abendssitzung wurde der Antrag der 10 Stortingsmitglieder auf Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform mit 86 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Sodann wurde ein Antrag Toss, wonach eine Volksabstimmung stattfinden sollte, ehe man sich an den Prinzen Karl von Dänemark wende, mit 84 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Schließlich wurde mit 87 gegen 20 Stimmen der Regierungsvorschlag angenommen, nach welchem die Regierung ermächtigt wird, mit dem Prinzen Karl von Dänemark darüber zu verhandeln, daß er die Wahl als König von Norwegen unter der Voraussetzung annehme, daß das norwegische Volk durch eine Volksabstimmung seine Zustimmung zu dem Beschuß des Stortings und der Regierung gibt.

Dänemark.

Geschäftsordnungsbruch im Parlament.

ac. Um unangenehmen Zwischenbemerkungen der Sozialdemokraten und Radikalen vorzubeugen, läßt die Regierungspartei jetzt konsequent einen Bruch der Geschäftsordnung des Folketing durchführen. Die Geschäftsordnung bestimmt ausdrücklich, daß ohne Rücksicht auf die Rednerliste, die Abgeordneten zu kurzen persönlichen Bemerkungen und Auflösungen das Wort erhalten können, und so wurde es auch bisher immer gehandhabt. Nun ist aber das Präsidium des Folketing und besonders der halbtaube Präsident Thomsen zu der Praxis übergegangen, daß sämtliche Minister nacheinander ohne Unterbrechung sprechen sollen und kein Abgeordneter zu einer Zwischenbemerkung das Wort erhält. Am Freitag, in der Abendsitzung, verlangte Genosse Borgbjerg nach der Rede des Ministerpräsidenten und „Landesverteidigungsministers“ Christensen das Wort zu einer Berichtigung. „Ja,“ erwiderte der Folketingssprecher, „wenn die Minister (also alle) gesprochen haben.“ — Borgbjerg: „Das widersetzt durchaus der Geschäftsordnung.“ — Zahl (radikal): „So kann ich also wohl auch nicht das Wort erhalten?“ — Präsident: „Nein. Der Minister des Amts hat das Wort.“

Sächsische Angelegenheiten.

Etablierungen. Der Etat der Nebenschüsse verzehrt in Rücksichten des Staatsvermögens und der Staatsanfallen, und in der Steuern und Abgaben. Von den Rücksichten des Staates sollen Nebenschüsse bringen in einem Jahre der Finanzperiode: die Forsten 8258345 Mk. oder 260721 Mk. mehr als in dem Vorjahr; die Domänen 539010 Mk. (+ 27310 Mk.); die Kultivare 42210 Mk. (+ 4700 Mk.); die Hofapotheke (24302 Mk.); Bad Elster, das im vorigen Etat einen Nebenschuß von 67800 Mk. pro Jahr brachte, erfordert diesmal einen Zuschuß von 514000 Mk. für jedes Jahr der Finanzperiode — die Veränderung hat ihren Grund in der Ausführung neuer Bauten; die Leipziger Zeitung erfordert einen Jahreszuschuß von 16850 Mk.; aus dem Betrieb der Porzellamanufaktur in Meissen wird ein jährliches Mehr von 50600 Mk., nämlich 168000 Mk. gegen 118000 Mk. in der Vorperiode erwartet; das Steinkohlenwerk Saucke wurde nach dem Etat 1904/05 520000 Mk. pro Jahr bringen, erfordert diesmal einen Zuschuß von 445000 Mk. Nebenschuß, also 75000 Mk. weniger, eingesezt; der Ertrag des Braunkohlenwerkes Leipziger ist dagegen höher angesetzt, nämlich mit 14810 Mk. jährlich, gegen 8160 Mk. in 1904/05; die Erträge der staatlichen Hüttenwerke in Freiberg waren im vorigen Etat mit 298000 Mk. Nebenschuß eingesezt, in diesem Etat nur mit 294500 Mk.; die staatlichen Erzbergwerke in Freiberg erforderten nach dem letzten Etat einen jährlichen Zuschuß von 1330000 Mk., der sich in diesem Etat um 196500 Mk. d. i. auf 1133500 Mk. erhöht hat; das Blaufarbenwerk Oberschlema soll 29000 Mk. mehr bringen, es wird eine Einnahme von jährlich 71500 Mk. erwartet; beim staatlichen Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden werden 78481 Mk. mehr gegen den Vorjahr 16886 Mk., bei den Staatsseidenbahnen wird ein Mehrertrag gegen den Vorjahr von 395000 Mk. erwartet.

Auf das Kapitel der Staatsseidenbahnen sei hier etwas näher eingegangen. Dass die alte Sparmethode auch weiterhin gelten werden soll, beweisen folgende Erläuterungen zu dem Eisenbahngesetz:

Bei Aufstellung des gegenwärtigen Etats ist wiederum mit Rücksicht auf die Finanzlage danach gestrebt worden, Erhöhungen des Besoldungs- und Stellen-Etats tunlich zu vermeiden, oder, wo solche unabwendbar sind, sie auf das geringste Maß zu beschränken und im weiteren auch durch Eingliederung entbehrlicher Stellen wieder ein gewisses Gleichgewicht zu schaffen. Es werden deshalb vor allem für neu eröffnete oder bis zum Abschluß der Etatperiode 1906/07 noch zu eröffnende Linien, Verkehrs- und Dienststellen, obwohl für sie im ganzen 127 Beamte erforderlich sind, doch nur 51 neue Stellen beantragt, während die übrigen 76 Beamten auf die vorhandenen Stellen verschrieben werden sind oder noch zu verschreiben sein werden. Der bei einigen Beamtenklassen aus andern Gründen vorzuliegenden Stellenvermehrung aber steht in fast gleicher Höhe ein Abgang von Stellen, die durch veränderte dienstliche Errichtungen verfügbar gemacht worden sind, und weiter eine erhebliche Ersparnis an Diäten und Löhnern gegenüber.

Über die Rentabilität der Eisenbahnen nach dem vorliegenden Etat gibt folgende Darstellung Auskunft:

Während das mittlere Anlagekapital der Staatsseidenbahnen sich im Jahre 1904 auf 1007126928 Mk. bezeichnete, war der auf die Staatsseidenbahnen entfallende Anteil an den Staats Schulden nach schätzungsweise Ermittlung für Ende des Jahres 1904 mit dem Nennbetrag von 782583100 Mk. (gegen 786447750 Mk. zu Ende 1902) anzunehmen. Unter Abrechnung des auf diesen Anteil entfallenden Teils der Schuldentlastung im Jahre 1905 an 2088650 Mk. und unter Hinzurechnung des voraussichtlich im Laufe desselben Jahres für die Eisenbahnverwaltung zu Lasten des außerordentlichen Etats weiter zur Ausgabe gelangenden Betrag von rund 18 Millionen Mark, der nach dem Durchschnittsatz der bisher begebenen Rentenanleihen einem Rentenkapital im Nennbetrag von rund 18 Millionen Mark entspricht, wird sich der Anteil der Staatsseidenbahnen an den Staats Schulden Ende 1905 auf rund 705 Millionen Mark belaufen. Zur Vergleich dieser Summe bedarf es noch dem für die bisher begebenen Anleihen berechneten Durchschnittsatz von 3,0 Prozent eines Betrags von jährlich 24247500 Mk. und zur Tilgung nach dem Durchschnittsatz von 1,25 Prozent eines weiteren Betrags von jährlich 9887500 Mk. d. i. zusammen 34185000 Mk. jährlich. Hierauf berechnet sich der reine Betriebsertrag der Staatsseidenbahnverwaltung — ohne Verlustbildung der im Laufe der Etatperiode 1906/07 zu erwartenden weiteren Steigerung des Eisenbahnanteils an den Staats Schulden — für die Etatperiode 1906/07 auf rund 5100000 Mark jährlich.

Der reine Betriebsertrag wird um weit über eine Million gefügt durch eine Anzahl einmaliger Ausgaben, die bisher größtenteils im außerordentlichen Etat plaziert wurden und durch Anleihen gedeckt worden waren.

* * *

Der Leipziger Lehrerbund erläutert durch seinen Vorsitzenden Herrn Paul Friedemann in seinem Organe, der Leipziger Lehrerzeitung, gegen die Leipziger Volkszeitung folgende Erklärung los:

Hinsichtlich des guten Einvernehmen zwischen Elternhaus und Schule stand Leipzig bisher hinter keinem Orte zurück. Der Leipziger Lehrerbund bedauert, daß dieses gute Verhältnis durch die tendenziöse und irreführende Berichterstattung der Volkszeitung über die Dresdner Lehrererversammlung gefährdet ist.

Die Art, in der die gesamte sächsische Lehrerschaft öffentlich herabgesetzt wird, macht ein weiteres Eingehen auf die Angelegenheit unmöglich. Nur das sei hergehoben, daß der Bericht der Leipziger Volkszeitung über den Vortrag des Herrn Dr. Schubert durchaus unrichtig ist.

Wie durch unsere Polemik mit der Leipziger Lehrerzeitung das Verhältnis zwischen Elternhaus und Schule soll gefährdet werden können, bleibt das Geheimnis des Vorsitzenden des Leipziger Lehrerbundes. Der Vortrag der Leipziger Lehrerzeitung der Berichterstattung der Leipziger Volkszeitung aber widerlegt sich selbst durch eine andere Kundgebung der Leipziger Lehrerzeitung gegen die Leipziger Volkszeitung. Das Organ der Leipziger Lehrerschaft schreibt an anderer Stelle derselben Nummer:

Die Leipziger Volkszeitung versucht in der Nummer vom 25. Oktober nochmals, ihren unwahren Bericht über den Vortrag des Herrn Dr. Schubert aufrecht zu erhalten. Wir geben in der letzten Nummer der Lehrerzeitung der Vermutung Raum, die beiden fast gleichen Stellen aus dem Dresdner Vortrag und der Sachsischen Lehrerzeitung stammten von ein und demselben Berichterstatter her. Diese Vermutung hat jetzt denn auch als völlig richtig bestätigt. Von der Sachsischen Lehrerzeitung ist nämlich, wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, der Berichterstatter bei dem Dr. Schuberts Vortrag anwesend gewesen. Sie hat also augenscheinlich den leitenden Vorsitz aus dem Bericht des Dresdner Lehrerbundes ent-

schnt. Dieser aber gibt in seiner Nummer vom 27. Oktober im Briefkasten folgende Erklärung:

M. B. Sie haben recht: bei der Polemik, welche Dr. Schubert in seinem Vortrage über Lehrerbildung auf der Hauptversammlung des Sächsischen Lehrervereins gegen Gräflich-Bartmanns bezüglich der Bibelkritik usw. im Seminarunterricht fürchtete, hat der Redner, wie auch aus unserm Bericht und besonders aus dem Stenogramm hervorgeht, jene Mahnungen des damaligen Delegierten des sächsischen Seminarvereins als nicht mehr modern hingestellt und gerade eine weitergehende Berichtigung der bibelkritischen Forschung sowie der Evolutions-theorie und Nationalökonomie für das siebenklassige Seminar gefordert.

Und in dem geschmackvollen Stile des Dr. Schubert, den wir in einem langen Schreibbriefe an unsere Adresse kennen zu lernen und zu bewundern Gelegenheit hatten, bemerkte die Redaktion der Lehrerzeitung zu dieser Briefstoffsmitteilung: „Das Ergebnis der ganzen Presserede ist also das: Die Leipziger Volkszeitung hat sich gründlich blamiert.“

Im Punkte der Logik scheint es nun die Leipziger Lehrerzeitung schlecht bestellt zu sein. Die Redaktion sollte ihre Entlastung statt über die Leipziger Volkszeitung über den Dresdner Anzeiger, das Amtsblatt des Rates, ergreifen, denn dieses Blatt hat ja allein einen trocken Ausführlichkeit fassenden und irreführenden Bericht über den Vortrag Dr. Schuberts gebracht. Und das man nach dem Berichte zu keinem anderen Ergebnisse kommen könnte, als dies bei unserm Mitarbeiter der Fall gewesen ist, beweist ja der Umstand, daß die Sächsische Lehrerzeitung, die nach der Behauptung der Leipziger Lehrerzeitung auch keinen eigenen Verlegerstatter auf dem Lehrerstage gehabt haben soll, also jedenfalls ebenfalls das Dresdner Amtsblatt zur Unterlage benutzt hat, genau dieselben Schlüsse aus dem Berichte gezogen hat wie unser Mitarbeiter. Die Redaktion der Lehrerzeitung hätte also besser getan, wenn sie statt gegen uns aussfällig zu werden, die merkwürdige Briefstoffsmitteilung des Dresdner Anzeigers unter die Lupe genommen hätte, denn die Notiz kann doch keine Entschuldigung sein für die „tendenziöse“ und „irreführende“ Berichterstattung des Dresdner Amtsblattes über den sächsischen Lehrerstag. Der journalistische Unstand hätte es verlangt, daß die Redaktion der Leipziger Lehrerzeitung diesen Sachverhalt festgestellt hätte, was vollständig bingereicht hätte zu unserer Entlastung und Entschuldigung. Unsre lezte Notiz war kein Versuch, unsre Darstellung über den Vortrag Dr. Schuberts aufrecht zu erhalten, sondern eine Erklärung des Verganges, die zu unserer Rechtfertigung dienen sollte. Im übrigen ist nach der Erklärung des Dresdner Anzeigers der Kommentar unseres Mitarbeiters zu dem Vortrag Dr. Schuberts natürlich hinfällig.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Die Leipziger Volkszeitung hat seit je — und das ist auch von der Lehrerschaft stets anerkannt worden — die Interessen von Schule und Lehrerschaft in entschiedener Weise vertreten, oft ist es gerade die sozialdemokratische Presse ganz allein gewesen, die bei wichtigen Fragen der Schule und des Lehrerstandes deren Interessen verfochten hat. Das hat dieser Tage auch der Arzt Dr. Norman, der bekannte Führer im Arztrechtsstreit und Leiter der Presserede gegen die Leipziger Volkszeitung, in einer Versammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft ausgesprochen, indem er aussprach, daß in schulhygienischen und sozialpädagogischen Fragen nur auf die Sozialdemokratie und die Leipziger Volkszeitung Verlaß sei. (Siehe unter Leipziger Angelegenheiten.) Und Herr Dr. Norman ist gewiß ein unverdächtiger Zeuge für die Leipziger Volkszeitung.

Korrigierter Polizeibericht. Wir melden dieser Tage, daß die Polizei in Neichenbach zwei Schriftsehern je einen über acht Tage Haft lautenden Strafzettel ausgestellt habe, weil die Betroffenen zwei Kollegen, die in der Buchdruckerei von Hau u. Sohn in Rothenbach angelangten hatten, obgleich dort gestreift wurde, beschimpft und belästigt haben sollten. Die also von der Polizei Gedachten hatten gegen die Strafbefehle richterliche Entscheidung beantragt und das Schöffengericht hat sie jetzt freigesprochen. Über die Verhandlung vor dem Schöffengericht entnehmen wir einem Berichte unseres Zwicker Parteiblattes folgendes:

Den Angeklagten Pilz und Gräflich war zur Last gelegt worden, daß sie am 12. September d. J. zu dem schriftlichen Dinger aus Blauen i. B. gesagt haben sollen: „Wenn Sie bei Hau u. Sohn weiterarbeiten, sind Sie ein Streitbrecher und fallen Ihren Mitarbeitern in den Rücken.“ Dadurch sollten sie sich gegen § 158 der Gewerbeordnung verstoßen haben. Nach den Angaben der Beschuldigten hat sich der Vorfall ganz harmlos abgespielt. Aber auch nach der Darstellung des angeblich beleidigten ist das Vorgehen der Polizei unbegreiflich. Schriftsteller Dünge

sagte aus: Am 12. September bin ich bei Hau u. Sohn in Arbeit getreten, am Abend desselben Tages wurde ich von Pilz und Gräflich auf der Bänkerstraße angehalten, beide sagten zu mir: „Sie werden uns doch nicht in den Rücken fallen und einen Streitbrecher machen.“ Auf Beifragen erklärte Dünge weiter, daß er auf dem Bahnhof mit Pilz nicht gesprochen habe. Er habe sich aber im Stillen über die auf der Bänkerstraße gesagten Worte ärgert und sie als Beleidigung aufgefaßt. Zeuge Schuhmann schrieb an, welcher die Anzeige erstattet hat, berichtet: Ich hatte Bahnhofsdienst. Kurz vor Abgang des Zuges 8.28 Uhr abends nach Blauen beobachtete ich Pilz und Gräflich, wie diese auf Dünge einwirken. Ich ahnte gleich (was muß ein richtiger sächsischer Schuhmann nicht alles ahnen!), um was es sich hier handele. Ich ging deshalb auf Dünge zu und fragte ihn, worauf mir Dünge sagte, daß er von Pilz und Gräflich belästigt worden sei. Er erzählte mir auch, daß gesagt worden sei: wenn Sie bei Hau weiter arbeiten, sind Sie ein Streitbrecher! Zeuge Dünge befand auf Beifragen, daß er dem Schuhmann nur die von den Angeklagten gebrauchten Worte: „Sie werden uns doch nicht in den Rücken fallen“ gesagt habe. Trotz dieses Verlaufs der Beweisaufnahme beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft Bestrafung aus § 158 der Gewerbeordnung. Die Worte „in den Rücken fallen“ und „Streitbrecher“ seien eine Wirkung für die in Arbeit stehenden Arbeiter. Gräflich habe ja selbst eingestanden, daß er zu Dünge gesagt habe: „Du wirst uns doch nicht in den Rücken fallen“, weshalb sich eine Bestrafung notwendig mache. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kübler sah in längeren Ausführungen aus, daß von einer Ehrverleihung keine Rede sein könne. Nach dreiviertelständiger Beratung wird das auf Freiheitssprechung lautende Urteil verkündet. In der Begründung führt das Gericht aus: Es sei erwiesen, daß Pilz und Gräflich die ihnen zur Last gelegten Worte gebraucht hätten. Das Gericht habe aber in der Form und Ausdrucksweise, jurnal durch Zeugen befunden worden sei, daß die Worte nur in Form einer Frage gefallen sind, eine Ehrverleihung oder Beleidigung nicht erbliden können und deshalb auf Freisprechung erkannt. Der Schuhmann ist also mit seiner „Ahnung“ abgeblitzt.

Chemnitz. Infolge der Entscheidung des sächsischen Oberverwaltungsgerichts über die Gültigkeit der Feuerbestattung ist der hiesige Verein für Feuerbestattung bereits heute mit einem Aufruf an die Bevölkerung getreten, in dem alle Freunde der neuen Bestattungsweise um Übernahme von Anteilscheinen zur Erbauung eines Krematoriums ersucht werden. Die Baukosten sind auf 100 000 M. veranschlagt und die mit drei Prozent zu verzinsenden Anteilscheine sollen auf 100 M. und auf 500 M. lauten. Sie sollen nach und nach durch Auslösung getilgt werden. Ferner beabsichtigt man die Aussage überauslöschlicher Vorschüttelcheine über je 50 M., die später bei Einäscherungen im hiesigen Krematorium in Zahlung genommen werden.

Neine Nachrichten aus dem Lande. Am 30. Oktober entgleiste infolge Schleuderbruches von dem von Aborf nach Chemnitz verkehrenden Personenwagen (Abfahrt in Aborf 2 Uhr 28 Min.) zwischen Rodau und Aue die Maschine mit Tender, der Backmeisterwanne und ein Waaren IV. Klasse. Sechs Personen meldeten sich nachträglich als leicht verletzt. Der Personenverkehr wurde an der Unfallstelle bis zur Beendigung der Verkehrsstörung durch Umsteigen aufrecht erhalten. — In der kleinen Schillerstraße in Röderau stand ein leerer Postwagen. Spieldende Kinder lösten unbemerkt die Bremsvorrichtung, und nun raste der Wagen die Straße abwärts über den Körnerplatz und stieß mit der Delikat an einen eben erst angekommenen gelben Straßenbahnwagen. Letzterem wurde der Perron eingeschlagen, während der Postwagen ebenfalls schwer beschädigt wurde. Glücklicherweise kam niemand an Schaden. — Aus Falkenstein wird gemeldet: Zur Verbrennung eines neugeborenen Kindes ist er gänzlich an berichtet, daß das Kind nicht voll entwickelt, sondern wie frischherbstlich festgestellt wurde, eine Frühgeburt war. Die Mutter hat den Körper nach der Geburt im Ofen ihrer Wohnung verbrannt. — Der Bäckermann Hinzelbey in Elsfeld ist mit seiner Ehefrau beim Amüsierfest Wollenstein eingeliefert worden. Beide werden bei Vergebens nach §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches (Abtreibung) beschuldigt. Die Wohnung ist vollständig abgeschlossen worden. Die Kinder des Ehepaars wurden einstweilen außerhalb in Erziehung gegeben.

Aus den Nachbargebieten.

g. Halle a. S. Im Stadtverordnetenkollegium ging wieder eine Petition des Polizeikommissars Krieger ein, in der Beschwerde gegen hohe und höchste Beamte geübt wird. Die Petitionskommission soll prüfen, ob sie zur Behandlung der Angelegenheit „kompetent“ ist. Am Anschluß daran antwortete Oberbürgermeister Staude auf eine Beschwerde, die der Stadtverordnete Genosse Thiele

jüngst bezüglich des Brandinspektors Dickow erhoben hat. Ein berechtigter Vorwurf wäre dem Herren nicht zu machen, da er nur einem „Herkommen gemäß“ gehandelt habe. Der Magistrat habe aber folgende Instruktion erlassen: Feuerwehrleute dürfen von Borgeleuten nicht zu häuslichen Arbeiten verwendet werden, sie dürfen auch außerhalb der Dienstzeit weder Sachen anfertigen noch Kleidungsstücke reinigen. Pferde und Wagen dürfen vom Brandinspektor nur dienstlich benutzt werden. Der Küchen- und Kamminchenstall des Branddirektors ist innerhalb drei Tagen zu beseitigen. Große Heiterkeit begleitete die Instruktion des Magistrats. — Der Erste Bürgermeister Stolle von Königsberg, der sich um die hiesige Oberbürgermeisterwahl beworben hatte und auf engere Wahl gestellt war, teilte heute dem Kollegium mit, daß er seine Bewerbung schon um deswillen zurückziehe, da es ihm nicht passe, die gewünschte Mode mit zu machen, sich jedem einzelnen Stadtverordneten (es sind 66 an der Zahl) persönlich vorzustellen. Die Vorstellung bringe die Gefahr mit sich, daß man ihm später den Vorwurf des Stimmenfangs machen könnte. — Die Stadtverordneten entrüsteten sich über die Absage, deren Begründung aber sehr viel für sich hat.

st. Aus Thüringen. Aus Jena, das als Universitätsstadt in eingeweihten Kreisen den Ruf genießt, daß die Studenten sich viel ungenierter austoben können als andernorts, und daß die Studenten dort auch den ausgiebigsten Gebrauch davon machen, kommt jetzt wieder eine Runde, die das anmaßende Gebaren der „höheren Söhne“ treffend illustriert. Diese Herrchen verlangen in einer Eingabe an den Prorektor und Senat der Universität, daß ausländische Studenten erst 14 Tage nach Beginn der Vorlesungen Plätze belegen dürfen, daß das Studiengeld so viel erhöht wird, daß es die Gesamtausgaben für die Betreuenden vollkommen deckt. Das Schönste ist aber, daß dieselben Herrchen, gegen deren sittlich-moralischen Lebenswandel schon oft die bittersten Klagen laut wurden, verlangen, „daß den Ausländern ein sittlich einwandfreier, eines Studenten würdiger Lebenswandel zur Pflicht gemacht werde“.

Gewerkschaftsbewegung.

Handels-, Transport- und Verkehrarbeiter. Heute legten die Geschäftsführer und Arbeiter der Firma J. G. Herrmann, Kohlenhandlung, Lindenau, die Arbeit nieder. Die Veranlassung dazu war schlechte Behandlung, schlechte Entlohnung und lange Arbeitszeit. Der Versuch, diese Angelegenheit gütlich zu regeln, scheiterte an dem Verhalten der Firma. Wir rufen unsere Berufskollegen, Streikarbeit für die Firma zurückzuweisen.

Die Verbandsleitung.

Zur Textilarbeiterbewegung wird aus Greiz gemeldet: Der Vorstand des christlichen Arbeitervereins ist in der Lohnbewegung der sächsisch-thüringischen Textilindustrie auf die Seite der Arbeitgeber getreten und fordert in einem an die Textilarbeiter von Greiz und Umgebung gerichteten Aufruf auf, die Arbeit zu den von den Fabrikanten gebotenen neuen Bedingungen aufzunehmen.

In einer Textilarbeiterversammlung in Gera hat bekanntlich ein Führer der christlichen Arbeiter die Augenläden der Unternehmer, die sich nur auf 2-½ Proz. belassen, für unannehmbar erklärt. Der Besluß des Vorstandes der christlichen Arbeiter in Greiz ist deshalb niedriger Verrat an ihren Arbeitsbrüdern!

c. Der Streit der Kieler Altenpnyer hat nach einer 17wöchigen Dauer mit einem teilweisen Erfolg der Streitenden abgeschlossen. Die Unternehmer bewilligten einen Stundenlohn von 57 Pf. für selbständige Arbeiter und einen Stundenlohn von 53 Pf. für die übrigen Besetzen. (Gefordert waren 58 resp. 54 Pf.). Wo die Arbeitsstätte so weit entfernt liegt, daß die Arbeiter zum Mittagessen nicht zuhause gehen können, sollen 60 Pf. tägliche Vergütung gezahlt werden. Am 1. Januar 1907 soll die neuinständige Arbeitszeit eingetreten (gefordert war sie zum 1. Januar 1908). Der Tarif soll bis zum 31. März 1908 Gültigkeit haben und am 1. Januar zum 31. März gekündigt werden können. Da wegen der Aussperrung der Maurer und Zimmerer noch Altenpnyer arbeitslos sind, wird gebeten, den Zugang von Altenpnyer nach Kiel vorläufig noch fernzuhalten.

Eine Streitbrecherorganisation par excellence soll der Hirsch-Dundreiche Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter werden, wenn es nach dem Willen seiner Führer geht. In Nr. 43 des Regulator wird der Plan dazu ganz ungeniert entwidelt. Und kein geringerer als der berühmte „Reformer“ Anton Eitzenh in Düsseldorf ist es, der da vorschlägt, daß der Gewerbeverein aus dem Zustande der verschämten Streitbrecheri endlich herausstreite und zur Offensive gegen den Deutschen Metallarbeiterverband übergehe. Weil in einigen Streitfällen gewisse als unsichere Kantonisten bekannte Führer des Gewerbevereins

Tapioka KNORR

in gelben Paketen, sehr leicht verdaulich, zu Suppen u. Puddings. Für Magenleidende vielfach ärztlich empfohlen.

Palmenbutter

45

Feinstes Pflanzenfett 1 Pf. 1a neue Hagebuttenschalen 1 Pf. 55 Pf. 1a Kinderzucker (ohne Blau) 1 Pf. 25 Pf. Kindermilch (mit Molken) Büchse (2 Ltr.) 50 Pf. Weizen-Diätschrot (zu Suppen) 1 Pf. 20 Pf. sowie alle Haferpräparate und Mehlwaren von neuer Ernte und bekanntester Qualität.

Reformhaus Chalyzia Paul Garms, Neumarkt 40, Ecke Peterskirchhof, Hauptgeschäft: Doroth. Zweiggeschäft: Schloßstr. 38; Curtiusstr. 2; Osthofstr. 11; Raudenstr.; Taubenhofstr. 79; Thomberg; Stötteritzer Straße 23; Volkmarstor: Eisenbahnstraße 90; Osthofstr. Mittelstraße 14.

Lichtverbesserung an Petroleum-Lampen. Sparbrenner einsatz für Stundbrenner spart ¼ Petroleum bei 50 Proz. hellerem Licht à 1,50 Pf. Brenner mitbringen!

Petroleum-Glühlicht „U. L. U. M.“ (7.50) brennt für 1½ pro Stunde hell wie Gas. Bedarf keiner Auffüllung und Wartung. Beide Arten rauschen, ruhen und riechen nicht. Jedermann ist damit zufrieden. Komplette Lampen und Teile gut und billig.

Baldwin Oehme, Glühlicht-Magazin (Sonnebergstr. 11, 9 Pf. nur Part., kein Laden,

Ganz erstaunt

find noch immer viele Leute, selbst hochgebildete, wenn man ihnen sagt, daß zwischen Malzkaffee und Milchkaffee der größte Unterschied besteht. „Ich dachte immer“ — so hört man dann meistens — „es sei ganz gleich, welchen Malzkaffee man nimmt!“ Und man nimmt leider meistens infolge dieser Unkenntnis gerade den schlechtesten und minderwertigsten, der naturgemäß auch für den billigsten Preis abgegeben werden kann. Es ist deshalb die höchste Zeit und zugleich eine Sache von allergrößter gesundheitlicher und praktischer Wichtigkeit, daß über das Kapitel „Malzkaffee“, welches im modernen Leben täglich an Bedeutung zunimmt, in allen Kreisen des Publikums volle Klarheit geschaffen wird, so daß jeder hierüber zu Nutz und Frommen seiner Gesundheit und seines Wohlbehagens Bescheid weiß.

Die Wissenschaft hat festgestellt, daß unter allen sogenannten „Malzkaffees“ Kathreiners Malzkaffee unbedingt die erste Stelle einnimmt, weil er der einzige ist, der allen Ansprüchen voll und ganz genügt. Namenslich zeichnet er sich durch den ihm eigenständlichen würzigen Kaffeegeschmack, der ihm durch ein besonderes Verfahren mitgeteilt wird, vor allen ähnlichen Getränken aus.

Der echte „Kathreiner“ — auch hierüber ist eine sachliche Auskunft notwendig — wird nur in geschlossenen Paketen verkauft, welche Bild und Namenszug des Pfarrer Kneipp als Schutzmarke tragen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. November.

Zur Frage des Religionsunterrichts.

Die erbauliche und erquickende Rederecke, die am Montagabend Prof. Dr. Gurlitt im Centraltheater über unsere Schule und das Glück unserer Jugenderziehung hielt und die bei allen Freunden der Jugend und des Volkes freudige Zustimmung, ja Begeisterung weckte, ließ infolfern ein wichtiges Moment der Erziehung vernünftigen, als es dem Reiteren bei der Fülle des ihm sich zudrängenden Stoffes und bei der Kürze der ihm zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war, neben der körperlichen und geistigen Erziehung der Kinder auch noch die religiöse und damit die Frage des Religionsunterrichts in der Schule zu behandeln. Es war dies umso bedauerlicher, als gerade der Religionsunterricht — wenigstens in der Volksschule — eine Quelle vieler Leiden und Uebelstände ist und die Lösung dieser Frage ohne weiteres eine ganze Reihe weiterer Schulfragen mit löst oder doch der Lösung nahe bringt. Prof. Dr. Gurlitt ist, wie sich das bei seiner ganzen Stellung zur heutigen Schule erwarten lässt, entschieden ein Gegner des Religionsunterrichts, und wofür sich ihm Gelegenheit geboten hat, auf Kongressen, Erziehungstagungen, in Büchern usw., hat er sich mit dem Freiheit und der Toleranz, die ihm auszeichnen, als Gegner bekannt und aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Erst in der Pfingstwoche d. J. ist er auf dem Erziehertage in Weimar den „Seelenmord“, wie er die Religionsunterricht in der Schule genannt hat, unerschrocken und mit den tödlichen Waffen seines gesunden, scharfen, treffenden Urteils zu Leibe gegangen. Nach dem Bericht einer bürgerlichen Zeitchrift (Hammer Nr. 74, Seite 318) führte er dabei folgendes aus:

Am meisten wird (in der Schule) gefrevelt im Punkte der Religion; denn es gibt keine allgemeinen Heilslehren, obwohl jeder Prophet und Religionsstifter die einzige echte zu besitzen vorgab. Nur wer geistig zur Gleicheschaft erstarkt ist, kann auf Dogmen schwören. Es gibt nur eine unbedingte spiritliche Fortbildung: anständig und wahrhaftig zu sein. Ein Buch, das vor einigen hundert oder tausend Jahren geschrieben ist und den Glauben der damaligen Zeit darstellt, kann nicht beanspruchen, der Glaube des heutigen Geschlechts zu heißen. Erkenntnis und spiritliches Bewußtsein schreiten im edleren Teile der Menschheit mit jedem Tage fort; darum wäre es ein Nutzen, bei dem Glauben einer vergangenen Zeit zu beharren. Lebendiger Glaube läßt sich nicht in die Kirche oder in ein Buch einforschen. Der Mut, zu bekennen, was man für wahr hält — auch wenn es gegen alle Glaubensschriften verstößt — das ist wahre Religion. Den Geist aber in gewisse Säkulationen hinein zu zwängen, gegen die bessere Überzeugung, das ist keine Religion, sondern Seelenmord. Mit äußerem Wissen hat die Religiosität nichts zu tun. Es kann jemand ein spiritlich und religiös hoch entwickelter Mensch sein, ohne daß er einen Bibelsatz hersagen oder ein Verbum Ioungieren kann. Es kann jemand auch nicht an die Auferstehung Christi glauben und doch ein wahrhaftiger und spiritlicher Mensch sein. Leider verwechselt man heute vielfach Religion und Frömmigkeit. Wir stehen nicht bloß im Zeitalter des Verlehrs, sondern auch im Zeitalter der Lüge. Was unserer Zeit not tut, das sind Männer, die den Mut haben, die Wahrheit zu sagen. In der Schule predigt man Glaubenssätze, die der Lehre selbst nicht glaubt. So ergiebt sich die Wahl von mehr als 2500 freiwilligen Zählern nötig. Der Rat fordert deshalb die Bewohner unserer Stadt einschließlich der einverleibten Vororte auf, sich recht zahlreich und baldigst, spätestens aber bis 17. November d. J., zur Übernahme dieses Ehrenamts bereit zu erklären. Meldungen sind mündlich oder schriftlich unter Angabe von Name, Stand und Wohnung zu richten an das Statistische Amt, Töpferstraße 2, II.

Rattentod. Zur wirksamen Durchführung einer vorzunehmenden Rattenverfliegung soll sowohl in den städtischen Schlesien als auch in den von Ratten besetzten heimelichen Privatgrundstücken Gift zur Bekämpfung der Ratten auf städtische Kosten ausgegeben werden. Anträge auf Verlautbarung solcher Grundstücke sind im Ziebau-Amt, Rathaus, II. Obergeschoss, Zimmer Nr. 423, bis zum 15. November d. J. schriftlich anzubringen.

Mahnung der Post. Beim Beginn des lebhaften Geschäftsverkehrs gegen Weihnachten ist auf die postgemäße Verschafflichkeit der Briefe hingewiesen. Zur schnellen Abwicklung des Verkehrs können die Absender selbst viel beitragen, wenn sie den Briefen möglichst einheitliche Größe geben. Sie können dann schnell aufgestellt, gestempelt, sortiert und verpackt werden. Während bei den Geschäftsbriefen eine gewisse Gleichmäßigkeit herrscht, zeigen die Privatbriefe die verschiedensten Formate. Besonders störend sind die ganz kleinen Umschläge. Winzige Briefchen kann der eilige Postbeamte nicht ohne besondere Mühe und Aufmerksamkeit erfassen und halten. Sie lassen sich in die Briefbunde schlecht einfügen und passen nicht in die Stempelmaschinen. Auch ist die Adresse um so undeutlicher, je kleiner das Briefchen ist. Sie wird schließlich auch noch vom Stempel bedekt. So kleine Briefe können sich leicht in Dendraten verschieben und dadurch verschleppt werden oder ganz verloren gehen. Das ist besonders den Damen, die diese Puppenbriefe lieben, ans Herz zu legen; ihnen dürfte es doch oft recht unerwünscht sein, wenn ihre dem Papier anvertrauten Geheimnisse in fremde Hände geraten. Ganz kleine Briefhüllen sind überhaupt nicht zu verwenden, ebenso wenig runde, ovale, dreieckige oder sonst von dem üblichen Format abweichende Umschläge. Dreieckige Umschläge sind z. B. ausdrücklich vor der Förderung ausgeschlossen.

Große Leipziger Straßenbahn. Die Betriebsentnahme in der Woche vom 23. bis 29. Oktober betrug 88237.50 M. Seit 1. Januar 1905 beläuft sie sich auf 4258276.44 M. gegen 4006888.75 M. im gleichen Zeitraume des Vorjahres.

Spielnachmittage in den Schulen. Zu einer Anklage gegen die Engherzigkeit des in den Gemeinden herrschenden Pfahlbürgertums gestaltete sich der Vortrag über die Spielnachmittage an den Schulen, den Herr Professor Mahdt am Montag abend in der Gemeinnützigen Gesellschaft hielt. Erfreulicherweise, so führte der Redner aus, sei eine Vermehrung der Spielplätze, der Sports- und Spielvereine auch in Deutschland zu konstatieren. Hier und da würden Gemeinden einstelliger und erkennender die Notwendigkeit von Spielplätzen für die Jugend an. Besonders an den höheren Schulen sei ein Fortschritt bemerkbar, doch wären wir noch weit vom Wunschempler und Möglichkeiten entfernt. Die Spielnachmittage müßten an allen Schulen obligatorisch eingeführt werden und unter fachmännischer Aufsicht stehen. Das Spiel sollte auch nicht das Turnen verdrängen, es sei im Gegenteil eine notwendige Ergänzung des Turnens. Leider habe man seit 1870, als Grund und Boden wertvoller wurden, bei allen Schulneubauten die Spielplätze vernachlässigt. Es sei weniger Latein und Griechisch, dafür jedoch mehr Pflege des Körpers und sonst eines gesunden Geistes nötig. Das übermüdeten Gehirn könne den Stoff nicht bewältigen, ein paar Stunden Bewegung in freier Luft erleichterten dagegen die Aufassungs Kraft ungemein. Auch sei die obliqua. i. o. r. i. c. Einführung der Spielnachmittage vonnöten, da zahlreiche Eltern, ihre Söhnen bei der geringsten Veranlassung zu Hause behielten, die Vollschulindustrie aber von den Eltern um des Gewerbes willen von den Spielplätzen ferngehalten würden. Die Gemeinden gäben große Summen für Kranken- und Freizeitpflege aus, für das vorbeugende Mittel der Jugendspflege sei man nur schwer zu haben. Ein Engländer habe einmal gesagt, was man für die Jugend aufwende, erpare man an Ausgaben für Kranken-, Irren- und Asylhäuser. Hierauf bemerkte Herr Dr. Henzeli, daß es an Bürgergemeinsinn mangelt. Die heutigen höheren Schulen seien nichts weiter, als Stätten zur Anlegung von Kenntnissen, die zur Erlangung möglichst vieler Maßnahmen notwendig seien. In den Städten und Landstädten und vor allem auch in dem hiesigen, herrsche nicht der Geist, der unsre Jugend vor den reichenden Schotten schlägt. Und ein anderer Redner, Dr. med. Kornmann, sagte, es sei hierin nur Berlin auf die Sozialdemokraten, wie auch nur in der Leipziger Volkszeitung schriftlich gewesen.

Todessturz. Vorgestern abend in der neunten Stunde fiel der 7jährige Hans Schwarz, Sohn des in L.-Neudorf, Margaretenstraße 8, IV., wohnenden Vergolders Albert Schwarz, aus dem Küchenfenster der elterlichen Wohnung in den Hof hinab und verstarb alsbald an den Folgen der bei dem Sturz erlittenen Verletzungen.

Bericht wird seit dem 28. Oktober der in der Eisenbahnstraße in L.-Volkmarstadt, wohnende, am 28. November 1856 in Dresden geborene Schuhmacher Friedrich Wilhelm Adolf Bärnig. Es wird befürchtet, daß sich Bärnig ein Leid angelaufen hat, weil er fränkisch ist. Der

sozialpädagogische Fragen Erörterung fänden, während beschämenderweise in bürgerlichen Zeitungen davon nichts zu finden sei. Diese und noch andre derbe Wahrheiten wurden den Vertretern der honesten Gesellschaft gesagt, und zwar von ihrem eigenen Fleisch und Blut. Aber allzu viel Hoffnung darf man sich trotzdem nicht machen, da die ab und zu aus dem bürgerlichen Lager entzönen den frischeren Klänge meist in der Wüste verhallen.

Zur Tabakfabrikatssteuer. Aus Ansicht der in Deutschland in Aussicht stehenden Erhöhung der Tabakfabrikatssteuer erhält eine bereits früher aus einem ähnlichen Anlaß errichtete Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands einen Aufruf an die Arbeiter der Tabakindustrie, in dem aufgefordert wird, ungesäumt den Kampf gegen die drohende Gefahr zu organisieren und allerorts durch öffentliche Versammlungen Kommissionen einzusetzen, die beraten sollen, welche Wege einzuschlagen sind und wie die Geldmittel für die Agitation beschafft werden sollen. Alle Ortskommissionen haben die Adressen der ernannten Obmänner an die in Berlin sesshafte Zentralkommission zu melden, die weitere Anweisungen ertheilen wird.

Wiederum ein Arbeiter-Kratz-Verband. Die Gründung eines Unternehmersverbandes für das Drechslergewerbe wurde in einer außerordentlichen Innungsversammlung in Erwägung gezogen, die zu einer endgültigen Beschlusffassung noch nicht führte.

Freiwillige Zähler für die Volkszählung. Ebenso wie frühere Zählungen soll auch die am 1. Dezember dieses Jahres stattfindende Volkszählung durch freiwillige Zähler erfolgen. Das Amt des Zählers ist ein Ehrenamt, welches der dazu ausgesuchten Person in dem Beratung übertragen wird, daß sie mit Umsicht und Eifer die wichtigen Zwecke dieser Zählung zu fördern bereit sein werde. Der Zähler ist berufen, als Organ der Behörde an seinem Teile dafür Sorge zu tragen, daß die Volkszählung fortschrittmäßig und rechtzeitig vollzogen werde. Da die Stadt Leipzig mit ihren einverleibten Vororten in mehr als 2500 Zählbezirke zu zerlegen, für jeden Zählbezirk einen Zähler zu bestellen, auch dafür Sorge zu tragen ist, daß für den Fall der Verhinderung eines Zählers alsbald ein Vertreter eintreten kann, macht sich die Wahl von mehr als 2500 freiwilligen Zählern nötig. Der Rat fordert deshalb die Bewohner unserer Stadt einschließlich der einverleibten Vororte auf, sich recht zahlreich und baldigst, spätestens aber bis 17. November d. J., zur Übernahme dieses Ehrenamts bereit zu erklären. Meldungen sind mündlich oder schriftlich unter Angabe von Name, Stand und Wohnung zu richten an das Statistische Amt, Töpferstraße 2, II.

Rattentod. Zur wirksamen Durchführung einer vorzunehmenden Rattenverfliegung soll sowohl in den städtischen Schlesien als auch in den von Ratten besetzten heimelichen Privatgrundstücken Gift zur Bekämpfung der Ratten auf städtische Kosten ausgegeben werden. Anträge auf Verlautbarung solcher Grundstücke sind im Ziebau-Amt, Rathaus, II. Obergeschoss, Zimmer Nr. 423, bis zum 15. November d. J. schriftlich anzubringen.

Mahnung der Post. Beim Beginn des lebhaften Geschäftsverkehrs gegen Weihnachten ist auf die postgemäße Verschafflichkeit der Briefe hingewiesen. Zur schnellen Abwicklung des Verkehrs können die Absender selbst viel beitragen, wenn sie den Briefen möglichst einheitliche Größe geben. Sie können dann schnell aufgestellt, gestempelt, sortiert und verpackt werden. Während bei den Geschäftsbriefen eine gewisse Gleichmäßigkeit herrscht, zeigen die Privatbriefe die verschiedensten Formate. Besonders störend sind die ganz kleinen Umschläge. Winzige Briefchen kann der eilige Postbeamte nicht ohne besondere Mühe und Aufmerksamkeit erfassen und halten. Sie lassen sich in die Briefbunde schlecht einfügen und passen nicht in die Stempelmaschinen. Auch ist die Adresse um so undeutlicher, je kleiner das Briefchen ist. Sie wird schließlich auch noch vom Stempel bedekt. So kleine Briefe können sich leicht in Dendraten verschieben und dadurch verschleppt werden oder ganz verloren gehen. Das ist besonders den Damen, die diese Puppenbriefe lieben, ans Herz zu legen; ihnen dürfte es doch oft recht unerwünscht sein, wenn ihre dem Papier anvertrauten Geheimnisse in fremde Hände geraten. Ganz kleine Briefhüllen sind überhaupt nicht zu verwenden, ebenso wenig runde, ovale, dreieckige oder sonst von dem üblichen Format abweichende Umschläge. Dreieckige Umschläge sind z. B. ausdrücklich vor der Förderung ausgeschlossen.

Selbstmorde und Unfälle im Oktober. Im vergessenen Monate waren in hiesiger Stadt 16 Selbstmorde, 6 Selbstmordversuche und 8 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Von den aus dem Leben geschiedenen — 11 männlichen und 5 weiblichen — Personen haben sich 5 erhängt, 4 vergiftet, 2 ertränkt, 2 erschossen, 2 durch Überfahrenlosen von Eisenbahngütern und 1 durch Aufschneiden der Pulsadern getötet. 2 Personen versuchten sich zu vergiften, 2 zu ertränken, 1 sich durch Herabstürzen und 1 sich durch Aufschneiden der Pulsadern zu töten. Ein 10jähriger Knabe wurde in der Bayrischen Straße von einem Geschirr überfahren und tödlich verletzt, eine 77jährige Witwe und ein 25 Jahre alter Fußscher wurden von Pfergeschrägen und ein 32 Jahre alter Bremer von einer Droschke totgeschlagen, ein 48 Jahre alter Klempnermeister starb vom Dache eines Hauses, ein 17jähriger Fleischerlehrling fiel bei einem Zusammenstoß im Brühle von seinem Geschirr und verletzte sich dabei tödlich, ein Radfahrer verunglückte durch einen tödlichen Sturz auf dem Sportplatz und ein 7jähriger Knabe stürzte aus einem Fenster der elterlichen Wohnung und verstarb auf der Stelle. Im September sind 7 Selbstmorde, 7 Selbstmordversuche und 5 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen gewesen.

kleine Polizeinachrichten. Es erfolgte hier die Festnahme einer von der Staatsanwaltschaft Hannover wegen fälscher Abschaltung verfolgten 24 Jahre alten Nährerin aus Mühlhausen.

Ein 28 Jahre alter Fleischer aus Altenbach unterliegt ein geliehenes Fahrrad und brannte außerdem einem Wirt in Mockau, wo er als Kellner arbeitet, mit der Tageskasse durch. Jetzt erfolgte seine Verhaftung.

Zwei italienische Arbeiter im Alter von 25 und 28 Jahren nahmen in einem Lokale der Gerberstraße einem Landsmann beim Kartenspiel durch Betrug einen großen Geldbetrag ab und benutzten bei ihrem betrügerischen Spiele Blätter von Hundertmarksscheinen. Die Betrüger sind festgenommen worden.

Vermisste ist klein und schmächtig, hat ergrautes Haar, rötlichblonden Bart, hageres, blaßes Gesicht, an der rechten Wange eine Narbe und trägt Brille. Seine Kleidung besteht aus dunklem Rockanzug, dunklem Winterüberzieher und schwarzem Hut. — Seit dem 30. v. M. wird der 13jährige Kurt Flügel, Sohn des in der Bergstraße zu L.-Volkmarstadt wohnenden Familienglied, vermisst. Der Knabe leidet an Epilepsie. Er ist groß und schlank, hat dunkelblondes, kurzgeschorenes Haar, längliches, blaßes Gesicht und trägt ein dunkelgraues Jackett, ebenjolade Weste, schwarz- und weißgestreifte Hose, blau- und weißgefarbten Schuh, Schnürschuhe und dunkle Wintermütze.

Spitzbuben. Einbrecher stahlen nachts aus der Kantine eines Schuhfabrikates in der Nordvorstadt für ungefähr 80 M. Lebensmittel. Außerdem haben die Spitzbuben eine Bierkeltonne Lagerbier ausgetrunken. — Mittels Nachschlüssels wurde aus einer Wohnung der Friedrich-Lust-Straße eine Partie Herrenkleidungsstücke im Wert von 140 M. gestohlen. — Ferner entwendeten Diebe von hiesigen Bahnhöfen 4 abgeschlachtete Gänse und eine A. L. 554 gez. Kiste mit 28 Kilo Mettwurst, in der Halschenstraße ein Fahrrad, Marke Westfalen, aus einer Wohnung der Nürnberger Straße 52 M. und aus einem Gasthaus am Rosplatz einen schwarzen Winterüberzieher mit Firmentezeichnung Patel, Erfurt.

Ein 20jähriger Kellner aus Niederschönhausen stahl in einem Café am Königsplatz einen wertvollen Überzieher und einen Hut und ergriff damit die Flucht. Der Dieb wurde aber vom Personal eingeholt und der Polizei übergeben.

Festgenommen wurde ferner ein oft bestrafter Handarbeiter aus Grubnitz, der in der Reichenhainer Straße aus einer Gesellenkammer einen Geldbetrag stahl, sowie ein 25 Jahre alter Heizer aus Kuppritz, der in eine Rostkration der Turnerstraße einbrach und darans Kleidungsstücke und Gemüsemittel entwendete.

Selbstmorde und Unfälle im Oktober. Im vergessenen Monate waren in hiesiger Stadt 16 Selbstmorde, 6 Selbstmordversuche und 8 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Von den aus dem Leben geschiedenen — 11 männlichen und 5 weiblichen — Personen haben sich 5 erhängt, 4 vergiftet, 2 ertränkt, 2 erschossen, 2 durch Überfahrenlosen von Eisenbahngütern und 1 durch Aufschneiden der Pulsadern getötet. 2 Personen versuchten sich zu vergiften, 2 zu ertränken, 1 sich durch Herabstürzen und 1 sich durch Aufschneiden der Pulsadern zu töten. Ein 10jähriger Knabe wurde in der Bayrischen Straße von einem Geschirr überfahren und tödlich verletzt, eine 77jährige Witwe und ein 25 Jahre alter Fußscher wurden von Pfergeschrägen und ein 32 Jahre alter Bremer von einer Droschke totgeschlagen, ein 48 Jahre alter Klempnermeister starb vom Dache eines Hauses, ein 17jähriger Fleischerlehrling fiel bei einem Zusammenstoß im Brühle von seinem Geschirr und verletzte sich dabei tödlich, ein Radfahrer verunglückte durch einen tödlichen Sturz auf dem Sportplatz und ein 7jähriger Knabe stürzte aus einem Fenster der elterlichen Wohnung und verstarb auf der Stelle. Im September sind 7 Selbstmorde, 7 Selbstmordversuche und 5 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen gewesen.

Kleine Polizeinachrichten. Es erfolgte hier die Festnahme einer von der Staatsanwaltschaft Hannover wegen fälscher Abschaltung verfolgten 24 Jahre alten Nährerin aus Mühlhausen.

Ein 28 Jahre alter Fleischer aus Altenbach unterliegt ein geliehenes Fahrrad und brannte außerdem einem Wirt in Mockau, wo er als Kellner arbeitet, mit der Tageskasse durch. Jetzt erfolgte seine Verhaftung.

Zwei italienische Arbeiter im Alter von 25 und 28 Jahren nahmen in einem Lokale der Gerberstraße einem Landsmann beim Kartenspiel durch Betrug einen großen Geldbetrag ab und benutzten bei ihrem betrügerischen Spiele Blätter von Hundertmarksscheinen. Die Betrüger sind festgenommen worden.

Aus der Umgebung. — Die Dienststunden auf dem hiesigen Gemeindeamt sind vom 2. November ab auf die Zeit von vormittags 9—1 Uhr und nachmittags 3—6 Uhr festgesetzt worden.

Gaukisch. Auf Beschluß des Gemeinderats wird die hiesige freiwillige Feuerwehr aufgelöst. In deren Stelle soll eine freiwillige Schuhmannschaft in einer Stärke von 50 Mann organisiert werden.

Taucha. Auch der hiesige Stadtgemeinderat hat sich in seiner letzten Sitzung der Wittgensdorfer Petition an den Landtag um Aufhebung der befamten Bestimmungen in der Revidierten Städteordnung und der Revidierten Landgemeindeordnung angeschlossen, wonach jenes Diensteinkommen der Beamten nur zu vier Fünftel versteuert werden darf.

Kauainsain. Der gefürchtete Agitationssalon der Ortsfeinde. Als am Dienstag unsre Genossen den neuen Agitationssalonen auszutragen, verhäntneten sie nicht, gewisshafft wie sie waren, auch dem Herrn Ortspfarrer einen in die Hand zu drücken. Welch gewaltiges Hindernis der Inhalt des allerselbst mit so viel Beifall aufgenommenen Schriftchens auf den frommen Mann gemacht haben muß, wird aus der Tatsache hervorgehen, daß der Herr Pfarrer auf seiner Kanzel den Salonen in den Rahmen seiner Predigt mit hineingezogen und ausführte, daß das, was man zum Glauben nötig habe, nicht aus dem heute in die Welt hinausgefundenen Salonen beziehen könne, sondern nur aus der heiligen Schrift. Herr Pfarrer, Sie werden sich aber wohl oder übel mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Geschmäcker sehr verschieden sind.

Kommunale Rundschau. — **Probsteide.** Gemeinderatssitzung. Ein Gesuch des Herrn Paul F. um Branntweinseifenhandel im Glaschen wurde in dem nachgezogenen Anfangs vom Gemeinderat befürwortet. Begegn der Einverleibung und der Wasserversorgung beschloß der Gemeinderat, eine Anfrage an den Stadtrat der Stadt Leipzig zu richten. Von dem Bericht des Rates der Stadt Leipzig mit der Gemeinde Stötteritz und der Immobiliengesellschaft bezüglich Probsteideiter Platz nahm der Gemeinderat Kenntnis, Sodann brachte man dem Gemeinderat zur Kenntnis, daß der Begehrte Hildebrand von der Amtshauptmannschaft verpflichtet worden ist. Herr Geiger II regte an, die Grundsteuer für Zugangslande von 5 auf 10 Mark zu erhöhen, was vom Ge-

meindarate befürwortet wurde. Weiter beschloß der Gemeinderat, für die Gemeindearbeiter einen Wagen anzuschaffen. Es sollen hierzu Kostenanschläge eingefordert werden. Der Wegewart Hildebrand bat um Anschaffung eines Mantels. Die Gräfe soll in nächster Sitzung geregelt werden. Da sich die Pflichtenwerke in kürzer Zeit bedeutend vermehrt hat, sollen Erhebungen über die Altersgrenze ange stellt werden.

148. Sachsische Landeslotterie.

Sziehung vom 1. November.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 800 Mark bezogen. (Nachdruck verboten.)

5000 und 500000 Prämie auf Nr. 66907 bei Herrn Richard Krüger in Leipzig.

992 994 881 625 789 833 848 60 844 026 802 120 403 956

565 (1000) 911 486 41 692 1860 (2000) 424 788 828 983 572

102 710 671 716 900 149 95 12 910 402 617 147 104 909 2982

621 (500) 910 208 35 889 (500) 480 301 371 511 816 185 643

255 176 714 414 52 608 989 701 242 3841 411 281 912 793

905 123 142 595 242 184 340 217 598 538 848 438 906 20 868

4512 880 212 430 741 109 779 90 681 829 569 831 918 955 77

680 464 959 104 725

5245 844 208 276 640 956 622 (3000) 229 752 627 618 885

140 722 700 830 306 184 037 71 425 562 473 564 179 6472

995 223 325 794 175 618 54 946 836 728 766 952 17 299 589

477 451 968 776 586 (500) 390 134 150 820 478 7286 89 244

38 43 47 11 531 78 286 008 998 945 272 536 888 617 085 919

90 565 562 008 821 049 747 832 345 662 812 8468 912 889

325 588 391 376 068 589 986 788 270 692 296 71 (500) 417

931 434 9070 240 878 433 911 419 877 900 286 914

10455 12 563 589 561 892 847 893 611 191 954 07 170 58

773 51 703 262 747 28 481 444 971 11147 956 460 (500) 102

148 624 908 404 810 225 979 855 866 106 (500) 811 504 606

531 304 101 879 046 (1000) 291 408 028 12421 106 894 854

432 162 589 54 863 814 218 04 627 176 195 227 655 (500) 23

606 61 18155 886 205 105 186 446 174 955 648 317 158 474

116 118 87 141 (600) 871 787 503 796 426 14418 81 421 544

322 242 284 766 190 954 160 058 870 869 419 276 ((2000))

15549 981 554 100 866 728 (1000) 279 782 124 951 803

284 470 318 10525 790 958 314 595 161 991 350 841 802 (500)

621 545 211 85 (1000) 764 725 936 647 978 485 89 865 800

93 436 17919 500 456 7 76 688 126 618 884 82 890 925 816

338 18344 (1000) 4 158 (500) 29 168 118 60 31 (500) 3

588 887 440 752 118 556 731 408 768 865 805 171 858 (1000)

19609 178 150 757 100 199 (8000) 497 925 286 779 57 979 53

334 83 651 58 210 495 97 95 587 485

20644 (1000) 826 750 883 101 694 5 650 174 (1000) 351

385 20 39 303 412 579 691 130 300 428 310 688 880 404 035

996 470 271 21874 404 814 211 129 597 888 950 497 76 242

618 674 010 889 514 509 447 653 487 22894 578 741 120 898

178 844 262 131 568 880 812 400 737 (1000) 470 420 846 355

597 204 770 425 543 418 394 888 489 819 415 087 29758 799

468 680 449 184 811 750 312 889 108 255 (1000) 562 469 815

940 (500) 918 (1000) 727 52 206 718 378 24223 688 387 889

688 885 (1000) 886 480 70 650 848 446 780 250 887 850 449

60 704 804 810

25351 98 (3000) 79 353 874 821 472 222 574 665 888 906

503 304 (3000) 615 (1000) 283 595 49 961 185 869

787 (500) 26570 316 853 497 181 458 580 215 701 158 621

275 (1000) 306 503 076 442 562 (500) 522 (3000) 455 894 576

27881 687 (8000) 402 468 828 777 789 95 195 800 158 (500)

21 625 (2000) 394 988 570 459 28128 488 858 109 509 445

416 872 346 260 576 128 (3000) 958 295 190 49 (500) 854 894

470 (1000) 368 265 380 103 21 515 808 688 29000 175 (2000)

16 261 681 271 840 41 788 626 441 182 526 975 258 583 155

291 (1000) 757 240 501 786 264 042 076 726 590 (500) 350

815 490

30085 868 046 058 496 928 288 842 (1000) 885 (1000) 162

540 210 495 926 361 146 471 711 81176 589 199 180 58 508

308 285 208 785 938 266 560 151 898 820 32450 (500) 89 324

376 501 980 547 581 146 040 804 781 846 172 (500) 180 902

240 999 978 210 718 851 707 690 679 33766 560 127 577 728

541 (500) 808 252 378 318 107 548 872 07 416 700 028 297

537 181 315 80 (500) 864 775 627 778 34785 192 296 709 964

335 480 700 (1000) 292 775 491 508 888 924 525 73 264 600

35224 (1000) 528 948 15 272 790 681 244 855 555 421 (500)

444 54 38 874 688 671 195 640 577 248 36078 784 123 171 755

475 (500) 543 801 564 239 954 498 260 122 722 180 934 588

388 048 37927 782 498 901 (3000) 566 (1000) 992 492 441 308

73 226 150 394 180 (1000) 88577 175 (2000) 904 884 9 54 511

571 92 (500) 70 57 871 110 710 970 594 455 386 388 985 778

894 94 907 (2000) 543 39868 756 27 584 157 246 839 701 578

524 (2000) 781 637 809 35

40555 93 630 408 950 788 (500) 75 112 648 (2000) 800 758

872 201 216 456 16 625 413 45 949 967 801 140 41417 881

612 572 25 99 325 192 88 (500) 870 889 (2000) 162 319 06 779

605 84 (1000) 691 (500) 898 509 705 558 724 828 161 909 880

604 (500) 150 42992 184 832 820 863 840 762 598 921 (8000)

586 40 970 (1000) 446 (1000) 7 969 78 601 818 556 305 43680

877 554 607 3 001 287 413 414 363 117 26 64 710 386 5 211

150 102 477 22 44117 248 (500) 785 874 639 458 285 660 531

425 152 (500) 502

45060 (1000) 933 163 33 998 788 771 752 88 887 108 (1000)

319 127 836 876 120 66 46889 744 622 257 885 460 967 716

366 527 199 (8000) 888 144 526 129 47147 900 (500) 658 194

328 (1000) 887 550 810 417 662 8 785 613 207 477 949 991

48340 46 938 655 042 738 467 783 476 161 576 912 291 615

815 672 176 199 940 20 70 466 577 387 81 889

lange zaubern, denn wer weiß, ob über Jahr und Tag noch das Lämpchen glüht. Und gefeiert muß werden, die Welt muß erfahren, daß er noch lebt, der große Komödiant, der drei Jahrzehnte lang als verhältnismäßigster Liebling des Publikums sämtliche deutschen Bühnen von Bonn bis Staluppen unsiher gemacht hat, bis er nach mehrfachem leichten, aber leichtem und unvergänglichem Aufstehen im Januar 1896 vom Theater endgültig Abdrift nahm. Haase war in den 70er und 80er Jahren der populärste deutsche Schauspieler. Durch endlose Gaftspielen hatte er seinen Namen in allen Gegenden des Vaterlandes und weit über dessen Grenzen hinaus bekannt gemacht. Diese Meister ermöglichten ihm — was in einem festen Engagement nicht angänglich gewesen wäre —, eine Beschränkung seines Repertoires auf ein ganz winziges Spezialgebiet. Die Darstellung älterer geschniegelter Aristokraten und Diplomaten war sein besonderes Gebiet, und auf diesem Gebiet hatte seine Kunst in der Tat eine unerhörte Virtuosität erlangt. Aus tausend kleinen Einzelzügen stellte er seine Gestalten zusammen. In Haltung, Geste, Sprechweise und allen möglichen Ausdrucksarten wußte er die Angehörigen jener exklusiven Gesellschaftssphäre naturgetreu zu kopieren oder mit jauchzendem Humor leicht zu karikieren. Sein Graf Thorane (Königseck), sein Savigny (ein feiner Diplomat) waren Musterbeispiele einer mit glänzenden natürlichen Mitteln und einer raffinierten Technik arbeitenden, aber auf kleine, plausible, äußerliche Wirkungen beschränkten Komödiantenkunst. Wenn man Haase einige Abende, hintereinander in seinen diversen Glanzrollen sah, so erkannte man deutlich, daß er mit ein paar Dingen immer wiederkehrenden Mähnen alle seine Bühnenfelle ergaß. Sein Virtuosentum war nicht das des "denkenden Mimen", der durch eigenartige "Auslösung" seiner Rollen das Publikum zu verblüffen trachtet; Haase bedurfte keiner Intelligenz zur Herausarbeitung seiner Schläger: er tanzte, wederte, sprang mit gespreiztem Ringfinger leicht und elegant den pomadierten Scheitel — und das Publikum war entzückt. Seine Manier war absonderlich und un Nachahmlich, aber seine Kunst war und bleibt doch immer ein hoches und leeres Komödiantentum ohne Wärme und ohne Tiefe, für die elenden theatralischen Schmarren, in denen Haase so gewöhnlich produzierte, reichte die Manier vollkommen aus, gegenüber höheren Aufgaben versagte sie vollständig. Wer ihn je in einer Shakespeare-Rolle gesehen hat, der weiß, was für ein Nutzen in künstlerischer Hinsicht dieser feudale Ravalier gewesen ist. Er spielte den Shylock mit genau denselben Mähnen, mit denen er seinen Savigny ausschaffte. Achtung und Ehrfurcht vor einem Dichterwerk fandt er nicht, das wirkungsvolle Herausstellen seiner Rolle und seiner Person war ihm stets die Hauptaufgabe, der sich alle anderen Interessen unterordnen mußten. Seine Kraft war keineswegs erschöpft, als der Siebzigjährige von der Bühne Abschied nahm: aber seine Zeit war um. Mit dem neuen Drama war eine neue Schauspielkunst gekommen, die dem Publikum den Unterschied zwischen Menschendarstellern und amüsanten Fagendmachern vor Augen führte und es bewog, zunächst dem ganzen oberflächlichen, veritotierten und vertrotzenden Bühnenvirtuosentum auch den einst vergötterten Friedrich Haase zum alten Eisen zu werfen.

J. S.

Altes Theater (Der Seekadett). — Bei dem schon lang andauernden Dienstand der Operette hat es sich immer mehr als notwendig herausgestellt, auf frühere Erzeugnisse dieses Genres zurückzugreifen; und mit Genées neuinstudiertem See Kadett (Text von F. Heller) hat die Direktion seinen übeln Griff. Die Operette ist vor etwa 30 Jahren geschrieben worden und steht musikalisch und textlich ziemlich hoch über dem, was sich heute als Operette an gibt. Genée war unbedingt in seiner Art ein Original, textliche und musikalische Einfälle standen ihm gleicher Weise zur Verfügung, gerade auch textlich produzierte er so vielerlei, daß er manchen von ihm verfaßten Text an andre Komponisten abtrat, dies und jenes Libretto aber auch andern Textdichtern entlehnte. Eine Stoffnot wie heute existierte damals noch nicht. Heller's Text arbeitet nun durchaus nicht gerade mit dem, was man Ideen nennt, aber doch immerhin mit teilweise recht glücklichen Einfällen. Ferner ist der ganze Aufbau recht gesigt, trop aller Unwahrscheinlichkeiten nicht unfauler, man fühlt nicht den Handwerksgeist, der in der heutigen Operette jedesmal so unangenehm berührt. Daß das Ganze auf einer Verkleidung aufgebaut ist, ist eine reale Theatermanier, gegen die man sich ernstlich nur dann wenden kann, wenn sie in plumper Weise benutzt wird. Zu bedauern bleibt in erster Linie, daß die Operette das satirische Material, das in ihr steht, nicht weiter ausdeutet, indem sie die schwachen Seiten des Hoflebens, besonders die Protektionärschaft zu verhüllen, nicht mehr zum Prinzip erhebt. Da hätte etwas ganz Gutes entstehen können, denn wie ausgezeichnet sich die Operette, der man ähnlich wie im Mittelalter einen Karten, nicht so leicht etwas über nimmt, sich für die Parodie eignet, das zeigen am besten die Offenbachschen Operetten. Das war aber von jeher der deutschen Operette nicht gegeben, sie wurde nur immer an der Parodie herum, ging nie eigentlich fröhlig und furchtlos auf einen Gegenstand los, sie verbarrikadierte sich.

Ihm geläufig, er hatte einen schier elementaren Drang, in ihren Wendungen seine Gedanken rednerisch zu entwideln. Er konnte es auch, wenn er sich das Recht zuschrie, hervorzu treten. Zweifelte er aber an diesem Recht, so slangen seine Versuche in verwüstetem Stottern aus.

Der Pastor hatte sich Mühe gegeben, ihn in Latein und Griechisch in den freien Wissenschaften zu unterrichten. Es sollte ein Theologe aus ihm werden. Aber noch zwei Jahren war Franz als hoffnunglos aufgegeben. Sein Interesse und seine Begabung waren zu ungleich.

Der Entwickelung dieses Sohnes sah der Alte mit Unruhe zu, um so mehr, als noch ein Umstand hinzukam, der dem Pastor nicht bekannt geworden war — Franz hörte gegen seinen Vater eine tiefe Abneigung.

Der Kirchenjurat rauchte, mit seinem Pastor zusammen auf Kosten stehend, eine Zigarette, nahm auch noch eine Zigarre mit, aber just nicht viel Verzierung.

"Ihr Franz," hatte der Pastor gesagt, "ist ein guter und doch ein gefährlicher Mensch. — Er ist ein 'Unbedingter'." — Unbedingt nenne ich die, die das, was sie für recht und füllig halten, ausführen, ohne durch Nebenrücksichten gehemmt zu sein. Ich meine — ohne durch daß uns Menschen sonst bindende Abhängigkeitsgefühl von dem, was allgemein anerkannt ist, befreit zu werden, und ohne auch nur auf den Gedanken zu kommen, daß sie irren könnten. Ein ausgeprägtes Rechtsgefühl, begeisternde Verehrung des Rechts, das ist der Seeleninhalt solcher Menschen und der Ausgangspunkt ihrer Handlungen. — Ich weiß nicht, ob Sie mich ganz verstehen, lieber Freund."

"Ich glaube, ich verstehe," hatte der Müller eingeworfen. "Gefährlich können diese Verbrecher des Rechts werden." — so lauteten die weiteren Auseinandersetzungen des Seelenhirten — weil sie das, was sie selbst für recht halten, für etwas unter allen Umständen bestehendes ansiehen. Die Fähigkeit der Selbstkritik, die Auffassung für den Widerstreit entgegenstehender Rechte geht ihnen ab.

Ihr Franz ist mit einer Sprengmine zu vergleichen. Sie ist dazu bestimmt, nüchternen Bauarbeiter zu töten und wird es tun, wenn sie am rechten Ort und zur rechten Zeit zur Entladung gebracht wird. Sie kann aber auch unzeitig losgehen und ein Unglück anrichten. Ihr recht zu leiten, dazu gehören ein rochiges Auge und eine liebevolle Hand. Lassen Sie es daran nicht fehlen, lieber Freund. Und achten Sie, daß kein ungünstiger Funke die ganze rücksichtslose Kraft dieser jungen Seele zur Explosion bringt."

(Fortsetzung folgt.)

hier immer nur bei Anlässen, und eine Auskunftsattung, die über Ansätze nie hinauskommt, verliert sich mit der Zeit selbst aus den Augen und richtet sich allmählich aufgrund. Bei der Pflege der Parodie hätte vor allem die Operette die Verbindung mit dem allgemeinen Leben nicht eingebüßt, aus dem sie immer neue Anregung hätte schöpfen können. Dah auch schon vor 30 Jahren die Operette jedem kräftigen parodistischen Gedanken aus dem Weg ging und in erster Linie aus sich selbst heraus befreit haben wollte, zeigt eben auch der Seekadett. Man muß allerdings zugeben, daß Deutschland besonders politische Satire nie gerne sah und daß es, wenn das Ereignis von Satire ein Zeugnis von politischer Reife ist, kulturell hinter Frankreich und überhaupt den romanischen Ländern zurücksteht. Solange aber in dieser Beziehung nicht mehr Freiheit walte, ist gerade der Operette eines ihrer wichtigsten Anregungsmittel versperrt.

Genées Musit ist Operettenuismus im guten, oft sogar besten Sinne. Dies und jenes könnte ganz gut in einer Oper stehen, besonders im zweiten Akt, der textlich und musikalisch das Beste gibt. Besonders die Schachszene arbeitet mit Mitteln einer ganz guten Oper. Vor allen kann aber ein stärkeres Kultivieren der vor-Grausamkeit Oper lehren, daß man ganz gut ohne die vielen albernen Walzer auskommt. Denn aus diesem Sumpf der Operette herauszuholen, wäre die wichtigste musikalische Aufgabe der Operette.

Die Aufführung war gar nicht übel. Ein flotter Zug herrschte den ganzen Abend. Auch an der Szenerie sah man einige neue Dinge. Frl. Braun gab die Doppelrolle im ganzen durchaus glücklich; daß für die französische ein feineres, gräßigeres Auftreten am Platze wäre, darüber zu empfinden hat uns Frl. Braun bereits etwas abgewöhnt. Die übrigen paar Hauptrollen waren bei den Herren Heine, Groß und Haas in sehr guten Händen. Frl. Siegling versuchte das Königliche in ihrer Rolle hervorzuheben, ohne daß es aber immer gelungen wäre. —

Unterm Strich beginnen wir heute mit dem Abdruck der Erzählung Ein Unbedingter von Timm Kröger. Der Dichter (geboren 1844), ein Landsmann Theodor Storms, trat verhältnismäßig spät mit Dichtungen vor die Öffentlichkeit und hat erst in den letzten Jahren allgemeine Anerkennung für seine feinfühligen Schöpfungen von Land und Leuten seiner holsteinischen Heimat gefunden. Der Unbedingte stammt aus der Novellsammlung: Leute eigener Art, die vor zwei Jahren herauskam. Wir werden außer dem Unbedingten die vor kurzem erschienene Erzählung: Um den Weggoll veröffentlichten.

Im Hauptblatt werden wir nach Abdruck der Huldschinerschen Novelle Alexander Kiellands Roman Garman und Worse veröffentlichen, der in losem Zusammenhang mit dem eben abgeschlossenen Roman Schiffer Worse steht. Auch Garman und Worse erscheint in der neuen, vom Dichter selbst durchgesiehenen Übersetzung, die Dr. Ledien für den Verlag von Georg Meissner besorgt. —

Neues Theater. Donnerstag: Wilhelm Tell (Gastspiel Alberth Matlowsky). Freitag: Der Troubadour. Sonnabend: Uriel Acosta (Gastspiel Alberth Matlowsky). Sonntag: Undine. Montag: Händel und Gretel. Phantasten im Bremer Rathaus.

Altes Theater. Donnerstag: Der Opernball. Freitag: Der Graf von Charolais. Sonnabend: Eine toxische Nacht. Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Frühlingslust (ermäßigte Preise). abends 1/8 Uhr: Stein über Genie und Leibenschaft (Gastspiel Matlowsky). Montag: Söhnen der Gesellschaft (12. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen).

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. **Schauspielhaus.** Donnerstag: Minna von Barnhelm (halbe Preise). Freitag: Flachsmauer als Crayeler. Sonnabend: Die Unberechenbare, Schauspiel von Hermann Vahr (Uraufführung). Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Minna von Barnhelm (Vorstellung für den Gewerbeverein S.-D., Leipzig-West), abends 1/8 Uhr: Die Abreise. — **Theater am Thomasring.** Donnerstag: Der Militärstaat. Freitag: Helmut (halbe Preise). Sonnabend: Die Ehre (ermäßigte Preise). Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Im Hafen (Vorstellung für den Thonberg-Arbeiterverein), abends 1/8 Uhr: Angels. Der grüne Katze. **Battenbergtheater.** Donnerstag: Die Dame von Magim. Freitag: Martin Luther. Sonnabend: Die Orientreise.

Komödie. Prof. Dr. G. Jenner aus Marburg veranstaltet am 3. November im Aufschauspiel ein Konzert mit eigenen Kompositionen, für das die Sopranistin Fräulein Mimie Wittichen, die Herren Adolf Nebe (Violine), Prof. Fritz Wessermann (Viola), Prof. J. Mengel und E. Müller (Horn) ihre Mitwirkung zugesagt haben. Zur Aufführung gelangen eine Sonate für Cello und Klavier, ein Klavier-Duolet und eine Nachtwache betitelte Komposition für Sopran, Violine, Viola, Horn und Klavier. — Anna Führer bringt an ihrem am Sonnabend stattfindenden Vesperabend Werke von vier Leipziger Komponisten zum Vortrag: von Hans Sitt, Bruno Mengel, Otto Bittenbecker und Paul Mengel. — Kammerjänger Karl Scheidemann aus Dresden wird am Sonnabend, 18. November, im Aufschausaal einen Vesperabend veranstalten. Karten sind in den Musikalienhandlungen von C. A. Klemm und Franz Jost zu erhalten.

Lieber Maxim Gorliks neuestes Stück: Die Kinder der Sonne, das am Mittwoch in Petersburg seine Uraufführung erlebte, wird geschrieben: "Gorliks führt in seinem Stück zwei Welten vor: die Kinder der Sonne und die Kinder der Erde, wie er sie nennt. Die Sonnenkinder sind die Aristokratie der Vernunft und des Geistes, die hauptsächlich ihr Ziel darin sehen, das Leben so schön und so gut wie möglich zu gestalten. Obwohl ihre Arbeit eine große Bedeutung für die Welt hat und sie sich nur mit dem Wohle der Menschheit beschäftigt, sind ihre Gedanken doch dem Irdischen, der Finsternis, derart fremd, daß ihre Tätigkeit der Masse unverständlich bleibt. Die Kinder der Erde fühlen wohl diese Überlegenheit, aber die schöpferische Arbeit der Kinder der Sonne sagt ihrem armen Verstande gar nichts. Sobald nur das Leben diese beiden Welten in einem ernsten Moment zu gemeinsamer Arbeit zusammenführt, entsteht ein Konflikt. Aber es gibt noch eine dritte Gattung von Menschen, die als Brüder und Vermittern wirken. Es sind dies die Aerzte, die Lehrer und die Vertreter der sogenannten freien Berufe. Sie verstecken wohl die Sonnenkinder, aber sie sind nicht in der Lage, dem Volke zu helfen, da ihre Kraft dazu nicht ausreicht. Das Stück gipfelt darin, daß es wohl immer so sein wird: Die Menschen werden immer mit dem Bestehenden nicht zufrieden sein und immer etwas andres wünschen. Der Held des Stücks, ein Arzt, erstickt sich zum Schluss, und die Helden wird darüber wohnen, daß sie der lebenden Menschheit nicht helfen kann. Das Stück hat unbestritten Erfolg, der jedoch mehr dem Dichter der Freiheit als dem Worte selbst galt. Dieses hat zu wenig Handlung, um dramatisch zu wirken. Wirklich gelungen ist der zweite Akt, der die Freiheitsideen und Hoffnungen Gorliks teils in Prosa, teils in gebundener Rede fesselnd entwirkt. Bei dieser Szene droht ein Beifallsturm."

Bilder aus dem russischen Leben. Die Vorbereitungen für die Gossudarstswenja Duma. Russland hat eine Verfassung bekommen, die Gossudarstswenja Duma ist der Vorbot eines Parlaments, schreien in verschiedenen Lokalen vertragsfähige Zentren russischer und aus-

ländischer Herkunft. Nun wenn dem so ist, wenn dennächst die "Wahlen" für diese prächtige Duma stattfinden, so ist es ja nötig, für diesen feierlichen Akt alle Vorbereitungen zu treffen!

Wir wollen heute einige Tatsachen aus der "Vorbereitung" in konstitutionellen Aufzähln" zitieren. In Jaroslaw ließ das Landesgouvernement eine Broschüre: Ein Vortrag an die Landes- und Stadtväter, in 10 000 Exemplaren drucken. Diese Broschüre enthält die von den Professoren fürstlichen Trubel und Feodorow an den Baron in Peterhof gerichtete Ansprache sowie die Antwort Nikolaus II. darauf. Sie wurde vom Landesgouvernementamt an die Kreisverwaltungsämter zwecks unentbehrlicher Verteilung an die Bevölkerung des Jaroslawer Gouvernementes versandt. Als die Landeshauptleute dies erfuhr, teilten sie es sofort dem Jaroslawer Generalgouverneur mit. Die Broschüre wurde sofort konfisziert; außerdem riefte der Generalgouverneur an die Kreisverwaltungsämter (nicht an das Landesgouvernementamt) ein Birkular mit der Aufforderung, ihm innerhalb sieben Tagen auseinanderzusehen, auf Grund welcher Gesetzesbestimmung sie es für möglich hielten, eine solch ungeeignete Verfassung des Landesgouvernementamts auszuführen.

Ebenso kam diese Broschüre auch nicht in den Besitz der Bevölkerung des Wladimir Gouvernement. Der Gouverneur erklärte, er könne die Veröffentlichung solcher Reden nicht gestatten, da laut Artikel 78 der Preß- und Pressegesetze diese Reden nur mit Erlaubnis des Hofministers veröffentlicht werden können.

Diese Broschüre gab auch Veranlassung zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Jaroslawer Landesgouvernement und einigen Landeshauptleuten desselben Gouvernement. Ebenso ging's im Twerer Gouvernement. —

Wenn nun selbst Bäckchens Niede auf diese Weise behandelt wird, so kann man sich leicht denken, wie sich die Behörden z. B. der liberalen Presse gegenüber verhalten.

Im Jaroslawer Kreis des Saratower Gouvernement werden die Abonnenten und Leser der Zeitschriften "Syr" und "Rascha Schid" mit besonderem Eifer verfolgt. Die Landeshauptleute verhindern an ihre Untergebenen Birkulare mit der Aufforderung, ihnen diejenigen Personen nahest zu machen, die es "vögeln", in ihren Beiträgen auf solche Zeitungen zu abonnieren und sie zu lesen. Die Landespolizei veranlaßt demnachfolge wahre Hölle auf diejenigen Bewohner und sonstige im betreffenden Bezirk wohnende Personen, die diese ungünstigen Zeitungen lesen. Diese Unannehmlichkeiten erfreuen sich selbstverständlich nicht auf die Abonnenten solcher Zeitungen wie "Moskowitza", "Wjedomosti", "Dien", "Droschki", "Nacht", "Listol", und während nun die Verbreitung der Duma Nikolaus II. selbst verboten wird, verbüllieren ohne Hindernisse Schriften wie: "An die russischen Patrioten, Statuten der Befreiungskrieger, politischen Liga, An die Freunde des Vaterlands usw.". In dieser Beziehung ist auch nicht ohne Interesse eine Mitteilung der Befreiungskrieger: "Die Patrioten und Ordnungshüter verlieren nicht die Hoffnung, in den Wahlen zur Gossudarstswenja Duma zu siegen, und führen zu diesem Zweck eine ganz eigenartige Propaganda auf dem Lande. Da sie aber wissen, daß eine Propaganda gegen die Volksvertretung überall nur feindlich aufgenommen werden würde, so erfordern sie 'Privatfragen'. In irgend einem Nest werden von jemand Blauglättler verbreitet, die die Bevölkerung zu Ausschreitungen gegen die Intelligenz und Juden auffordern. Auch verbüllieren unter der Landesförderung große Mengen von Blauglättlern mit Artikeln des berühmten C. Scharapow, — und so geht es in allen Städten, Kreisen und Gouvernementen des Landes zu. Allerdings Patrioten, lokale Patrioten, alle verbreiten Schriften, die durch Gesche, Birkulare und Bestimmungen eigentlich streng verboten sind, da sie die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander ausspielen. Reichsdeutsche verlautet nichts über die Konstitution dieser literarisch-wissenschaftlichen Werke", während wie so oft hören, daß ganz harmlose Bücher, die rein wissenschaftlich-theoretische Fragen behandeln, dem Handel entzogen werden.

Noch andre Heldenataten der Behörden.

Vor kurzem veröffentlichte der Regierungsbote ein Birkular des Ministers des Innern an die Generalgouverneure, betreffend die bevorstehende Wahlkampagne. Gleichzeitig wurden die lokalen Behörden angewiesen, wie sie sich in der Wahlkampagne zu verhalten haben. "Die Behörden haben sich jeder Einmischung in die Wahlen und die Handlungen der Wähler in allen Städten bei Wahltagen streng zu enthalten." So steht es auf dem Papier, vor dem europäischen Publikum. Wie steht es aber in Wirklichkeit aus? Der Zeitung "Ruhloje Slovo" wird aus Sareto telegraphiert: "Die Wahlen in den Gemeindebezirken haben bereits begonnen. Das Wahlergebnis in der Wahlbezirksgemeinde ist bekannt: gewählt wurde der vom Gemeindevorsteher empfohlene Kandidat. Im Romener Kreis des Poltawer Gouvernement eröffneten die Wahlbezirksgemeinden die Wahl. In einigen Bezirksgemeinden standen bereits in Anwesenheit des Landeshauptmanns Versammlungen zur Wahl der Delegierten statt. Wie die Zeitung "Kiewskaia Tschita" berichtet, schlug in einer Versammlung der Chmeljewer Bezirksgemeinde der Landeshauptmann Poletika vor, die beiden Kosaken Vaschenko und Seliverin als Delegierte zu wählen. Die Versammlung lehnte diese Kandidatur ab und wählte ihre eigenen Delegierten: dies erregte den Unwillen der Behörden. In den Smolensker Bezirksgemeinden "unterhielt" sich der Landeshauptmann mit den Bauern über die Bedeutung der Gossudarstswenja Duma sowie über die Frage, welche Delegierten zu wählen seien. Nicht umsonst nahmen wohl die Bauern des Dorfes Botschow Kamenez (bei Sudschki), nachdem sie die Frage über die Wahlen-Agitation erörtert hatten, folgende Resolution an: 'Alle Versuche der Behörden, die Wahlen-Agitation zu beeinflussen, sind energisch zurückzuweisen.' Die Bauern wissen wohl im voraus, daß es ohne Meibercen mit der fürstlichen Behörde nicht gehen wird. D.

Notizen.

Die türkische Gesundheitsgefahr. Die europäischen Kulturstaaten haben schon seit langer Zeit erkannt, daß das Türkische Reich eine dauernde gesundheitliche Gefahr für Europa bedeutet, demzufolge ist auch in Konstantinopel ein Internationaler Gesundheitsrat eingefestigt worden. Bisher liegt noch keine Veranlassung vor, in dieser Beaufsichtigung der türkischen Zustände irgendwie nachzulassen. Das lehrt wieder ein Bericht des Lancel-Tortespondenten aus Konstantinopel, der sich mit den Volksbädern in der Türkei beschäftigt und sie als eine der größten und gefährlichsten Quellen der Verbreitung ansteckender Krankheiten bezeichnet. Die Volksbäder sind in ganz Konstantinopel und auch sonst im Osmanischen Reich nicht weniger zahlreich als die Moscheen, denn ein Turke kann ohne sein Bad kaum leben. Es gehört zu seinen religiösen Verpflichtungen, in bestimmten kurzen Abwesenräumen ein Bad aufzusuchen. Die Verwaltung eines öffentlichen Bades gilt für einen Moschmedaner als ein ehrenvolles Geschäft. Jeder Turke zahlt den Aufenthalt im Bade zu seinen schönsten Stunden, und er liebt sein "Hamam" kaum weniger als seinen Harem. Die türkische Frau gar verbringt ihr Leben überhaupt fast ausschließlich mit ihrer Toilette, mit Rauchen und mit Baden. Die reichen Osmanen haben ihre eigenen Bäder von oft großem Augen, die öffentlichen Bäder aber spotten häßlich des Mangels hygienischer Rücksichten, meist jedoch Beschreibung und dienen daher geradezu selbstverständliche Verbreitung von Hautkrankheiten und auch jeder Art ansteckender Leiden. Letzt endlich hat die türkische Regierung angeordnet, daß alle Volksbäder in regelmäßigen Zwischenräumen durch Sanitätsbeamte inspiziert, desinfiziert und mit notwendigen hygienischen Einrichtungen versehen werden müssen.

3. Beilage zu Nr. 253 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 1. November 1905.

An die Parteigenossen!

Die Haltung des Vorwärts einerseits als Zentralorgan der Partei, andererseits als Organ der Genossen von Groß-Berlin ist seit einer längeren Reihe von Jahren Gegenstand lebhafter Streitigkeiten gewesen, sowohl auf Parteitagen wie in den zu nächst interessierten Kreisen.

Die Hauptwürfe gegen die Redaktion lauteten: Der Vorwärts betreibe die prinzipielle Aufläuterung und Schulung der Parteigenossen höchst ungünstig und er neige, beeinflusst durch die zwei in der Redaktion sich gegenüberstehenden Strömungen, zu den in der Partei auftauchenden Fragen entweder keine oder zu spät Stellung oder er schwante unentlosten hin und her.

Konferenzen, die im Laufe der Jahre zwischen dem Parteivorstand und der Preskommision, manchmal auch unter Hinzuziehung der Vertrauensleute und der übrigen Partefunktionäre von Groß-Berlin und der Redaktion öfter stattfanden, führten wohl zu einer gründlichen Aussprache, zuweilen auch zu Verständnis, durch die gehofft wurde, die größten vorhandenen Unstimmigkeiten zu beseitigen. Es stellte sich aber regelmäßig in Klirre wieder heraus, daß alle diese Abmachungen ihre Wirkung verloren gingen. Die in der Redaktion vorhandenen gegenseitigen Anschaulichkeiten ließen sich nicht beseitigen. Schließlich konnten wir auch von den Genossen in der Redaktion, deren Haltung hauptsächlich Gegenstand der Kritik war, nicht verlangen, daß sie als echliche Leute Anschaulichkeiten vertreten sollten, die sie nicht besaßen. Andererseits konnte man sich zu dem einzigt wirklichen Mittel nicht verstehen, die Vertreter der nicht gebilligten Richtung durch Kündigung aus der Redaktion ausschließlich und dadurch die Redaktion einheitlich zu gestalten.

Streitigkeiten über die Haltung des Vorwärts sind, wie schon hervorgehoben, auch mehrfach auf Parteitagen gelaufen worden, so besonders auf den Parteitagen zu Lübeck 1901 und zu Dresden 1908.

Insbesondere gaben die Verhandlungen des leichten Anlasses nach demselben aufs neue im Kreise der zunächst dazu Berufenen dem Parteivorstand, der Kontrollkommission, der Preskommision, den Vertrauensleuten von Groß-Berlin und der Redaktion in Streitigkeiten über die künftige Haltung des Vorwärts einzutreten. Es wurden auch entsprechende Beschlüsse gefaßt. Aber auch jetzt wieder stellte sich bald heraus, daß die alten Unstimmigkeiten aus den schon angeführten Ursachen weiter bestehen blieben. Die vielfachen Meinungsunterschiede, die zu Ende des vergangenen Jahres und im Laufe dieses Jahres bis zum Jenaer Parteitag in einem Teil der Parteipresse zum Ausdruck kamen und in die auch der Vorwärts verwickelt war, zeigten die öfter gerügteten Unstimmigkeiten in besonderem Grade. In der Redaktion war schon seit Jahren die Einrichtung getroffen worden, daß bei Meinungsunterschieden über die Haltung, die der Vorwärts gegenüber in der Partei auftauchenden Fragen einnehmen sollte, oder über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von Artikeln, oder ob ein bestimmter Artikel als rebellionell angesehen oder unter der Chiffre eines Verfassers als dessen persönliche Ansichtung erscheinen sollte, durch Mehrheitsbeschuß entschieden wurde.

Hierbei standen sich in der Regel die Anhänger der beiden Strömungen geschlossen gegenüber, und zwar meist 6 gegen 4 Stimmen, wobei gewöhnlich die Stellung der Mehrheit von der Vertretung der Berliner Genossen und dem Parteivorstand nicht als ihrzig anerkannt wurde.

Solche Vorgänge voranlaßten, daß die Preskommision und die Vertrauenspersonen von Groß-Berlin abermals beschlossen, zum 17. Juni eine Konferenz nach dem Gewerbeschause zu berufen, zu welcher der Parteivorstand, die Redaktion des Vorwärts und die übrigen Funktionäre nebst den Reichstagsabgeordneten von Groß-Berlin geladen wurden. In dieser Konferenz kam es zu langen und scharfen Auseinandersetzungen. Die Ausführungen, die hierüber Genosse Bebel als Beauftragter des Parteivorstandes auf dem Jenaer Parteitag machte, anfänglich der Beratung des Antrages der Genossen von Groß-Berlin, dem Vorwärts den Charakter als Zentralorgan zu nehmen und so ihn zum Zentralorgan der Berliner Genossen werden zu lassen, lauteten nach dem Protokoll über das Jenaer Parteitag (Seite 187 und 188):

"In bezug auf die Haltung des Vorwärts in politischer und prinzipieller Hinsicht kann ich ebenfalls eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Parteivorstand konstatieren. Als am 17. Juni d. J. nicht auf meine Einladung, sondern auf Einladung der Berliner Parteigenossen, die Vertrauensleute Berlins, die Preskommision, die Kontrollkommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, die Vertreter Berlin im Reichstag, die Redaktion des Vorwärts und der Parteivorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkamen, ergaben die Verhandlungen folgendes Bild: Nach längeren Auseinandersetzungen nahm ein Mitglied des Parteivorstandes das Wort, polemisierte in scharfen Ausführungen gegen die Haltung des Vorwärts und bat programmatisch nachzuweisen, daß nach seiner Meinung notwendig sei in bezug auf das Blatt und seine rebellische Führung. Diese Ausführungen fanden in dem Maße den Erfolg der gesamten Berliner Parteivertreter, daß aus der Menge der Parteigenossen Berlins der Antrag gestellt wurde, die Ausführungen des betreffenden Vorstandsmitgliedes gewissermaßen als Programm des Vorwärts der Redaktion zu empfehlen. Und als die betreffende Person den Versuch mache, es abzulehnen, daß sie quasi als Fahnenhalter in den Vordergrund gesetzt wurde, und bat, man möge eine Resolution annehmen, die etwa daselbe besagte, wurde das abgelehnt und einstimmig wurde beschlossen, daß diese Ausführungen der Redaktion zur Beachtung empfohlen werden. (Zuruf der Berliner: Es wurde aber nicht danach gehandelt!) Gewiß, das steht auf einem andern Blatt. Es waren eben Meinungsunterschieden innerhalb der Redaktion vorhanden, das ist ja in den letzten Zeiten erst wieder hervorgetreten."

Und weiter heißt es, nachdem Bebel befürwortet hatte, den Antrag der Berliner Genossen abzuschließen:

"Wir sind auf der andern Seite, falls wir wieder gewählt werden, entschlossen, alles aufzubieten, um die berechtigten Klagen, die wir vollständig mit den Berliner Genossen teilen, zu beseitigen und Mittel und Wege zu beraten, wie dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand — das betone ich (Lebhafte sehr richtig! bei den Berlinern) abgeholfen werden kann. Siehe Genossen! Die Dinge müssen allemal erst ihren Höhepunkt erreichen, ehe man zu entscheidenden Maßnahmen greifen kann, es muß erst das allgemeine Bewußtsein vorhanden sein, daß es so nicht weiter geht."

Und der Genosse Wels, der als Redner der Vertreter von Groß-Berlin den Auftrag hatte, den Antrag der Berliner Genossen zu begründen, äußerte in bezug auf die Haltung des Vorwärts (Siehe das Protokoll des Jenaer Parteitags Seite 179 und 180): Wir wollen eine eigene Organ haben, in welchem die Meinung der Berliner Genossen ihren universellsten Ausdruck findet. (Sehr richtig!) ... Die Streitigkeiten (mit dem Vorwärts) sind ja nur darauf zurückzuführen, daß er nicht schnell genug Stellung nimmt, auch die Berliner vermissen das... Wir selber ergreifen Partei und wollen, daß der Vorwärts zu allen Parteifragen klar und unzweideutig Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Das scheint auch die Meinung des Vorstands zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem Vorwärts aufgegeben worden, mehr Salz zu verwenden. In Dresden hat Bebel grundlegende Änderungen in der Redaktion angefordert und die Frucht dieser Ankündigung war: wir haben Sitzungen gehabt, wir haben uns die Wahrheit gesagt und dabei ist es geblieben."

Aus diesen Ausführungen des Genossen Wels geht klar hervor, daß bei den dem Vorwärts früher gerügten Mängeln unbedingt aller Kritik und Beschlüsse nach wie vor weiter bestanden und die Genossen von Groß-Berlin wesentlich zu der Forderung beigetragen, den Vorwärts als ihr Organ allein zu besitzen, um durchzuführen, was bisher als nicht möglich angesehen wurde.

Es geht aber auch weiter aus den Ausführungen von Bebel und Wels mit alter wissenschaftlicher Marke hervor, daß es eine durchaus falsche und irreführende Aussage ist, welche die sechs Redakteure in ihrem an der Spitze des Vorwärts vom 26. Oktober abgebrachten Artikel, betitelt "Aufläuterung", geben, wonach durch die Beschlüsse der Konferenzen, die am 1. und 8. September dieses Jahres mit dem Parteivorstand, der Preskommision und der Redaktion vereinbart wurden, man habe annehmen müssen, daß nunmehr alles in Ordnung sei und zu weitergehenden Änderungen keine Veranlassung mehr vorgelegen habe. Das Gegegen teil hier von besagten die namens des Parteivorstands und der Vertreter von Groß-Berlin am 18. September in Jena gehaltenen Reden, die 10 bzw. 17 Tage nach den Größenwirken in den erwähnten Konferenzen am 1. und 8. September gehalten wurden.

Es ist auch in der Parteipresse wie in sonstigen Mitteilungen darauf hingewiesen worden, daß das jetzige Vorgehen des Parteivorstands und der Gesamtvertretung der Genossen von Groß-Berlin mit den Beschlüssen der Flügelner-Kommision des Jenaer Parteitags im Widerspruch stehen.

Auch diese Auffassung ist grundsätzlich falsch!

Die Flügelner-Kommision wurde eingesetzt zu dem Zweck, die Flügelner-Kommision, die längere Zeit vor dem Jenaer Parteitag bis zu diesem selbst für die Partei bedeutsamen Charakter angenommen hatten, einer Beurteilung zu unterziehen und Vorschläge zu machen, wie künftig ähnliches vermieden werden könnte. Die Kommission hat diesem Antrag entsprochen, wie die von ihr vorgeschlagene Resolution Nr. 165 (S. 144 des Protokolls über den Jenaer Parteitag) zeigt. Diese Resolution wurde von dem Parteivorstand einstimmig angenommen. Ihr Inhalt und Inhalt hätte mit den Vorgängen im Vorwärts, die uns in den letzten Wochen beschäftigten, höchstens nur insofern zu tun, als es in dieser Resolution unter 11 steht:

"Die prinzipielle Aufläuterung (durch die Parteipresse) hat entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen."

Aus den oben zitierten Stellen aus den Reden von Bebel und Wels geht auch unverkennbar hervor, daß man nunmehr von Seiten des Parteivorstands wie der Vertretung von Groß-Berlin fest entschlossen war, von Grund aus Wandel zu schaffen, da es so wie bisher nicht vorliegen kann.

Es ist also nur ein Hauch einer Raum für möglich gehaltenen Kürzung oder Vergleichlichkeit, daß man jetzt nicht seitens der sechs Redakteure, sondern seitens eines Teils der Parteipresse im höchsten Grade überzeugt und empört ist über das vom Parteivorstand und der Preskommision eingeschlagene Verfahren.

Wie entwideln sich nun die Dinge nach Jena?

Noch ehe der Parteivorstand Zeit hatte, sich mit der Vorwärts-Frage zu beschäftigen, erhielt er eine Einladung von der Preskommision und den Vertrauensleuten von Groß-Berlin zu einer Konferenz für Montag, den 2. Oktober, um über seine Reformvorschläge betreffend den Vorwärts zu beraten.

Hierauf stellt sich also die Behauptung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten "Aufläuterung" als falsch und unwahr heraus, daß sie mittelebbar nach dem Jenaer Parteitag zu einer Konferenz für Montag, den 2. Oktober, um über seine Reformvorschläge betreffend den Vorwärts zu beraten.

Hierauf stellt sich also die Behauptung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten "Aufläuterung" als falsch und unwahr heraus, daß sie mittelebbar nach dem Jenaer Parteitag die Redaktion geheimer Beratungen, zunächst mit den Partefunktionären von Groß-Berlin, sodann mit der Preskommision begonnen habe.

Nicht der Vorstand veranstaltete die Sitzung am 2. Oktober, sondern er war, wie nachgewiesen, hier wie am 17. Juni der Geladene, ja bis zu einem gewissen Grade der Angeklagte. Da zu dieser Sitzung am 2. Oktober die Redaktion nicht geladen wurde, ist folglich auch nicht Schuld des Vorstands. Preskommision und Vertrauensleute — die Verantwortlichen jener Versammlung — betrachteten es eben als selbstverständlich, daß, seitdem seit Jahren ein Mittel in Gemeinschaft mit der Redaktion, dem Vorwärts eine Haltung zu geben, die den Anschauungen der sehr großen Mehrheit der Genossen in Groß-Berlin entsprach, versagt hatten, nunmehr für sich und in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand zu beraten, wie den Mängeln endlich abgeholfen werden können.

Und der Parteivorstand, der als der Geladene erschien, fand die Niederschrift der Redaktion zu dieser Sitzung so selbstverständlich, daß er gar nicht daran dachte, dagegen Einspruch zu erheben.

Wie kein Mensch sich in eine Sitzung drängen wird, in der von den zuständigen Organen über eine Gehaltserhöhung für ihn beraten und beschlossen werden soll, so sollte auch leider das Verlangen aussprechen, um jeden Preis Verhandlungen beizuhören, in denen es sich um seine event. Kündigung handelt, weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche möglicherweise für notwendig halten.

Es ist auch absurd, wenn die sechs Redakteure von diesen und den folgenden Sitzungen von geheimen Sitzungen sprechen. Alle derartigen Sitzungen sind nicht öffentlich, das sollten Deute, die oft genug an ähnlichen Sitzungen teilnahmen, allmählich begriessen haben.

Der Verlauf der Konferenz am 2. Oktober war kurz folgender:

Auf die Anfrage an den Parteivorstand, welche Maßnahmen derselbe bezüglich Änderungen in der Redaktion des Vorwärts in Vorlage zu bringen habe, mußte er erklären, daß die ihm durch den Jenaer Parteitag auferlegte Arbeitslast ihn bis jetzt verhinderte, sich mit Reformvorschlägen zu beschäftigen, daß dieses aber in Völle geschehen solle.

Darauf wurde dem Parteivorstand von allen Seiten geantwortet, daß seine Erklärung peinlich berühre. Man habe annehmen müssen, der Vorstand mache endlich Ernst, es scheine aber, daß er wenig Neigung habe, eine neue Ordnung im Vorwärts zu schaffen und die Sach abermals verschleppt werden solle. Die Berliner Parteigenossen wollten sich aber nicht länger hinhalten lassen. Der Vorgang zeigte wieder, wie berechtigt ihr Verlangen sei, den Vorwärts als ihr Organ zu besitzen.

Endschluß: Parteivorstand und Preskommision werden beauftragt, sich baldigst zu verständigen und ihre Vorschläge der Gesamtvertretung von Groß-Berlin zu unterbreiten.

Hierauf beschäftigte sich der Parteivorstand in seiner nächsten

Sitzung mit der Preskommision am Freitag, den 6. Oktober, folgende Vorschläge:

Da bisher ein Menge Differenzen in der Redaktion dadurch entstanden seien, daß die Mehrheit der Redaktion einen anderen Standpunkt habe als die große Mehrheit der Genossen Berlins und der Parteivorstand, so müsse eine dementsprechende Mehrheit geschaffen werden. Der Parteivorstand schläge demgemäß vor, den Genossen Büttner und Stößl zu kündigen, den Genossen Büttner in die Redaktion aufzunehmen und an Stelle Büttners einen neuen Redakteur einzustellen. Die Genossin Luxemburg solle als Mitarbeiterin aufgenommen werden, die jede Woche zwei Artikel liefern solle. Diese Artikel sollten ihrer Tendenz wegen nicht zurückgewiesen werden können, es sei denn, daß preßgesetzliche Bedenken obwaltet oder Gründe anderer Art (tafliche oder programatische) die Beantragung eines Artikels durch wenigstens drei Redakteure veranlassen, worauf die Aufnahme zu unterbleiben und sofort Parteivorstand und Preskommision über dieselbe entscheiden sollen. Die letztere Vorschlag entspricht einem Beschluss, der schon Anfang September durch Parteivorstand, Preskommision und Redaktion gefasst worden war.

Es ist also abermals falsch und zeigt nur, auf welche trüben Quellen die sechs Redakteure schöpfen, wenn sie in ihrer sogenannten "Aufläuterung" behaupten, daß die Genossin Luxemburg mit dem Recht einer gewissen Privilegierung ihrer Artikel und einem Privileg hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als ständige Mitarbeiterin eingestellt werden sollte.

Weiter setzte die sechs Redakteure in ihrer sogenannten "Aufläuterung" sagen, die Aufnahme Büttners in die Redaktion sei ihnen nicht annehmbar gewesen, so möge zur Charakterisierung einer so leichtfertig ausgesprochenen Begründung darauf aufmerksam gemacht werden, daß Büttner seit 1898 mit festem Gehalt angestellter Redakteur für den juristischen Teil des Vorwärts ist und als solcher auch an den Sitzungen der Redaktion mit Stimmrecht teilnehmen konnte, aber es schon 1899, als die Errichtung getroffen wurde, stiftige Fragen in der Redaktion durch Mehrheitsbeschuß zu entscheiden, ablehnte, an diesen Verhandlungen teilzunehmen. So sieht es mit der Wahrheitlichkeit und mit dem guten Geschmack der sechs Redakteure aus.

Die erwähnten Vorschläge des Parteivorstands wurden von der Preskommision als völlig ungünstig beklagt. Der Parteivorstand wolle ein paar "kleine" Redakteure preisgeben, aber die eigentlich Schuldtigen in der Redaktion belassen; damit sei den Berliner Genossen nicht geholfen. Unter letzteren bestehet in den weitesten Kreisen die Ansicht, es müsse in erster Linie Grabauer und Weißler gewählt werden, den man als Hauptstein des Unstethes ansieht, ebenso den Genossen Weißler, dagegen sei man bereit, Büttner zu kündigen, aber nicht Stößl; außerdem wurde vorgeschlagen, Büttner zur dauernden Mitarbeit in die Redaktion zu ziehen, auch sei man damit einverstanden, die Genossin Luxemburg als Mitarbeiterin aufzunehmen. Der Parteivorstand erklärte, daß er auf der glatten Annahme seiner Vorschläge nicht besteht. Wenn man bessere, akzeptiere er sie. Sollte Grabauer und Weißler gewählt werden, so erwarte er Vorschläge für passenden Erfolg. Gegen eine erweiterte Beschäftigung Büttners habe man nichts einzubringen.

Endresultat: Die Preskommision wurde erfaßt, zunächst unter ihrer Vorschläge zu beraten und diese dem Parteivorstand wurde vorläufige Geheimhaltung beschlossen.

Dieser leichte Beschuß stellte sich schon am nächsten Tage als hinfällig heraus. Einmal wurde noch während der Sitzung festgestellt, daß einer der sechs Redakteure längere Zeit als Rauscher an der Tür zum Konferenzzimmer stand, und weiter ergab sich, daß auch aus dem Kreise der Beratenden der einstimmige Schlußbeschuß nicht gehalten worden war.

Von jetzt ab wurden die Sitzungen statt im Konferenzzimmer der Redaktion im Bureau des Parteivorstands abgehalten. Die Darstellung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten "Aufläuterung", wonach die Beschlüsse dieser Sitzung für geheim erklärt wurden, ist also auch unwahr. Es wurden Beschlüsse über Anstellung bestimmter Personen in der Redaktion gar nicht gefaßt, sondern alles blieb in Schweben. Nicht die Beschlüsse, sondern die Verhandlungen über die Personen sollten zunächst als vertrauliche angesehen werden.

Die Preskommision trat bald darauf unter sich in Verhandlungen und unterbreitete dem Parteivorstand folgende Vorschläge:

Dieselbe lehnt ab, Stößl zu kündigen, sie lehnt ab, Büttner in die Redaktion aufzunehmen, dagegen beantragt sie, Büttner, Grabauer und Weißler zu kündigen. Die Vorschläge betreffend Büttner und Luxemburg nimmt sie an.

Der Parteivorstand beschloß darauf, den gemachten Vorschlägen zugestimmen. Da aber der Vorstand mittlerweise vernommen hatte, daß die sechs Redakteure überzeugt kommen seien, daß, wenn einige von ihnen gefeuert werden, alle sechs kündigen wollten, kam er zu dem erweiterten Vorschlag, um die Größenberatungen zu vereinfachen, der gesamten Redaktion zu kündigen.

Der Preskommision wurde hierauf in der gemeinsamen Sitzung am 20. Oktober erfaßt, daß der Parteivorstand ihrem Vorschlag als einem verbesserten zustimme, daß er aber aus Gründen, die dargelegt wurden, die Kündigung der gesamten Redaktion zu dem 31. März 1906 empfehle.

Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag von der Preskommision einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, für Montag, den 28. Oktober, eine Sitzung der Gesamtvertretung von Groß-Berlin einzuberufen und dieser die Vorschläge des Parteivorstands und der Preskommision in folgender Fassung zur Annahme zu unterbreiten:

"Vorstand und Preskommision kündigen der gesamten Redaktion auf den 31. März 1906.

Die Frage der Mitarbeiterschaft am Vorwärts wird ausgeschieden, ihre Lösung hängt von der künftigen Zusammensetzung der Redaktion ab.

Wird von drei Mitgliedern der Redaktion des Artikels eines Redaktionsmitgliedes oder eines Mitarbeiters als nicht zur Aufnahme in den Vorwärts geeignet beanstandet, so sind Parteivorstand und Preskommision sofort zu berufen, die über die Aufnahme entscheiden.

Obwohl die gemeinsame Konferenz stattfand, reichten die sechs Redakteure Sonnabend, den 21. Oktober, abends zwischen 6 und 7 Uhr, ihre Kündigung ein, und noch ehe die Mitglieder des Parteivorstands und der Preskommision von der erfolgten Kündigung unterrichtet waren, erfolgte bereits die Veröffentlichung derselben an der Spitze des politischen Teils des Vorwärts am Sonntag, den 22. Oktober.

Wir bestreiten den sechs Redakteuren nicht das Recht, die Leistung des Vorwärts von ihrem bevorstehenden Austritt aus der Redaktion in geeigneter Form zu unterrichten. Wir betrachten es aber als einen groben Mißbrauch ihrer Stellung, daß sie diese Kündigung an der Spitze der politischen Übersicht veröffentlichten, d. h. an einer Stelle, an die persönliche Angelegenheiten nicht hingehören.

Wir erblicken in dieser Handlungswelt der sechs Redakteure nur die Absicht, Sensation herorzurufen, ihre Handlungswelt als eine die Partei rettende Tat erscheinen zu lassen und gegen

den Parteivorstand in der Öffentlichkeit Stellung zu machen, eine Absicht, die, wie sämtliche am Montag hier in Berlin erscheinenden bürgerlichen Zeitungen bewiesen, erreicht wurde. Weiters sollte man durch diese Art der Ankündigung in die Partei und Parteipresse Verwirrung tragen, in der Hoffnung, damit das Aufsehen des Parteivorstandes als den angeblich alleinigen Urheber der Kündigung zu schädigen.

Bis betrachten aber auch die Veröffentlichung der sogenannten „Aussklärung“ der sechs Redakteure an der Spitze des Vorwärts am Donnerstag, den 28. Oktober d. J., an einer Stelle, insofern sonst nur die offiziellen Erfasse und Bekanntmachungen des Parteivorstandes erscheinen, als groben Missbrauch ihrer Stellung.

Es scheint, dass die sechs Redakteure allmählich ein geradezu unbegreifliches Selbstbewusstsein erlangten.

Folgender Vorfall möge dies noch besonders beleuchten. Als auf Grund jenes oben bereits erwähnten Beschlusses, der unter Mitwirkung der sechs Redakteure zustande gekommen war, drei Redakteure gegen die Aufnahme einer bestimmten Notiz am 27. 10. 05 protestierten und dieselbe dem Vorstande und der Preskommision zur vorherigen Beurteilung unterbreiten wollten, versuchte es der verantwortliche Redakteur, einer der sechs, trotzdem die sofortige Aufnahme zu erzwingen. Dieser Versuch der Durchsetzung festliegender Beschlüsse zwang die Aufsichtsinstanzen, die sofortige Befestigung des fraglichen Redakteurs von seinem Posten zu veranlassen.

Es war aber nach diesen Vorgängen auch sofort dem Parteivorstand und der Preskommision klar, dass sie unter der Herrschaft einer solchen Redaktionsmehrheit unmöglich an eine Darlegung der Beweggründe ihres Handels im Vorwärts denken könnten, weil feststand, dass diese sofort durch verwirrende Gegenvermerken wirkungslos zu machen versucht würde, mit anderen Worten, dass der Anschluss eine Gestalt annehmen werde, der die schon längst unhaltbar gewordene Zustände in der Redaktion des Vorwärts noch bedeutend verschärfen und zu einer Katastrophen führen müsste. Wir beschlossen also, mit unserer Darlegung zu warten, bis eine Durchkreuzung unserer Absichten unmöglich geworden war.

Durch die Kündigung der sechs Redakteure war der Antrag des Parteivorstandes und der Preskommision an die Gesamtvertretung von Groß-Berlin der gesamten Redaktion zu kündigen, hinfällig geworden. Es wurde nunmehr der betreffenden Konferenz der Vorschlag unterbreitet, der bereits im Vorwärts vom 24. Oktober veröffentlicht wurde, den wir über der Vollständigkeit halber hier nochmals zum Abdruck bringen:

In die Parteigenossen!

Am heutigen Tage fand eine Sitzung statt, an welcher der Parteivorstand, die Preskommision des Vorwärts, die Vertreterin von Berlin und Umgegend, die Vorständen und ersten Kassierer der acht sozialdemokratischen Wahlvereine, die Kontrollkommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und die Abgeordneten und Kandidaten der Wahlkreise von Berlin und Umgegend für den Reichstag teilnahmen.

Die Anwesenden beschlossen mit allen gegen 8 Stimmen:

Die Versammlung akzeptiert die Kündigung der Genossen Büttner, Eisner, Grädauer, Kästner, Schröder und Weßler als Redakteure des Vorwärts, weil dieselbe gezeigt ist, die Verhältnisse in der Redaktion derselben in einer den Wünschen und Anschauungen der Versammlung entsprechenden Weise umzugestalten.

Demnach werden Parteivorstand und Preskommision beauftragt, sofort die nötigen Schritte für eine Ergänzung der Redaktion vorgenommen.

Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluss führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.

Berlin, den 23. Oktober 1905.

Der Parteivorstand.

Nach längerer Debatte wurde dieser Vorschlag mit allen gegen acht Stimmen angenommen, nachdem zuvor ein Antrag, die Angelegenheit noch einmal in einer Konferenz mit der Gesamtredaktion zu besprechen, bei etwa 80 Anwesenden, mit allen gegen 14 Stimmen und dem Antrag, die Vorschläge erst an die Kreise zu bringen, mit allen gegen 12 Stimmen abgelehnt worden war.

Die große Mehrheit jener Versammlung ging also von der Ansicht aus, dass die Angelegenheit eine rasche Lösung erfordere, weil in einer außerordentlichen Situation auch außerordentliche Mittel angewendet werden müssen.

Parteivorstand und Preskommision haben der gegebenen Weisung entsprechend gehandelt, indem sie den sechs Redakteuren am 28. dieses Monats mitteilten, dass vom 29. dieses Monats ab auf ihre Tätigkeit am Vorwärts verzichtet werde.

Wir glauben, dass wir damit dem Wunsche der sechs Beteiligten aus einer ihnen widerwärtig gewordenen Stellung befreit zu werden, in raschster Weise entgegengekommen sind.

Aus der hier gegebenen Darstellung geht unumströthlich hervor:

1. Dass es nicht nur eine falsche, sondern eine böswillige Darstellung der sechs Redakteure ist, wenn sie in ihrer so genannten „Aussklärung“, die ebensofort „Verwirrung“ genannt werden kann, die Sache so drehen, als sei es der Parteivorstand, der die ganze Angelegenheit auf eigne Faust eingefädelt habe, während doch aus unseren obigen Ausführungen hervorgeht, dass die Initiative von den Vertretern von Groß-Berlin ausgegangen, und das alsdann alle Verhandlungen in voller Harmonie unter den Beteiligten geslossen wurden.

2. Dass der Parteivorstand und die Gesamtvertretung von Groß-Berlin für sämtliche Schritte solidarisch die Verantwortung der Partei gegenüber übernehmen.

Wir können nur unserer Verwunderung aber auch unserem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, dass obgleich durch den Beschluss in der Versammlung am 28. Oktober deutlich ausgesprochen worden war, dass den Parteigenossen über die Vorgänge, die zur Kündigung der sechs Redakteure führten, öffentlich Auskunft gegeben werden sollte, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet seien und dieses leichtere sofort geschehen werde, dennoch ein Teil der Parteipresse bereits gegen den Vorstand Stellung nahm. Die einfachste Rücksicht auf Gerechtigkeit gebot nach dem Satz zu handeln: Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muss sie hören. Bede.

Mit welchen Mitteln und auf welche Kosten die sechs Redakteure die Parteipresse zu beeinflussen suchten — wie die Tatsachen zeigen, mit einem gewissen Erfolge — darauf werden wir vielleicht gelegentlich noch zu sprechen kommen.

Es bleibt uns nunmehr nur noch übrig, auf einige Abhauptungen einzugehen, welche die sechs Redakteure in ihrer so genannten „Aussklärung“ aufgestellt haben.

Weshalb wir dem Verlangen der sechs Redakteure, die Redaktion zu den gespülten Beratungen hinzuzuziehen, nicht entsprochen haben, ist nach dem Gesagten zu wiederholen nicht nötig.

Dass wir streng innerhalb der Vorschriften handelten, welche die Parteiversionorganisation vorschreibt, geht aus dem Absatz 2, § 20 der in Jena beschlossenen Organisation hervor. Dort heißt es:

„Die Preskommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen, in im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preskommision entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preskommision in der Art zu gleichen Rechten, dass jedes dieser Organe je eine Stimme hat.“

Die sechs Redakteure behaupten aber auch, dass im vorliegenden Falle von uns im Widerstreit mit der bisherigen Praxis im Vorwärts gehandelt worden sei.

Dies ist wiederum unwahr.

Wir stellen zunächst fest, dass die Frage einer gesetzlichen Umgestaltung in der Zusammensetzung der Redaktion zwecks einer prinzipiellen Haltung des Vorwärts bisher nicht einmal anginge Mal bestanden hat.

Wie war aber bisher die Stellung der Redaktion zu Parteivorstand und Preskommision?

Als auf dem ersten Parteitag in Halle 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Partei sich eine neue Organisation gab, wurde durch den Fraktionsvorstand als die bis dahin bestehende Parteileitung der Antrag gestellt und durch Grillenberger begründet: dem Genossen Liebknecht als Chefredakteur des Vorwärts Sit und Stimme im Parteidoktorland zu gewähren, d. h. volle Gleichberechtigung mit den übrigen Vorstandsmitgliedern.

Grillenberger führte zur Begründung aus — man lese ausführlich hierüber im Protokoll des Haller Parteitags —, es sei unmöglich, das rechte Haupt der Partei in Deutschland, den Chefredakteur des Vorwärts dem Parteivorstand gegenüber in eine unverordnete Stellung zu bringen, und dass dies um so weniger angängig sei, da Liebknecht während der Dauer des Sozialistengesetzes Mitglied der Parteileitung gewesen wäre.

Deutschvorschlag wurde beschlossen. Nachdem Liebknecht gestorben war, erlosch die Stelle des Chefredakteurs. Der Vorwärts hat seitdem keinen mehr gehabt.

Die entgegenseitige Behauptung der sechs Redakteure, nach dem Tode Liebknechts sei das gleiche Recht auf einen Vertreter der Redaktion übergegangen, ist eine auf Täuschung berechnete Unwahrheit.

Niemals ist eine solche Stellung einem Redakteur des Vorwärts von dem Parteivorstand und der Preskommision eingeräumt worden.

Dagegen bestand bisher die selbstverständliche Einrichtung, dass, handele es sich um Angelegenheiten, welche die innere Ordnung der Redaktion betrafen, oder um eine Frage der Taktik, die der Vorwärts in einer bestimmten Frage einnehmen möchte, oder um sonstige wichtige Parteiangelegenheiten, für die es wichtigstes Werk war, dass die Redaktion unterrichtet sei und vergleichsweise mehr, so fänden je nach der Natur dieser Angelegenheit gemeinsame Sitzungen mit dem Parteivorstand oder mit dem Parteivorstand und der Preskommision eventuell auch mit der Gesamtvertretung Groß-Berlins und der Redaktion oder Vertretern derselben statt. Auch räumten wir der Redaktion eine beratende Stimme ein, wenn es sich um Erfolg eines Redakteurs handele. Mehrmals fand es auch vor, dass die Redaktion den Wunsch aussprach, an einer Sitzung des Parteidoktorlandes teilzunehmen, um Anerkennungen zu geben oder zu empfangen. Das war z. B. am 11. Juni der Fall, als der Parteivorstand und die Kontrollkommission die Tagesordnung für den Jenaer Parteitag festzusetzen wollten. Auf Wunsch der Redaktion wurde Grädauer zu dieser Sitzung eingezogen. Derselbe machte den Vorschlag, auf die Tagesordnung des Parteidoktorlandes noch zu setzen: die Wandlungen in der auswärtigen Politik des Reichs, ferner: den Stillstand der Sozialreform. Beide Vorschläge wurden nach langer Debatte von der Parteileitung einstimmig abgelehnt; die Tagesordnung des nächsten Parteidoktorlandes ertrug keine weitere Verabsiedlung.

Die Parteileitung war aber höchst überrascht, als nach Veröffentlichung der Tagesordnung des Vorwärts einen Zeitartikel brachte, in dem genau mit denselben Gründen, die Grädauer für seine Vorschläge in der Sitzung der Parteileitung angeschaut hatte, die Erweiterung der Tagesordnung des Parteidoktorlandes beschwore wurde, ohne dass mit einem Worte die Leiter darauf hingewiesen wurden, dass diese Vorschläge bereits der Parteileitung unterbreitet und von dieser einstimmig abgelehnt worden seien.

Im Parteivorstand war über dieses Vorgehen der Redaktion einstimmig der Verurteilung. Man bezeichnete dasselbe als höchst illogisch und sah von einer öffentlichen Darstellung nur ab, weil der Vorschlag in der Partei sehr wenig Anfang fand.

Es bestehet bei dem Vorstande und der Preskommision die einstimmige Ansicht, dass auch künftig die Redaktion des Vorwärts bei all den Vorgängen, bei welchen sie bisher als Auskunft oder Anerkennung gebendes oder beratendes Organ augezogen wurde, auch künftig an diesem Zustand nicht geändert werden soll und darf.

Dazu gehört aber nicht ein Vorfall, wie der jetzt in Frage stehende, aus den bereits hinzüglich dargelegten Gründen.

Wenn die sechs Redakteure weiter behaupten, dass die im Einverständnis mit der Preskommision und der Gesamtvertretung Groß-Berlins geübte Handlungsweise des Vorstands „die Freiheit und Unabhängigkeit der Parteipresse bedroht, wenn nicht verhindert“, die bisher der schöne Stolz der Parteigenossen gewesen waren und allein den Redakteuren das moralische Recht gegeben habe, die Würdelosigkeit und Unabhängigkeit des kapitalistischen Pressebetriebs zu geiheln“, so beweisen wir, woher die sechs Redakteure den Nutzen hernehmen, solche Phrasen zu veröffentlichen.

Sie haben ja bisher mit diesen und falschen Behauptungen einen gewissen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt. Über solche Lügen und durch solchen Theaterdramen nicht einschüchtern und hoffen, die Partei auch nicht.

Wir glauben, dass diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Preskommision, wie der Gesamtvertretung Berlins, die nicht nur 10 und 20 Jahre, wie ein oder zwei unter den sechs Redakteuren, sondern drei, vier und über vier Jahre gehörten in der Bewegung stehen und sich wohl auch einige Verdienste um die Partei erworben haben dürfen, über solche Behauptungen keiner loschen werden. Und dasselbe gilt von allen anderen Geistigen, die bei unsrer Weisung mitgewirkt haben.

Unser Schluss sei noch auf eine Tatsache hingewiesen, die zwar bei unsrer Entscheidung keinen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt, aber immerhin doch in Erwähnung geogen werden musste und den Parteigenossen bekannt zu geben ist.

Die persönlichen Verhältnisse zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion sind schon seit Monaten die wenigen verhindern, die bisher der schönen Stolz der Parteigenossen gewesen waren und allein den Redakteuren das moralische Recht gegeben habe, die Würdelosigkeit und Unabhängigkeit des kapitalistischen Pressebetriebs zu geiheln“, so beweisen wir, woher die sechs Redakteure den Nutzen hernehmen, solche Phrasen zu veröffentlichen.

Sie haben ja bisher mit diesen und falschen Behauptungen einen gewissen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt. Über solche Lügen und durch solchen Theaterdramen nicht einschüchtern und hoffen, die Partei auch nicht.

Wir glauben, dass diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Preskommision, wie der Gesamtvertretung Berlins, die nicht nur 10 und 20 Jahre, wie ein oder zwei unter den sechs Redakteuren, sondern drei, vier und über vier Jahre gehörten in der Bewegung stehen und sich wohl auch einige Verdienste um die Partei erworben haben dürfen, über solche Behauptungen keiner loschen werden. Und dasselbe gilt von allen anderen Geistigen, die bei unsrer Weisung mitgewirkt haben.

Unser Schluss sei noch auf eine Tatsache hingewiesen, die zwar bei unsrer Entscheidung keinen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt, aber immerhin doch in Erwähnung geogen werden musste und den Parteigenossen bekannt zu geben ist.

Die persönlichen Verhältnisse zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion sind schon seit Monaten die wenigen verhindern, die bisher der schönen Stolz der Parteigenossen gewesen waren und allein den Redakteuren das moralische Recht gegeben habe, die Würdelosigkeit und Unabhängigkeit des kapitalistischen Pressebetriebs zu geiheln“, so beweisen wir, woher die sechs Redakteure den Nutzen hernehmen, solche Phrasen zu veröffentlichen.

Sie haben ja bisher mit diesen und falschen Behauptungen einen gewissen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt. Über solche Lügen und durch solchen Theaterdramen nicht einschüchtern und hoffen, die Partei auch nicht.

Wir glauben, dass diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Preskommision, wie der Gesamtvertretung Berlins, die nicht nur 10 und 20 Jahre, wie ein oder zwei unter den sechs Redakteuren, sondern drei, vier und über vier Jahre gehörten in der Bewegung stehen und sich wohl auch einige Verdienste um die Partei erworben haben dürfen, über solche Behauptungen keiner loschen werden. Und dasselbe gilt von allen anderen Geistigen, die bei unsrer Weisung mitgewirkt haben.

Unser Schluss sei noch auf eine Tatsache hingewiesen, die zwar bei unsrer Entscheidung keinen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt, aber immerhin doch in Erwähnung geogen werden musste und den Parteigenossen bekannt zu geben ist.

Die persönlichen Verhältnisse zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion sind schon seit Monaten die wenigen verhindern, die bisher der schönen Stolz der Parteigenossen gewesen waren und allein den Redakteuren das moralische Recht gegeben habe, die Würdelosigkeit und Unabhängigkeit des kapitalistischen Pressebetriebs zu geiheln“, so beweisen wir, woher die sechs Redakteure den Nutzen hernehmen, solche Phrasen zu veröffentlichen.

Sie haben ja bisher mit diesen und falschen Behauptungen einen gewissen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt. Über solche Lügen und durch solchen Theaterdramen nicht einschüchtern und hoffen, die Partei auch nicht.

Wir glauben, dass diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Preskommision, wie der Gesamtvertretung Berlins, die nicht nur 10 und 20 Jahre, wie ein oder zwei unter den sechs Redakteuren, sondern drei, vier und über vier Jahre gehörten in der Bewegung stehen und sich wohl auch einige Verdienste um die Partei erworben haben dürfen, über solche Behauptungen keiner loschen werden. Und dasselbe gilt von allen anderen Geistigen, die bei unsrer Weisung mitgewirkt haben.

Unser Schluss sei noch auf eine Tatsache hingewiesen, die zwar bei unsrer Entscheidung keinen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt, aber immerhin doch in Erwähnung geogen werden musste und den Parteigenossen bekannt zu geben ist.

Die persönlichen Verhältnisse zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion sind schon seit Monaten die wenigen verhindern, die bisher der schönen Stolz der Parteigenossen gewesen waren und allein den Redakteuren das moralische Recht gegeben habe, die Würdelosigkeit und Unabhängigkeit des kapitalistischen Pressebetriebs zu geiheln“, so beweisen wir, woher die sechs Redakteure den Nutzen hernehmen, solche Phrasen zu veröffentlichen.

Sie haben ja bisher mit diesen und falschen Behauptungen einen gewissen Einfluss auf die bürgerliche Presse ausgeübt. Über solche Lügen und durch solchen Theaterdramen nicht einschüchtern und hoffen, die Partei auch nicht.

Wir glauben, dass diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Preskommision, wie der Gesamtvertretung Berlins, die nicht nur 10 und 20 Jahre, wie ein oder zwei unter den sechs Redakteuren, sondern drei, vier und über vier Jahre gehörten in der Bewegung stehen und sich wohl auch einige Verdienste um die Partei erworben haben dürfen, über solche Behauptungen keiner loschen werden. Und dasselbe gilt von allen anderen Geistigen, die bei unsrer Weisung mitgewirkt haben.

je der Meinung, nicht sie, sondern die Minderheit habe zu gehen. Unverblümt in dieser Meinung aus den Reihen der Mehrheit der Minderheit gegenüber schon bei früheren Gelegenheiten Ausdruck verliehen worden.

Parteigenossen! Wir haben Euch hiermit die Gründe für unser Verhalten gegenüber den sechs Redakteuren, die kündigen, darlegen. Von der Minderheit der Redaktion wurde das Verlangen der Mehrheit nicht unterstützt. Mit ihr uns aneinander aufzuführen, wurde uns erspart.

Wir haben gelau, was wir im Parteinteresse für unsre Pflicht hielten.

Berlin 11. den 30. Oktober 1905.

Der Parteivorstand. Die Preskommision.

Aus der Partei.

Die Sachsischen Arbeiterzeitung macht uns zum Vorwurf, dass wir in der Sache des Literatenlands unsere Ansicht gewechselt hätten. Früher hätten wir stets gesagt, dass man sich in Erfüllung von Parteipflichten nicht durch das Geschrei der Gegner beitreten lassen dürfe, während wir jetzt

Hierdurch zur gesl. Kenntnisnahme, daß ich ab 2. November 1905 eine zweite Verkaufsstelle in Tämereien — Spezialität: Haarlemer Blumenzwiebeln u. sowia Cycaswedel, Capblumen, Holzbast, Statice, präpariertes Buchensamb —

Markthalle, Stand 454

Haupteingang Kürprinzstrasse — Mittelgang — Ecke

eröffnet habe. Indem ich hierdurch einem Wunsche zahlreicher Kunden nachgekommen bin, bitte ich um gütige Unterstützung meines neuen Unternehmens.

M. Held

Samenhandlung — 12 Neumarkt 12.

Echte UNION-LIKÖRE

und
echte Union-Kornbranntweine
— die besten und feinsten Qualitäten —
überall zu haben.
Fabrik Union, A.-G.
Mockau-Leipzig.

Original-Victoria-
Nähmaschine

Alleinverkauf
H. Schube

Petersstrasse 34 im Hof, 3 Königs.

Schuhwaren-Bürger

14 Markthallenstrasse 14

empfiehlt Freunden und Bekannten sein
großes Lager solider

Schuhwaren

zu billigen Preisen.

Zigarren, Zigaretten, Tabake
empfiehlt in nur guter Qualität

Alb. Fischer, Klein-
Klingenstr. 42, Ecke Wigandstr.

Gelegenheitskauf!

Gardinen

in unübertrifftener Haltbarkeit!

Größte Auswahl, prächtig. Muster

früher Meter 85 Pfg. bis 1.65 M.

jetzt Meter 25 Pfg. bis 1.25 Mk.

Abgepasste Fenster v. 1.50 M. b. 10 M.

Stores v. 2 Mf., Vitrage Mtr. v. 32 Pfg. an

Niederlage Vogtl. Gardinen-Fabrik

Karl Köhler

Brühl 5, gegenüber d. Hainstr.

Kochbuch schön geb., 50 Pfg. Volksbuchhandlung.

Luisa Wetzel,

empfiehlt prima Dresdner Fettfahne (auch ausgewundert)
Brot- und Kochbücher, junge Tauben
Täglich frisch geschossene Hasen (gestreift und gespielt)
zu billigsten Tagespreisen.

Frisches Hasenfleisch. [20037]

Kronzstr. 29

Ecke Grenzstr.



frisches Hasenstein.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgässchen 9. elegante Herbst- und Winter-
paletots, jede Größe und Preis,
kompl. Jackett- und Rockanzüge,
Beinleider zu soliden Preisen. Auch
werden elegante Frads und Gesellschafts-
anzüge verliehen. [18400]

Möbel-Ausstattungs-Haus

E. Panster

Pingwitz. Merseburger Str. 18.
Neueste u. beste Bezugsmöbel für Braut-
Ausstattungen, sowie einzelne Möbel jeder
Art in nur dauerhaft, solider Ausführung
unter langjähriger Garantie.

Transport frei.

Für den Garten.

Obstbäume, Alleebäume, Ries-
sträucher, Heckenpflanzen, Schling-
pflanzen aller Art, Rodelböller,
Rosen sind vorrätig in den Baum-
schulen von Albert Wagner
in Leipzig-Gohlis am neuen Fried-
hof und in Möckern, Hallesche
Straße 4, neben der 106er Rosene.
Versand nach auswärts.

Ratgeber f. Arbeiter. Geb. 1.25 M.
Volksbuchhdt. Leipzig.

Kleiner Anzeiger.

Unsere verehrlichen Leser
werden gebeten, beim
Einschicken von Wohnungen stets
sich auf die Wohnungsanzeigen
der Leipziger Volkszeitung zu
beziehen!

Wohnungsanzeigen.

Zentrum.

In Leute f. Wohn. (St. R. R.) so f. 220 M.
i. Centr. Off. Bayrische Str. 12, R. G. III.
Ein Herr sucht i. West. ob. Nord. d. Stadt
möbl. Zim. Off. u. A. N. 98 hauptposttag.

Osten.

Stötteritz, Christian-Weisse-Str. 5a, I.,
Wohnung mit oder ohne Pferdestall z. verm.

Wohnung für 240 M. zu verm. Zu
einf. Abn., Gabelsbergerstr. 5, Plättigstr.

Anger, Breite Str. 7a, IV. M., freund-
liche Schloßstelle zu vermieten.

Neustadt, Alleestr. 5 b, III. L., freund-
liche helzbare Schloßstelle zu vermieten.

süden.

Döhlitz, Hauptstr. 16, schöner Laden mit
Wohn. z. 1. April 98 g. v. Näh. daf. I. Et. I.

Döhlitz, Probstheilbaer Straße 35, I.,
Schloßstelle an Herrn zu vermieten.

Gönnigwitz, Diebermannstr. 14, pt. r.,
Schloßstelle an Herrn zu vermieten.

westen.

Wohnungen d. Neuzzeit entspr., mit
u. ohne Garten, von

270-500 M., sof. ob. spät. zu verm. Lind.,
Mennigstr. 12, Rabenstr. 7, Gohl., Ede.

Kompl. Bett m. Fassonmatr. u. Bett-
gut gearb., neu, 25 M. Elsterstr. 58, Hof.

Möbel, neu u. gebr., Schränke, Vertikos, Trumenuen, Bett-
ställen m. Matr., Tische, Kommoden,
Waschtheke, Steilerkränchen, Stoff- u.
Plüschtücher. Beste Gelegenheit

für Brauseleute. **Neuschönefeld**,
Konradstr. 18, Brudertum. [18745]

Leubsdorf, 1. Woh., 2. R., R., ferner

Großes Lager aller Arten Puppen
sowie sämtl. Erhaltete. **A. Felderer**,

Plagwitz, Ecke Ziegelsstr. (Friseur.)

Kompl. Bett m. Fassonmatr. u. Bett-

gut gearb., neu, 25 M. Elsterstr. 58, Hof.

Möbel u. Polsterwaren, Schleußig, Blümnerstraße 37, pt. I.,
Wohnung bei Mietentschädigung, zu verm.

Vindnau, Hellmuthstr. 20, Tr. A. I. r.,
leere Stube z. 8 M. monatl. zu verm.

Kleinjäger, Wigandstr. 40, II. L., große
leere Stube, auch als Schloßstelle z. verm.

Plagwitz, Jahnstr. 41a, I. L., Schloß-
stelle z. 1. Mädeln oder Herrn zu verm.

Plagwitz, Klingenstr. 18, pt. r., große
möbl. Stube als Schloß. a. H. ob. M. z. verm.

Vindnau, Großmannstraße 12, pt. r.,
freundliche Schloßstelle zu vermieten.

Schleußig, Brodhäusstraße 85, III. L.,
Schloßstelle an Mädeln zu vermieten.

Kleinjäger, Wigandstraße 28, I. r.,
freundliche Schloßstelle zu vermieten.

Zg. Kinderl. Deutl. f. 11. D. 180-200 M.,
mögl. Kleinjäger. Off. Rudolfstr. 24, pt.

Norden.

Wahren, Königstr. 78, I. L., leeres Zim.
mit Stoffsofa, Kaffeetisch, grau ob. f. sof. z. v.

Verkäufe und Käufe.

Hausgrundstück m. flottgeh. Material-
u. Schuhwarengesch. (bringt 850 M. Meter)

für 10000 M. zu verl. Besitzer Reinh.

Meth, Elsterwerda-Viehstr. [20854]

Lederaussch. u. Ab. Nachtmkt. 4, Martin.

Fertige Betten

von 14 M. an. [18739]

E. Heldorn, Dorotheenstr. 2.

Bettwäsche, Wäsche, Kleider, Möbel z. t.,
Teile, u. str. Döhl. 21., Josephstr. 30, H. I.

Auf Teilzahlung alle Wäscheartikel

usw. zu niedrigen Preisen an solide Familien. Ofertern
unt. A. T. 30 an die Exp. d. Volkszg.

Verkäufe billig Damens-
kleider, Hölzer, j. neu, Blusen, Hütte,
Jackett, alles fast neu, spottbill.

Windmühlenstrasse 17
neben Coburger Hof. 17

Verkäufe billig Damens-
kleider, Hölzer, j. neu, Blusen, Hütte,
Jackett, Wanda Lory, jeft Reichs-
strasse 29/31, III., früher Durlachenhof 7.

Frauenkleid, gutorb., s. bill. zu vk. W. W.

Nähm. 12 M., Kdw. R., Kapellenstr. 12, III. M.

Gutorb. Wint.-Jack. Blücherstr. 45, IV. M.

Posten eleg. Pelz-Boas ganz billig
zu verkaufen Täubchenweg 79, II. r.

Achtung, Frauen!

Puppenperücken, Teile u. Zöpfe.

H. Klaus, Thonb., Reichenhainer Str. 12.

Puppenklinik

Großes Lager aller Arten Puppen
sowie sämtl. Erhaltete. **A. Felderer**,

Plagwitz, Ecke Ziegelsstr. (Friseur.)

Kompl. Bett m. Fassonmatr. u. Bett-

gut gearb., neu, 25 M. Elsterstr. 58, Hof.

Möbel, neu u. gebr., Schränke, Vertikos, Trumenuen, Bett-

ställen m. Matr., Tische, Kommoden,
Waschtheke, Steilerkränchen, Stoff- u.
Plüschtücher. Beste Gelegenheit

für Brauseleute. **Neuschönefeld**,
Konradstr. 18, Brudertum. [18745]

Kompl. Bett m. Fassonmatr. u. Bett-

gut gearb., neu, 25 M. Elsterstr. 58, Hof.

Möbel u. Polsterwaren, Schleußig, Blümnerstraße 37, pt. I.,
Wohnung bei Mietentschädigung, zu verm.

Vindnau, Hellmuthstr. 20, Tr. A. I. r.,
leere Stube z. 8 M. monatl. zu verm.

Kleinjäger, Wigandstr. 40, II. L., große
leere Stube, auch als Schloßstelle z. verm.

Plagwitz, Jahnstr. 41a, I. L., Schloß-
stelle z. 1. Mädeln oder Herrn zu verm.

Plagwitz, Klingenstr. 18, pt. r., große
möbl. Stube als Schloß. a. H. ob. M. z. verm.

Vindnau, Großmannstraße 12, pt. r.,
freundliche Schloßstelle zu vermieten.

Schleußig, Brodhäusstraße 85, III. L.,
Schloßstelle an Mädeln zu vermieten.

Kleinjäger, Wigandstraße 28, I. r.,
freundliche Schloßstelle zu vermieten.

Zg. Kinderl. Deutl. f. 11. D. 180-200 M.,
mögl. Kleinjäger. Off. Rudolfstr. 24, pt.

Nord.

Wahren, Königstr. 78, I. L., leeres Zim.
mit Stoffsofa, Kaffeetisch, grau ob. f. sof. z. v.

Möbel- u. Bringenmosch. unt. Garantie.

A. Teitzhoff, gestatt. Geb. von 15 M.

E. Hönicke, Windmühlenstr. 7.

Fahrradlaufzug, 1-3.50 M. Burgstr. 20, H.

Ot

Merseburger Stadtbrauerei-Biere

sind von
hervorragender Güte.

Niederlage Berliner Strasse 30. Telephon 3996.

Dr. Thompson's Seifenpulver
Marke Schwan
gibt
Schneeweisse Wäsche
ohne Bleiche.

Zu haben in allen besseren Geschäften.

Gratis bei Kauf eines Paletots oder Anzugs:
Eine Taschenuhr, einer Wohnungs-Einrichtung:
Ein Regulator oder Zwei Bilder.

Es ist ja längst bekannt

dass mein Warenhaus für Bekleidung u. Wohnungs-Einrichtungen einzig besteht.

Täglicher Eingang von Neuheiten in

Herren-Paletots
Anzüge, Anfertigung auch nach Maß

Jacketts, Paletots, Capes
Kostüme, Blusen
Pelzwaren.

Ohne Anzahlung
erhalten meine werten Kunden alle Waren
auf Teilzahlung

unter den denkbar günstigsten Zahlungsbedingungen.
die jeder Käufer selbst bestimmen kann

Möbel Ganze
Wohnungs-Einrichtungen und
Braut-Ausstattungen

nur in dem anerkannt größten und ältesten

Waren- und Möbel-Kredit-Haus

S. Sachs
Nikolaistrasse 31.

Grude-Oefen

verbessert, von 15 Mark an,
empfiehlt
Herm. Tänzer

Leipzig, Albertstrasse 20.

V erlangen Sie Preisliste
über Dr. Gummiwaren für Gesundheit, Moden- u. Krankenpflege
v. S. Steinert, Leipzig, Bautzische Str. 21.**Russische Cigaretten-Comp. Dresden**

Fabrik russischer und türkischer Tabake.

[1912]

Bitte, rauchen Sie:

Prinzess Luise, feine, milde 8 Pg.-Cigarette

Tommy II bestie 2 Pg.-Cigarette

Casino vorzügliche 1 Pg.-Cigarette

Anerkannte Qualitätsmarken, präsent im Geschmack. Blaue Rauten Nr. 116. Std. 25.

Vertr.: Busse & Stehl, Stötteritz, Probstheidaer Str. 23.

Wo kaufe ich meine Wäsche?

im Restergeschäft, einzig dieser Art.
Neu! Nur Neu!**32 Windmühlenstrasse 32**I. Etage. Kein Laden. I. Etage.
August Rohr.**Alle Reste nach Gewicht!**

Günstiger Einkauf für Brautausrüstungen, Hotels, Pensionate, Friseure u. jeden Bedarf.

Reste bis 15 Meter Länge zu Bettbezügen, in Damast und Brocat, bunte und weisse Barchente.

Tischlächer, Servietten, Viträgen, sowie Inlets, Hemdentücher, Betttücher, Hand- u. Wischtücher, Taschentücher mit kleinen Webfehlern, Gardinen, Stores.

Stickereien und verschiedene mehr

In neuesten Mustern und besten Qualitäten.

Einziges Restergeschäft dieser Art am Platze.

Nicht mit sogenannten Gelegenheitsläufen zu vergleichen.

Für Händler besonders lohnend.

Spiegel

Trumeaux, Pfellerspiegel, Garderoben und alle anderen Spiegel billigst.

Einrahmungen

und Bilder aller Art etc.

Erstklass. Portrait-Vergrößerungen

Kreide	vornehme	von 5 Mk. an
Pastell	farbige	15 "
Aquarell		12 "
Oel	Wirkung	25 "
Bromeliar		10 "

Grosse Leipziger Portrait-Gesellschaft Richard Winther

Tauchaer Str. 10. Leipzig Tauchaer Str. 10.

Schuhwaren-HausSchuhmacherel mit Maschinen-Betrieb
Karl-Heine-Str. 56 Lindenau Karl-Heine-Str. 56
Herren-Sohlen Damen-Sohlen
mit Ablag von 41.70 an. mit Ablag von 41.20 an.
Nur Prima-Sternleder. Auf jede Reparatur kann
gewartet werden. Kurt Kleiner.**Schleußiger Möbel-Magazin**Jahnstr. 19b, pl. I. u. IV. Etg. Wilh. Röhner, Tischlermeister
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in Ausstattungen sowie einzeln.

Höbel zu äußerst billigen Preisen. Brautleuten zu empfehlen.

Langjähr. Garantie. — Transport frei. — Besichtigung auch Sonntags.

Kohlen-Handlung Bernhard Uhlig
L.-Eutritzssoh, Delitzscher Str. 58
empfiehlt sich zur Lieferung der besten und gangbarsten
Hausbrandkohle.
Alle Sorten zu billigsten Tagespreisen.**Sächsische Margarine-Fabrik**
Paul Augustin, Leipzigarbeitet ohne kostspielige Reklame und braucht sich solche vom Konsumen daher auch nicht bezahlen zu lassen. Ferner hat sie mit
höchst günstigen Frachtwertabtpissen zu rechnen und wird durch
vorstehende Tatsachen in die Lage versetzt, ihre Spezialmarke**„Vorwärts“**

in unübertroffener Qualität herzustellen.

„Vorwärts“-Margarine wird täglich frisch geliefert und
bietet besten Ersatz für Naturbutter.„Vorwärts“-Margarine schmilzt beim Braten, spritzt nicht,
ist von feinstem Wohlgeschmack und duftet wie
Molkereibutter.

Man verlange ausdrücklich die „Vorwärts-Margarine“.